

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werthätigen Volkes.

Aboptionspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 60 Pf., bei Selbstabholung 50 Pf.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 75 Pf., bei Selbstabholung 60 Pf. — Durch die Post bezogen (Postleistungsliste Nr. 4153) vierteljährlich 1.80 M., für 2 Monate 1.20 M., für 1 Monat 60 Pf. egl. Bestellgeld.

Chefredaktion:  
Dr. Bruno Schenck.

Inserate werden die Sägespalte Petitselle oder deren Raum mit 20 Pfennigen berechnet. Vereinsangebote 15 Pfennige. — Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Inserate müssen bis spätestens 9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein. — Ausgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Mittelstraße 7. Geschäftszelt 8—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. Redaktion: Mittelstraße 6 part. Sprechstunde: 6—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen. — Telefon: Amt I. Nr. 2721. Telegrammadresse: Volkszeitung Leipzig.

Leipzig, 5. März.

Die Hebung der gesunkenen Kaufkraft der Landwirtschaft — ist der Körner, mit dem die Körnermänner auch die gewerblichen Produzenten für ihren Brotverbrauch einfangen wollten. Die Beweisführung machen sich die Herren Agrarier sehr leicht. „Hat der Bauer Geld, hat's die ganze Welt,“ lautet die große Wahrheit, von der sie ausgehen. Das weitere ist einfach. Sobald die Bauern Geld haben, geben sie den Handwerkern, Geschäftleuten und Industriellen reichlichen Verdienst; diese haben natürlich nichts Eiligeres zu thun, als auch ihre Arbeiter an dem Goldregen teilnehmen zu lassen, und so schwimmt alsbald „die ganze Welt“ in Wohlstand. Die Lösung der sozialen Frage besteht also in weiter nichts, als in dem Kunststück, dem Bauern Geld in den Sack zu bringen.

Leider ist dies Kunststück doch nicht ganz so leicht auszuführen, wie die klugen Agrarier es uns einreden wollen. Die Körnermänner wollen erst im Namen des Gesetzes und mit Hilfe der Staatsgewalt der „ganzen Welt“ das Geld abnehmen, um es den „Bauern“ zu geben, damit die dann die „ganze Welt“ wieder damit beglücken können.

Wir wollen hier nun gar nicht untersuchen, welche Art von „Bauern“ durch den Antrag Körner mindestens 90 Proz. des Geldes kriegen würden. Die Spatzen pfeifen es von den Dächern. Wir wollen auch nicht untersuchen, wer die „ganze Welt“ ist, denen diese „Bauern“ es wieder zu verdienen geben würden. Zu dieser „ganzen Welt“ gehört die Masse des werthätigen Volkes jedenfalls nicht. Wohl aber gehört die Masse des werthätigen Volkes zu der „ganzen Welt“, auf deren Kosten die „Bauern“ zuerst bereichert werden sollen.

Die „Erzielung einer Befestigung der Getreidepreise auf mittlerer Höhe“, die der Antrag bezeichnete, würde sich in Wirklichkeit als eine ganz bedeutende Erhöhung der Marktpreise für Brot, Mehl usw. darstellen. Nun vergegenwärtige man sich nur folgendes: Nach einer Berechnung von Prof. Laspenres in der Deutschen Revue (3. Jahrgang, 1. Band, Seite 280) betragen die Ausgaben für Brot und Mühlenfabrikate

in ärmeren Arbeitersfamilien	durchschnittlich	96,60	Proz.
„ mittelarmen	"	32,50	"
„ reicher	"	27,80	"

also im Durchschnitt 30,40 Proz.

der Ausgaben überhaupt; d. h. die Ausgaben für Brot, Mehl usw. belaufen sich auf nahezu ein Drittel der gesamten

Unterhaltskosten. Da für den Arbeiter die Ausgaben für den Lebensunterhalt in der Regel die Einnahmen ganz oder beinahe ganz verschlingen, so kann man sich vorstellen, mit welcher Wucht die Körnerische Brotverteuerung auf die Masse des Volkes wirken würde.

Was wäre die Folge? Erstens, eine Verschlechterung der Ernährung nach Menge und Beschaffenheit, eine Herabdrückung der gesamten Lebenshaltung des arbeitenden Volkes. Das bedeutete eine tiefe Schädigung der leiblichen und geistigen Volksgesundheit. Zweitens aber würde die Kaufkraft der Arbeiter für alle anderen landwirtschaftlichen sowohl wie gewerblichen Produkte empfindlich geschwächt werden. Die Arbeiter würden notgedrungen den Verbrauch aller der Dinge einschränken, die weniger entbehrlich sind als Brot. Die Unterkonsumtion auf dem gewerblichen Markt würde durch den Körnerplan also statt gemildert nur noch verstärkt.

Nun behaupten freilich die Agrarier, die Arbeiter würden bald höhere Löhne erhalten, wenn die gewerblichen Arbeitgeber an der Bauernschaft eine laufstählerige Rundschafft fänden. Allein selbst wenn die Bauernschaft in ihrer großen Masse wirklich laufstählerig würde (was aber gar nicht der Fall ist), dann würde die Hebung ihrer Kaufkraft doch durch die verminderte Kaufkraft der Arbeiterschaft wieder mehr als ausgeglichen. Denn die Quelle, aus der die Hebung der Kaufkraft des Bauern flösse, wäre die Tafche des Arbeiters. Und außerdem ist hältiglich bekannt, daß mit dem Steigen der Geschäftsgewinne und Dividenden noch lange nicht die Löhne der Arbeiter steigen. Die Herren Körner und Genossen aber sind die letzten, die den Arbeitern die politischen Rechte und die Mittel zu den Organisationen und Kämpfen geben würden, deren sie vor allem bedürfen, um eine allgemeine Steigerung ihrer Löhne zu erzwingen.

Die industrielle Kaufkraft der großen Masse der gewerblichen Lohnarbeiter, Handwerker, kleinen Beamten und Angestellten würde tief und dauernd geschädigt. Die Führer des Antrags haben aber auch mehr als genügende Beweise dafür erbracht, daß die Masse der landwirtschaftlichen Lohnarbeiter ebenso leer bei der Verteilung ausgehen würde, wie die Masse der Gärtnerbauern, Insulaner, Häusler u. s. w., die kein Getreide zu Märkte bringen. Dieselben edlen Herren, die die Stiere haben, die gegenwärtigen Löhne ihrer Landarbeiter als „höhe“, ja als „zu hohe“ zu bezeichnen, wollen der Welt weiß machen, sie lauerten nur darauf, höhere Einkommen zu erzielen, um ihren Arbeitern höhere Löhne zahlen zu können.

Das Grundprinzip des Antrags ist die direkte Um-

kehrung einer gesunden Wirtschaftspolitik. Nach einer Berechnung von W. Mancke (Ein Kompromiß des Agrarstaats mit dem Industriestaat, S. 23) betragen die Ausgaben für Brot und Mühlenware bei Einkommen

von 10000—6000 Mark pro Familie	2 bis 4	Proz.
6000—4000 "	4	7
" 4000—2000 "	"	"
" 2000—1000 "	7	10
" 1000—500 "	"	18
" unter 500 "	"	20

der Gesamtausgaben. Je größer also das Einkommen ist, um so geringer ist der Prozentsatz, der davon für die landwirtschaftlichen Hauptprodukte ausgegeben wird. Mit anderen Worten, die Kaufkraft für bürgerliche Produkte fällt mit der Konzentration großer Einkommen in wenige Hände. Der landwirtschaftliche Markt wird ruiniert durch die aufhäufende Thätigkeit des Kapitalismus. Und da wollen die Agrarier die wirtschaftliche Krise dadurch heben, daß sie auf der einen Seite nehmen nach dem Prinzip: je weniger einer hat, desto mehr wird ihm genommen, und auf der anderen geben nach dem Prinzip: je mehr einer hat, desto mehr wird ihm gegeben. Die armen Brotkonsumenten sollen prozentualisch am höchsten belastet werden und die reichen Brotproduzenten sollen den größten Nebbach bei dem Geschäft einheimjen.

Die Herren schelten jetzt in allen ihren Blättern auf die Sozialdemokraten als „Feinde des Bauernstandes“, weil wir ihren Antrag so bezeichnet und behandelt haben, wie er es verdient, als: Herrenbereicherung durch Volksausbeutung. Die internationale landwirtschaftliche Krise ist nur eine Seite der allgemeinen wirtschaftlichen Krise, die der Kapitalismus erzeugt.

## Politische Übersicht.

Eine entscheidende Niederlage hat in Afrika die italienische Kolonialabenteuerpolitik erlitten. Die italienischen Expeditionstruppen unter dem Oberbefehl des Generals Baratieri haben gegen die Schoaner beim Vormarsch auf Abba Garima, etwa acht Kilometer südöstlich von Adwa, eine schwere Niederlage erlitten und sich bis hinter Delesa zurückgezogen. Die Italiener sind also, nachdem sie bereits den zwischen Malalle im Süden und Adigrat gelegenen Teil Tigres zu räumen gezwungen waren, nunmehr sich noch weiter nordwärts zurückzuziehen genötigt. Über die Schlacht vom 1. März, in der die Italiener harte Verluste erlitten, wird von italienischer Seite u. a. gemeldet: Die Schoaner überstiegen die Italiener von rechts und links, so daß die Italiener ihre Stellungen verlassen mussten. Wegen der sehr großen Terrainchwierigkeiten konnte die Gebirgsartillerie nicht fortgeschritten werden.

## Seuilleton.

Mittwoch verboten.

### Wein Onkel Benjamin.

Von Claude Villier.

Deutsch bearbeitet von Ludwig Pfau.

Nein, meine Herren! rief Benjamin mit seiner Stentorstimme, jedermannlich an seinen Platz! ich habe euch einen Vorschlag zu machen. Weizkunz hat seinen Probestrauß auf das glänzendste bestanden. Ich schlage vor, ihn zum Generalgewaltigen des Waffenwesens zu ernennen; nur unter dieser Bedingung kann ich mich entschließen, ihm meine linke Hand zu geben, in anbetracht, daß er mich an der rechten blesst hat.

Benjamin hat recht! schrie eine Menge Stimmen, Bravo Benjamin! man muß Weizkunz zum Waffenmeister machen. Und jeder rannte an seinen Platz, und Benjamin verlangte einen zweiten Nachschlag.

Indessen hatte sich die Nachricht von diesem Vorfall in Clamecy verbreitet. Auf ihrem Wege von einem Mund in den anderen hatte sie sich wunderbar vergrößert, und als sie bei meiner Großmutter anlangte, war sie zum riesenhaften Umfang eines Mordes angewachsen, verübt von ihrem Manne an der Person ihres Bruders.

Meine Großmutter barg in einem Körper, von der Länge einer Elle einen Charakter voll Festigkeit und Thatkraft. Sie ging nicht zu ihren Nachbarn, um ein Weihgeul auszustoßen und sich Essig ins Gesicht spritzen zu lassen. Mit jener Geistesgegenwart, welche der Schmerz

starken Naturen gibt, sah sie alsbald, was sie zu thun habe. Sie legte ihre Kinder zu Bett, nahm alles Geld, das im Hause war, und die wenigen kostbaren Sachen, die sie besaß, um ihrem Manne die Mittel zur Flucht zu verschaffen, falls diese nötig wäre; sie widelte keine Leinwand zusammen, um Binden und Scharpie für den Verwundeten zu machen, falls er noch am Leben wäre; sie zog eine Matratze aus ihrem Bett, bat einen Nachbar, ihr mit derselben zu folgen, wickelte sich in ihre Kapuze und ging, ohne zu wanken, auf die unglückselige Kneipe zu.

Bei den ersten Häusern der Vorstadt begegnete sie ihrem Manne, der, mit einer Stöpselkrone geschmückt, im Triumph fehngeschafft wurde. Er stützte sich auf den Arm Benjamins, und dieser schrie aus vollem Halse:

Jedermannlich, so anwesend, thun wir kund und zu wissen, daß der so benannte Herr Weizkunz, wohlbestallter Gerichtsbote seiner Majestät, zum Oberwaffenmeister ernannt worden in Anerkennung —

Der niedlicher Saufaus! rief meine Großmutter, als sie Benjamin bemerkte. Und ohne der Gemütsbewegung, welche sie seit einer Stunde zu ersticken drohte, länger widerstehen zu können, fiel sie aufs Pflaster. Man mußte sie auf der Matratze nach Hause tragen, welche sie für ihren Bruder mitgebracht hatte.

Was diesen letzteren betrifft, so erinnerte er sich seiner Wunde erst des anderen Tages, als er seinen Frack anzog; aber seine Schwester hatte ein heftiges Fieber. Sie war acht Tage lang gefährlich krank, und Benjamin ging während dieser ganzen Zeit nicht von ihrem Bett. Bald sie wieder im Stande war, ihn zu verstehen, versprach er ihr, von nun an ein ordentliches Leben zu führen und ernstlich an Schuldenzahlen und ans Heiraten zu denken.

Meine Großmutter war bald wieder hergestellt. Sie

beauftragte ihren Mann, eine Frau für Benjamin auszuwählen. Nicht lange nachher rückte mein Großvater eines Abends an — es war im November — besprach bis ins Kreuz, aber strahlend.

Was ich saud, geht über alle Erwartung, rief der vorzülliche Mann, indem er seinem Schwager die Hände drückte; schau, Benjamin, nun bist du reich und kannst Fisch in Weinsauce essen, soviel du willst.

Aber was hast du denn gefunden? fragten Benjamin und meine Großmutter zugleich.

Ein einziges Kind, eine reiche Erbin, die Tochter des Papa Minxit, mit welchem wir vor einem Monat den Oesttag feierten!

Jenes Heilkünstlers, der den Urin beschaut?

Auss Haar! er acceptiert dich ohne weiteres; er ist entzückt von Deinem Geiste, und sagt, du seist wie gemacht, ihn mit deinem stattlichen und beredten Wesen in seinem Geschäft zu unterstützen.

Der Teufel! brummte Benjamin, indem er sich hinterm Ohr kratzte, das Urinbeschauen ist gerade nicht meine Passion! Gi! dummer Junge! wenn du einmal Papa Minxit Schwiegersohn bist, schickst du ihn zum Glück mit sämtlichen Phiole und bringst dein Weib nach Clamecy.

Wohl aber Junge Minxit ist rothaarig.

Sie ist nichts weiter als blond, Benjamin, ich gebe dir mein Ehrenwort.

Und gesprengelt ist sie, wie wenn man ihr eine Hand voll Kleie ins Gesicht geworfen hätte.

Ich habe sie diesen Abend gesehen, ich versichere dich, man bemerkte es kaum.

Dabei hat sie fünf Fuß neum Zoll; ich fürchte wirklich, die menschliche Rasse zu verderben; wir müßten Kinder zur Vorheiter bringen, lang wie Hopfenstangen.

Die Empörung des Volkes in Italien ist ungeheuer. Vielleicht reicht diese Flut den Chef des Panamino, Crispi, von der Höhe. In Pavia, so meldet uns ein Telegramm, verhinderten 8000 Personen die Abfahrt der nach Afrika bestimmten Truppen, so daß die Offiziere fehl kommandierten. In Mailand durchzog vorgestern nacht eine große Menge die Galerie Victor Emanuel, deren Mündung Militär mit gefälschten Vajonett besiegte hielt. Auch hier wlich das Militär vor der erregten Menge zurück. Ein Arbeiter wurde getötet.

Ein römisches Blatt, der Popolo Romano, meint, der unvermutet gefasste Entschluß des Generals Baratieri, den Feind, den er in von Natur sehr festen Stellungen wußte, anzugreifen, sei unerklärlich. Man müsse glauben, daß General Baratieri, da er von der unmittelbar bevorstehenden Ankunft des Generals Valdissera Kenntnis hatte, der „Verführung“ unterlegen sei, sich vor der Ankunft des Generals Valdissera durch irgend eine große militärische Unternehmung hervorzuheben! Die militärischen Beauftragten des Glücksspielers Crispi sind solcher Schnellfreieh fähig; sie opfern zahlreiche Menschenleben um solcher Zwecke willen. Crispi hat mit seinen Helfershelfern dem König die Demission angeboten, Humbert aber hat sie abgelehnt. Crispi plant angeblich eine Vertagung des Parlaments, um den Krieg auszuweichen.

Wie entpann sich dieses Abenteuer? Die Kolonialpolitik ist eine Hinterlassenschaft des Ministeriums Rumbini. Der Negus Menelik hat im Jahre 1889 durch den Vertrag von Ucciali die italienische Schuhherrschaft angenommen, und dieser Vertrag ist von allen europäischen Großmächten anerkannt worden. Die italienischen Kolonialenthusiasten schwärmen von der wunderbaren Eroberung die Kolonie Erythräa, die abessinische Schweiz, galt ihnen als idealer Besitz. Man hatte aber die Rechnung ohne den König Menelik gemacht; den Artikel 17 des Vertrages von Ucciali, wonach der König von Aethiopien einwilligt, sich der Regierung des Königs von Italien für alle Unterhandlungen mit anderen Mächten zu bedienen", legte Menelik dabin ans, daß er lediglich "berechtigt" sei, sich der Vermittlung der italienischen Regierung zu bedienen, daß er aber nie daran gedacht habe, seine volle Selbständigkeit aufzugeben. Es entsprang hieraus der langwierige Zwist, in dem sich französischer Einfluß zum Nachteil Italiens beim Negus lebhaft geltend machte. Am 22. Februar 1893 kündigte Menelik den Vertrag durch eine Note an die verschiedenen Großmächte, in der er erklärte, sein Reich sei groß genug, daß er "keinen Schutz zu suchen brauche und unabhängig leben könne". Die abessinischen Sömmen, die in jahrhundertlanger Feindschaft lebten, schlossen sich unter Meneliks Führung zusammen und machten Front gegen den gemeinsamen Feind, die Italiener.

Im vorigen Herbst tauchten die ersten Gerüchte über abessinische Kriegsrüstungen auf, kurz nachdem eine abessinische Gesandtschaft unter der Führung des russischen "freien Kosaken" Leonidow aus Petersburg zurückgekehrt war. Über die eigentlichen Zwecke der Leonidowschen Expedition wird wohl erst später mehr Licht verbreitet werden. Mit Leonidow kamen russische Offiziere, die das abessinische Heer organisierten und reformierten. In Italien nahm man damals die Gärung in Abessinien auf die leichte Achsel; General Baratieri, der italienische Oberkommandierende in Afrika, war durch seine "Spione" dahin unterrichtet, daß alles eitel Wind sei. Umso mehr waren die Italiener überrascht, als Menelik eines Tages mit einem Heer von 100 000 Mann den völlig unvorbereiteten Italienern entgegnete. Bald wurde Baratieri in die Defensive gedrängt. Die Italiener verloren das Treffen bei Amba Aladschi, wo Major Toselli mit einem Eingeborenen-Bataillon den Untergang fand. Es folgte der Verlust Makales, dessen Belagerung durch Menelik und heldenhafte Verteidigung durch Oberst Galliano so lange die Ausmerksamkeit der civilisierten Welt in Anspruch nahm. Dann fielen die verbliebenen Hänplinge Ras Selat und Agos Tafari ab; zwar waren die Italiener in einzelnen Gefechten gegen die Rebellen siegreich, aber sie konnten nicht verhindern, daß die Rebellion immer weiter um sich griff.

General Baratieri sah sich gegenüber der gewaltigen Truppenübermacht der Schoauer zur Unfähigkeit verdammt; er zog sich zurück und setzte sich in schwer angreifbaren Stellungen im Gebirge fest. Daß General Baratieri trotz der massenhaften Verstärkungen, die Hals über Kopf von Neapel nach Massaua verschifft waren, jetzt mit einem so großen Fünftel geendet hat, läßt einen Schluss darauf ziehen, welches Schicksal ihm gebührt haben würde, wenn er einen Versuch zum Entzage Makales gemacht hätte. Wider alles Erwartet ließ er sich bei Adua zum Angriff hinreisen und wurde aufs Haupt geschlagen.

So bricht das Kartentheater der Kolonialpolitik elend zu-

Alle deine Einwendungen sind nichts als schlechte Wize, sagte jetzt meine Großmutter. Ich begegne gestern deinem Tuchhändler, er will durchaus bezahlt sein; und du weißt wohl, daß dein Haarfänsler dich nicht mehr frizzieren will.

Du willst also, meine teure Schwester, daß ich die Jungfer Minxit heirate? aber du weißt nicht, was das heißt: Minxit. Und du, Beißkurz, weißt du's?

Bersteht sich, weiß ich's; das heißt der Papa Minxit.

Hast du den Horaz gelesen, Beißkurz?

Nein, Benjamin.

So paß auf! Horaz hat gesagt: Num minxit patrios cinceros. Dieses Spitzbuben-Perfum ist's, was mich empört: Herr Minxit, Frau Minxit, Herr Nathery Benjamin Minxit, der kleine Peter Nathery Minxit, die kleine Adelheid Nathery Minxit — eine schöne Familie! Sapperlot! damit könnte man ein Mühlrad treiben. Auch ist meine teure Schwester nicht mehr frank. Sodann, aufrichtig gesagt, pressiert mir das Heiraten nicht arg. Es gibt wohl ein Bied, das meint:

O rosige Bande  
Des ehrlichen Glücks!

Aber dieser Sang weiß offenbar nicht, was er singt, und nur ein Hagestolz kann der Verfasser davon sein.

O rosige Bande  
Des ehrlichen Glücks!

Das wäre wohl und gut, Beißkurz, wenn der Mann frei wäre in der Wahl seiner Gefährtin; aber die Notwendigkeiten des gesellschaftlichen Lebens zwingen uns immer zu einer lächerlichen und unsernen Neigungen widersprechenden Heirat. Der Mann heiratet eine Witwe, und die Frau eine Profession. Dann, wenn die Hochzeit vorüber ist mit all ihren kleinen Festtagen, wenn man sich in die Einsamkeit seiner Wohnung zurückgezogen hat, bemerkt man, daß man nicht zusammenpaßt. Das eine ist geizig,

und das andere ist verschwenderisch; die Frau ist gesäß, und der Mann ist eifersüchtig; das eine ist verlobt, wenn der Mond abnimmt, und das andere, wenn er zunimmt. Man möchte tausend Meilen weit voneinander sein; aber man muß in dem ehernen Ringe leben, in den man sich eingesperrt hat, und beisammen bleiben usque ad vitam aeternam.

Ist er angestoßen? sagte mein Großvater meiner Großmutter ins Ohr.  
Warum? antwortete diese.  
Er spricht so vernünftig.  
Man brachte indessen meinen Onkel zur Einsicht, und es wurde beschlossen, daß er am morgigen Sonntage der Jungfer Minxit einen Besuch machen werde.

### III.

Wie mein Onkel unterwegs die Bekanntschaft eines Sergeanten und eines Budels mache und dadurch verhindert wurde, zu Herrn Minxit zu gehen.

Um acht Uhr in der Früh des folgenden Tages war mein Onkel frisch und wohl ausstaffiert; er wartete, um sich auf den Weg zu machen, nur auf ein paar Schuhe, welche ihm Cicero bringen sollte, jener berühmte Preisredner, dessen wir schon gedacht haben, und welcher das Handwerk eines Schusters mit der Würde eines Stadtstrommers in seiner Person vereinigte.

Cicero ließ nicht lange auf sich warten. In jener Zeit frischer Gemüthsart war es Brauch, einen Handwerksmann, der Arbeit in einem Hause ableiste, nie gehen zu lassen, ohne ihm ein paar Gläser Wein einzuschänken. Das war keine vornehme Lebensart, ich gebe es zu; aber dies wohlwollende Entgegenkommen brachte die Stände einander näher.

Dienstgewehr erschossen. Motiv unbekannt! An demselben Tage vormittags hat sich der Kantineführer, Unteroffizier B., des dritten Bataillons des Infanterieregiments Alt-Württemberg Nr. 121 in Ludwigsburg, in seinem Zimmer erschossen. Der Beweggrund zu dieser That ist bis jetzt noch unbekannt!

**Straßburg i. E.**, 3. März. (W. T.-B.) In der heutigen Sitzung des Landesausschusses wurde die Frage der Einführung des Reichsgesetzes, betr. den Unterstützungswohnsitz in Elsaß-Lothringen, eingehend erörtert. Von sämtlichen Rednern des Hauses wurde erklärt, es müsse der Einführung der obligatorischen Armenpflege mit aller Kraft entgegengearbeitet werden. Das bestehende System habe sich allgemein verdächtigt. Durch die Einführung des Unterstützungswohnsitzes werde Elsaß-Lothringen gegenüber den anderen Bundesstaaten schwer belastet werden. 100000 Elsaß-Lothringern, die im übrigen Deutschland sich befänden, ständen mehr wie 100000 aus Altdutschland in Elsaß-Lothringen eingewanderte gegenüber. Über etwas müsse geschehen, um der im Jahre 1894 im Reichstag gesetzten Resolution und den von den anderen deutschen Staaten geführten Aktionen gerecht zu werden. Die Kommission hatte vorgeschlagen, es solle die Regierung erucht werden, für die Beibehaltung der gegenwärtigen Armenpflegegebung einzutreten. Um aber die Nachteile der Einführung des Unterstützungswohnsitzes auszugleichen, solle ein Kredit verlangt werden, der ausreiche, den Staatsangehörigen anderer Bundesstaaten die gebührende Unterstützung gewähren zu können. Staatssekretär v. Puttkamer betonte auf das bestimmteste die Dringlichkeit der Angelegenheit. Eine Reichstagsresolution läge vor. Von Preußen und den anderen Bundesstaaten werde auf Erledigung gedrängt. Der Vorschlag der Kommission weise den Weg, worauf vielleicht die Einführung des Unterstützungswohnsitzes durch Reichsgesetz erreicht werden könnte. Es müsse aber unbedingt auf Erledigung der Frage gehalten werden. Die Angelegenheit wurde darauf an die Kommission zurückverwiesen, die bestimmte, neue Vorschläge machen soll.

### Frankreich.

**Felix Faure's Reise.** — Aus der Budgetkommission. — Protestversammlung.

# **Paris**, 3. März. Es war kein übler Gedanke vom Ministerpräsidenten Bourgeois, den Präsidenten der Republik auf seiner Reise nach Südrankreich zu begleiten. Die günstige Aufnahme, deren das Haupt des demokratischen Kabinetts bei der Bevölkerung der großen Städte von vorherher sicher sein konnte, mußte ihm in der gegenwärtigen Situation, unmittelbar nach der Schilderhebung des Senats und den anti-ministeriellen Wahlen in die Budgetkommission, doppelt willkommen sein. „Das Land, die Nation ist auf unserer Seite!“ prahlten die Realionäre des Senats und der Kammer. Die zahlreichen Kundgebungen zu Gunsten Bourgeois und seiner Politik, die sich in den besuchten Städten in spontaner, aus dem Herzen kommender Weise wiederholen, sind ebenso viele Zeichen an die Adresse des Präsidenten, sonst eine harmlose patriotische Hurraparade, zu einem politisch bedeutsamen Ereignis. Und was die Ordnungsleute am meisten ärgert, das ist der Umstand, daß Felix Faure selbst bei jeder Gelegenheit sein herzliches Einvernehmen mit dem radikalen Ministerpräsidenten offen kundgibt. Auf die Riede des Vorsitzenden der Lyoner Handelskammer, worin das Programm des Ministeriums scharf kritisiert wurde, antwortete Faure sogar mit einer wenig verblümten Rechtfertigung derselben. Auf dem Balkon im Lyoner Rathaus gab er deutlich zu verstehen, daß seine Haltung während des Konflikts streng verfassungsmäßig gewesen sei, so die Annahmen des Senats indirekt zurückweisen. Kurz, aus dem opportunistischen Standpunkt ist ein radikaler Paulus geworden. Faure hat eben eine seine Nase dafür, von welcher Seite der Wind der Popularität weht. — Das politische Ergebnis der Reise wird, wie die schäumende Wut der Ordnungspresse am besten zeigt, die Stärkung des Kabinetts und die völlige Entmütigung der Geldsackopposition sein.

Die Budgetkommission arbeitet gegen die Steuerreform in gar plumper Weise. Sie hat beschlossen, die Handelskammer und landwirtschaftlichen Vereinigungen, d. h. die Organisationen der Großbourgeoisie über die Wirkungen der Einkommensteuer zu befragen. Dagegen wurde der Vorschlag des Radikalen Merle, eine gleiche Anfrage an die Gewerkschaften zu richten, abgelehnt. Eine arge Blamage für die Kommission, die bis dahin ihre kapitalistischen Tendenzen unter der Maske der Arbeiterschönlichkeit zu verborgen suchte.

Eine grobhartige Protestversammlung gegen den Gesetzentwurf Traiteur und den Senat fand in den Räumen des

Der Arme war dem Reichen für solche Freundschaft dankbar und zeigte ihm keine Missgunst. Dafür sah man auch während der Revolution bewunderungswürdige Beispiele aufopfernder Ergebenheit von Dienern gegen ihre Herren, von Büchtern gegen ihre Edelleute, von Arbeitern gegen ihre Meister — Beispiele, welche sich in unseren Tagen unverkennbaren Rasseurüppens und lächerlichen Hochmuts schwerlich wiederholen würden.

Benjamin bat seine Schwester, eine Flasche Weihen zu holen, damit er mit Cicero anstoßen könne. Seine Schwester holte eine, dann zwei, dann drei, und so fort bis es sieben waren.

Meine liebe Schwester, ich bitte Sie, noch eine Flasche!

Ja, weißt du denn nicht, Unglückscher, daß du an der achten bist?

Sie weiß wohl, liebe Schwester, daß wir nicht reden möchten.

Und du weißt wohl, daß du einen Weg zu machen hast.

Noch diese letzte Flasche und ich gehe.

Ja, du bist in einem schönen Zustand, um über Feld zu gehen; und wenn man dich zu einem Kranken holen wollte?

Wie schlecht, meine gute Schwester, weiß Sie doch die Wirkungen des Weines zu würdigen, man sieht wohl, daß Sie nur die klaren Wasser des Beaujolais trinkt. Gilt es fortzugehen? mein Schwerpunkt ist immer auf demselben Flecke. Soll ich zur Ader lassen — apropos, Frau Schwester, ich muß Ihr zur Ader lassen; Beißkurz hat mir's noch anempfohlen, ehe er ging. Sie klagte diesen Morgen über heftiges Kopfschmerz, ein Aderlaß wird Ihr gut thun.

Und Benjamin zog sein Besteck heraus, und meine Großmutter bewaffnete sich mit der Feuerzange.

(Fortsetzung folgt.)

heutigen Tivoli Buxhall statt. Vier bis fünftausend Arbeiter, Vertreter aller Pariser Gewerkschaften, erklärten sich solidarisch mit den vom Entwurf bedrohten Eisenbahnerarbeitern. Unter dem Rufe: „Nieder mit dem Senat!“ wurde eine Resolution angenommen, worin die Versammelten die Deputiertenkammer aufforderten, das Streitrecht für alle Arbeiter ohne Ausnahme aufrechtzuerhalten, und ihnen Entschluss kundgaben, dieses Recht sich von niemandem nehmen zu lassen.

### Italien.

Wie verlautet, wurden die Alten in der Untersuchung gegen General Baratieri bereits dem Generalprokurator übergeben. Die Anklage lautet auf Fahnenflucht, da der General angeblich als einer der Ersten das Schlachtfeld verlassen hat. Mit Baratieri scheint aber auch der feige Crispi das Schlachtfeld verlassen zu wollen. Die Demission des Kabinetts Crispi wird jetzt offiziell angekündigt. Der König hatte gestern eine längere Unterredung mit General Ricotti, der als Nachfolger Crispis gilt, und sich gestern bereits mit dem früheren Minister Rudini befreien lässt. Also ein Söbelregiment in Sicht! Zu dem Entschluss des Rücktritts Crispis hat auch die Weigerung des Außenministers Saracco beigetragen, die Verantwortung für die Afrikapolitik des jetzigen Ministeriums weiter mit zu übernehmen. Der Entschluss Crispis, zurückzutreten, wird von der Opposition gut aufgenommen. Heute wird sie in der Kammer noch den Erklärungen der Regierung eine Tagesordnung beantragen, in der die Freude darüber ausgedrückt wird, daß das Ministerium durch seinen Rücktritt den Wünschen der Kammer zuvorkommt.

### Großbritannien.

London, 3. März. Das Unterhaus nahm ohne besondere Abstimmung den Beschlusshandtag Smith, auf Aufbesserung der Lage der christlichen Bevölkerung der asiatischen Türkei, an.

### Afrika.

Der siegreiche Menelik hat sich zum Kaiser von Abessinien krönen lassen.

### Nordamerika.

Washington, 4. März. Der Senat stimmte dem Antrage der Kommission für auswärtige Angelegenheiten zu, die Cuba-Resolution des Repräsentantenhauses nicht anzunehmen.

## Soziale Rundschau.

**Das Verzeichnis der Leipziger Damenkonfektionsfirmen,** die von Gebrüder Sernau in Halle a. d. S. Waren beziehen, sind, wie uns die Hallese Kommission der Konfektionsarbeiter mitteilt, Mey u. Ebdich, L. Blagwib, August Polich, Leipzig, Kunze u. Nößger, Leipzig. Die Firma Sernau steht im Konflikt mit ihren Arbeitern und weigert sich, deren Forderungen zu bewilligen. Es handelt sich um 65 bis 70 Arbeitnehmerinnen, die ausgesperrt sind. Das Publikum möge seine Pflicht thun!

**Jur Buchdruckerbewegung.** Eine allgemeine Buchdruckerversammlung in Berlin, von 3000 bis 4000 Personen besucht, beschloß: „Nachdem der Bund der Berliner Buchdruckereibesitzer erklärt hat, das Verlangen der deutschen Buchdruckergruppen nach einer Tarifrevision unterstützen zu wollen, erklärt sich die am 4. März stattfindende allgemeine Versammlung Berliner Buchdrucker mit den zwischen dem Vorstande des Verbandes deutscher Buchdrucker und der Leitung des Deutschen Buchdruckervereins getroffenen Vereinbarungen einverstanden und macht ihre weitere Stellungnahme von dem Ausgang der Verhandlungen abhängig.“

**Die streikenden Textilarbeiter demonstrierten gestern in Kottbus in großartigem Zuge.** Die streikenden Massen, vom Auffang zurückgezogen, zogen durch die Hauptstraßen der Stadt, am Rathaus vorüber. Die Demonstration ist in grösster Ruhe erfolgt.

**b. Essen, 2. März.** Gestern fand hier eine sehr stark besuchte öffentliche Buchdruckerversammlung statt, die sich mit den Leipziger Anträgen beschäftigte. Redakteur Schorek vom Allgemeinen Beobachter hielt den einleitenden Vortrag. Nach lebhafter Debatte, in der besonders die Offizinen der rheinisch-westfälischen Zeitung (liberal-konservativ) und der Essener Volkszeitung (ultramontan) schlecht wegkamen, erklärte man sich mit den Leipziger Anträgen einverstanden. Eine gemeinsame Kommission wurde gewählt, halb aus Verbandskollegen und halb aus Unorganisierten bestehend. Die Kommission hat den Prinzipien die Forderung auf 10 Prozent Tarif erhöhung und entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit zu unterbreiten. Die Erklärung der Prinzipale wird bis zum 8. März erwartet und je nach Ausfall der Unterhandlung soll dann eine am genannten Tage stattfindende Buchdruckerversammlung die nötigen Beschlüsse fassen.

**c. Sachsen-Anhalt, 3. März.** Die Maler und Anstreicher von Barmen-Ebersfeld haben an die Unternehmer die Forderung gestellt: „Entweder bis Samstag ein gültiger Vergleich auf Grund der festgestellten Forderungen oder am Montag den 9. März die Arbeitseinstellung“. Bis jetzt haben die in der Innung vereinigten Unternehmer es unter ihrer meisterlichen Würde gehalten, mit der Vohnkommission zu unterhandeln und die Forderungen, unter denen die 8-stündige Arbeitszeit und Erhöhung des Stundenlohnes von 35 auf 45 Pfennige die wichtigsten sind, endgültig abgelehnt.

**Konfektionsarbeiter in der Schweiz.** Der Schneiderfachverein Bürich beschloß in seiner am Montag abgehaltenen Versammlung, es sei mit dem Bundesomitee des Gewerkschaftsbundes in Verbindung zu treten, um für die Konfektionsarbeiter und Arbeitnehmerinnen einen geregelten Arbeitsstarif zu erhalten. Es soll für die Konfektionsbranche ein Spezialarbeiterverein gegründet werden.

**d. Basel, 3. März.** Telegramme und Zeitungsartikel melden nach allen Enden, daß der schweizerische Eisenbahnerstreit abgewendet sei. Diese Nachrichten sind mit Misstrauen aufzunehmen, denn die Lohnbewegung der Eisenbahner ist tatsächlich bis heute noch nicht beendet. Wohl hat ein Einverständnis mit den Angestellten der Bahnen erzielt werden können, aber die „Parties“ der Eisenbahner — die Eisenbahnerarbeiter — sind leer ausgegangen. Ihre Forderungen wurden rundweg abgelehnt mit dem nichts sagenden Troste, daß man sie nochmals einer „wohlwollenden“ Prüfung von Seiten der Verwaltungen unterziehen wolle.

Und was verlangen denn die Arbeiter so Ungeheuerliches? Sie verlangen 3,50 Franken Minimal- und 5 Franken Maximal-

Taglohn. — Der Maximallohn soll in 15 Dienstjahren erreicht sein; ferner fordern sie zehnstündige Arbeitszeit und Einschlus in die vom Verband des Personals schweizerischer Transportanstalten aufgestellte Dienstpragmatik. Und mit allen diesen Forderungen wurden sie schroff abgewiesen. Die schweizerische Presse bringt spaltenlange Artikel über die Beilegung des Streites der Eisenbahngestellten mit den einzelnen Verwaltungen, der erwähnt mit keiner Silbe die schroffe und schroffe Abrechnung der Arbeiter. Es ist uns unbegreiflich, wie der Leiter der Lohnbewegung, Herr Dr. Sourdet, die Arbeiter so ganz und gar „vergessen“ konnte. Der abgeschlossene Vergleich zeigt zwar weise Wägung, entspricht aber durchaus nicht der Arbeiter-Negoziation. Dort gelebten sich Arbeiter und Angestellte unverbrüchliche Solidarität im kommenden Kampfe. Und heute werden die Arbeiter von den Angestellten im Stiche gelassen.

Nun aber wollen die Arbeiter allein vorgehen. In den am letzten Sonntag in Basel, Olten, Bern, Luzern von Eisenbahnerarbeitern abgehaltenen Versammlungen wurde beschlossen, an den aufgestellten Forderungen festzuhalten und wenn die Direktion der Schweizer Centralbahn — um die handelt es sich zunächst — auf ihrer ablehnenden Haltung beharren, soll morgen Mittwoch abend der Streit der Eisenbahnerarbeiter auf den Stationen Basel, Olten (Bahnhof und Werkstattlearbeiter) Bern und Luzern erklär werden. Dieser Ausstand wird circa 3000 Arbeiter umfassen, dürfte aber jedenfalls auch nicht lange dauern. Die Verwaltung der Schweizer Centralbahn wird nachgeben müssen, wenn sie keine Verkehrsstörung herbeiführen will. Ob sich die Angestellten ihrer in Karlsruhe versprochenen Solidarität erinnern werden und ihr gegebenes Wort einlösen? Nach obiger Schilderung dürfte es zweifelhaft sein.

## Von der Wahlrechtsbewegung.

Der Vorwärts sieht seine persönliche Polemik gegen die Volkszeitung, die ihm seine Unwahrhaftigkeit nachgewiesen hat, fort und sucht die Löcher seiner Flunkerei durch eine selbst in der bürgerlichen Presse unerhörte Kampfweise vergeblich zu verdecken. Gegenüber der imposanten Kundgebung der Gesamt-Partei Leipzigs führt das Centralorga einen auch uns heute zugänglichen Brief des Genossen Manfred Wittich an, der zu unserem größten Erstaunen die Taktik der Volkszeitung empfiehlt:

Bur Mandatsniederlegungsfrage. Ich habe seit Beginn der Aktion zum Beifluss, Mandatsniederlegung von unseren Vertretern in der Zweiten sächsischen Kammer zu erzwingen, privatim des österen erklärt, daß ich diese Aktion für verfehlt halte. Andererseits Arbeit machte mir unmöglich, in der Felsensteller-Versammlung zu Plagwitz das öffentlich auszusprechen, was hiermit geschieht, da die Volkszeitungssleitung in ihrem Eifer alle, die schwiegten dieser Meinung sind, der Feindseligkeit beschuldigt. Meine Ansicht geht dahin, daß nur die Wähler der Wahlkreise Mandate zurückzufordern haben und zwar je von ihrem Vertreter. Außerdem ist das Mandat zugleich ein Amt, ein Vorposten, den jeder dahin Gestellte bis zum letzten möglichen Augenblick zu halten, nicht zu verlassen hat. Nicht den Wehrerischen und Messischen wird das Mandat „vor die Füße geworfen“, sondern den Wählern, die dann unvertreten sind. Wollen diese das, so geschieht ihnen wenigstens kein Unrecht mit einer Aufgabe des Mandates. Freuen aber werden sich über die sozialdemokratischen Bundessogenossen und Helfer zur schnelleren Hinausbeförderung der Arbeiterverteiler aus der Zweiten Kammer die Urheber des Attentats auf das sächsische Wahlrecht. Diese Freude gönnen ich und die mit mir gleich Gesommene ihnen nicht.

Manfred Wittich, der frühere Redakteur des Wählers, stimmt also mit dem Vorschlag der Volkszeitung überein, durch die Wähler die Abgeordneten zur Niederlegung ihrer Mandate veranlassen zu wollen. Die Leipziger Parteigenossen haben gesprochen. Das also sind die „Briefe“, mit denen der Vorwärts frechelt. Lippischer, lippischer und unschöner ist noch nie eine Preßsehde in noch anserhalb der Partei geführt worden wie hier vom Vorwärts. Dieselben Parteigenossen, die der Vorwärts, als sie in Stötterich und auch in Plagwitz demonstrierten, wie seine eigenen Berichte ausweisen, mit reicherlicher Anerkennung bedacht hat, beleidigt er, indem er den von Tausenden gefassten Parteibeschluß als die private Meinung des Chefredakteurs der Leipziger Volkszeitung hinstellt.

Mit all diesen Mäppchen sucht der Vorwärts nur von dem Kern der Frage, der Mandatsniederlegung, abzulenken. Wenn er sich darin gefällt, uns zu insinuieren, daß wir die Befürchtung des Genossen Wittich unterdrücken könnten, so beurteilt er die Aufgaben einer Redaktion, wie es scheint, nach seinen Gespürgkeiten.

Und die, die, wie wir zugeben, in bester Absicht jetzt auf die sächsische Parteipresse einzutreten sich beiseit, mögen da, wo es not thut, in der Redaktion des Vorwärts nämlich, dessen Direktionslosigkeit nicht bloß in Parteikreisen ein öffentliches Geheimnis ist, Ordnung schaffen.

Wer aber soll nun mehr den Vorwärts in dieser Frage noch ernst nehmen?

Dresden, 3. März. Heute abend fanden 8 große Protestversammlungen gegen die Wahlrechtsänderung statt. Sämtliche Versammlungen waren überfüllt, und mehrere Säle mußten polizeilich abgesperrt werden. Die Polizei trat außerordentlich schneidig auf. Ohne ersichtlichen Grund wurde eine Anzahl Redner unterbrochen und in den zwei größten Versammlungen, in denen Grabnauer und Raden referierten, kam es zur Auseinandersetzung. Nicht enden wollende Hochrufe auf das allgemeine Wahlrecht waren die Antwort auf diese Maßregeln.

Zwar kein sächsischer Wahlkreis, keine öffentliche Wählerversammlung hat sich bis jetzt, wie Professor Böhmer richtig hervorhebt, für die Wahlgesetzvorlage ausgesprochen. Dafür kommen die Förderer des Wahlrechts aber gelegentlich in kleinen Konventikeln hinter geschlossenen Thüren zusammen und spielen da Volksversammlung en miniature. In Dresden hat im Konservativen Verein an Stelle des ertrunkenen Herrn Opitz der Landtagsabgeordnete Amtsrichter Kühlmorgen eine Botschaft für das Urteil gebracht und wurde darin noch von seinem Landtagskollegen Mehner unterstützt. Köstlich ist und tief läuft blicken, was Mehner über die Gründe für die Vorlage gesagt hat. Die Dresdener Nachrichten schreiben davon: „Er stellte insbesondere nochmals ausdrücklich fest, daß nicht die Anzahl der sozialdemokratischen Abgeordneten, sondern die Art und Weise ihres Auftretens die Gefahr bilde, die der Entwurf bekräftigen wolle. Die tendenziöse Agitation, die von den Sozialdemokraten in der Zweiten Kammer unangesehn betrieben werde, verhindere unter den jungen Verhältnissen jede offene Aussprache von Seiten der Ordnungsparteien über berechtigte Beschwerden, weil man stets fürchten müsse, dadurch den Sozialdemokraten neues Wasser auf die Mühle zu leiten.“

Aber das ist des Pubels Kern! Herr Mehner erkennt an, daß eine offene Aussprache über die herrschenden Zustände Wasser auf unsere Mühlen seien muß. Damit ist aber auch diesen Zuständen schon das Urteil gesprochen — das Urteil gesprochen von dem Hofrat Dr. Mehner, der ersten sächsischen Ordinarius, dem Vater des Wahlrechts!

Geheimrat Victor Böhmer lädt in der Dresd. Zeitung noch einmal seine Stimme gegen die Änderung des sächsischen Wahlrechts vernehmen. Er verlangt dringend die Verlogung der Entscheidung, bis eine bessere Klärung der Ansichten und eine ruhige Verständigung unter Freunden und Gegnern der Vorlage erzielt sei. Auch die königstreuen Männer seien Gegner des Entwurfs, während sich noch ein einziger Wahlkreis, keine einzige sächsische Wählerversammlung für die geplante Änderung des Wahlrechts ausgesprochen habe. Insbesondere müsse auch die Fabrikantenwelt Gelegenheit finden, ihre Meinung auszusprechen. Weiter heißt es in dem Aufruf: „Es ist Thatache, daß die wirkliche Stimme des Volkes nicht vernichtet genug hinaus zu unserem König und Herrn und zu unserer Staatsregierung dringen kann, weil es dem gebildeten Beamten widerstrebt, der staatlichen und kommunalen Obrigkeit, mit der man ja in den meisten Punkten harmoniert, in einer einzelnen politischen Frage öffentliche Opposition zu machen und weil das System der sächsischen Amtsblätter einen Gedanken austausch in der Presse erschwert.“

Bittau, 4. März. Die Petition gegen die Wahlrechtsänderung, die an den König Albert abgeschickt werden soll, hat allein in der sächsischen Oberlausitz, soweit der Bittauer und der Löbauer Reichstagswahlkreis in Frage kommen, nahezu 12000 Unterschriften gefunden.

## Sächsischer Landtag.

(55. ordentliche Sitzung der Zweiten Kammer.)

\* Dresden, 8. März.

Tagesordnung: Schlussberatung über das lgl. Dekret Nr. 20, den Neubau eines Ständehauses betreffend.

Abg. Uhlemann-Görlitz (cons.) weist den ihm zu Ohren gekommenen Vorwurf zurück, daß die Finanzdeputation A. die Sache verschleppt habe dadurch, daß sie erst sehr spät einen Referenten bestellt habe. Er selbst habe beim Bauprojekt anfangs ablehnend gegenübergestanden, stimmt aber jetzt zu. Früher sei immer nur von einem „Umbau“ die Rede gewesen. Die Plakette müsse erledigt werden. Das Projekt erscheine etwas überhaftet, da noch einige spezielle Pläne vorliegen. Im Lande werde der Eindruck entstehen, als ob die Abgeordneten bei dieser Vorlage nur für sich sorgten und zu diesem Zwecke selbst vor neuen Schulden nicht zurücktreten. Die Deputation habe nun den Bauplatz genehmigt, aber noch nicht den Baubeginn; diesem Kompromißantrag habe auch er zugestimmt. Es würden zwei Millionen gefordert für die Erwerbung des Bauplatzes, aber vorläufig nur eine Million für den Bau; vielleicht bessere sich inzwischen die Finanzlage, so daß man den Rest auf den ordinären Etat übernehmen könnte. Dies bewegt habe ihm die rührende Sorgfalt, die bei der Vorberatung seitens einzelner Mitglieder für die „alten Herren“ gezeigt worden sei, denen man den nötigen Lustraum und das nötige Licht zur Erhaltung ihrer Gesundheit schaffen müsse. Ob die Herren wohl im eigenen Sinn auch so auf den Lustraum bedacht seien? Er selbst habe eine solche Prüfung noch nicht angestellt, sei aber ziemlich alt geworden. Die einfachen Leute würden eine solche Fürsorge nicht verstehen, und diese einfachen Leute seien die Landwirte (Gesellschaften links). Redner wendet sich nunmehr gegen die Sozialdemokraten, denen er Erregung von Unzufriedenheit ze. vorwirft, und will weiter auf die Notlage der Landwirtschaft eingehen, so daß ihn der Präsident wiederholt zur Sache verweisen muß.

Abg. Kästner (nat.) betont, daß in dem vorliegenden Projekt ein neues Meisterwerk Walots zu erwarten sei. Der Deputationsbericht rede von „Änderungen“, die noch vorzunehmen seien; diese Änderungen können aber doch nur ganz minimal sein.

Abg. Horst (cons.) ist auch von seiner ursprünglich ablehnenden Meinung bekehrt worden. Die Wahlfrage sei sehr günstig entschieden worden und man möge nun in der Sache vorgehen.

Abg. Grüwell (nat.): Uhlemann lebe das ganze Jahr in frischer gesunder Landluft, deshalb erscheine ihm die Lust in der Kammer wohl als angenehme Abwechslung, aber nicht alle Kammermitglieder seien in der gleichen Lage wie Uhlemann.

Abg. Uhlemann-Stollberg (ortschr.) findet die geplante Fassade zu monoton; es sei eine reichere Gliederung derselben erwünscht.

Berichterstatter Hänel (cons.): In der Deputation sei das Projekt keineswegs als ein abschließendes erachtet worden, weder im Innern, noch in der Fassade.

Damit schließt die Debatte. Die Deputation hat fünf Anträge gestellt: 1. den zwischen dem Ministerium des Königl. Hauses und dem Finanzministerium getroffenen Vereinbarungen, sowie dem geplanten, auf 4065 856 Mk. veranschlagten Neubau eines Ständehauses zu zulassen; 2. als Zwischen-deputation eine aus Mitgliedern beider Kammern bestehende Ständehausbau-Deputation einzufügen, die in Gemeinschaft mit der Regierung unter Zugrundeziehung der gegenwärtig vorgelegten Pläne die definitiven Baupläne festzulegen und über den Beginn des Baues unter dem Gesichtspunkte zu befinden hat, daß durch Häufung gleichzeitig in der Ausführung begrißener Staatsbauten in Dresden nicht eine wesentliche Steigerung der Herstellungskosten herbeigeführt wird; 3. für die Entscheidung an die Civilistische und als erste Amtsrate zusammen drei Millionen Mark zu bewilligen; 4. sechs Mitglieder in die Zwischen-deputation zu entsenden und 5. die erste Kammer zum Beitreten zu diesem Beschuß einzuladen und ihr die Zahl dieser Deputationsmitglieder zu überlassen. Diese Anträge werden einstimmig angenommen.

Nächste Sitzung Donnerstag vormittag 10 Uhr. Tagesordnung: Schlussberatung über die Wahlgesetzvorlage.

## Gerichtssaal.

Reichsgericht.

R.-G.-K. Leipzig, 8. März.

Der Landesvertragsprozeß Schoren und Genossen vor dem Reichsgericht. Die heutige Verhandlung dauerte mit einer kurzen Unterbrechung zu Mittag von früh 9 Uhr bis zum späteren Nachmittag. Wie wir hören, wurden hauptsächlich die Angestellten einer weiteren Befragung unterzogen. Da noch eine Reihe von Zeugen zu vernehmen sind, so ist es wenig wahrscheinlich, daß der Prozeß schon am Donnerstag sein Ende erreicht. Nicht der Reichsgerichtsrat Braumbehrns, wie es verkehrt im vorigen Vericht hieß, sondern der Reichsgerichtsrat von Bruchhausen befindet sich unter den mitwirkenden Richtern, ferner ist zu berichten, daß der Zeuge Bandholz aus Paris erschienen, dagegen der Zeuge Denis aus Wygnac bei Voiven ausgeblichen ist.

Hierzu zwei Beilagen.

# Allgemeine Kranken- u. Begräbniskasse

zu Leipzig-Gohlis (C. S.).

Sonntagnachmittag den 14. März abends um 1/2 Uhr

## Jährliche ordentliche General-Versammlung

im Restaurant zur Nachtwigall, Gohlis, Untere Georgstr. 3.

Tagesordnung: 1. Geschäft- und Kassenbericht vom Jahre 1895 und Genehmigung desselben. 2. Neuwahl des Vorstandes und des Ausschusses. 3. Feststellung der Entschädigung für den Vorstand und für die Krankenbesucher. 4. Verschiedenes. [1928]

Der Vorstand.

## Arbeiter-Sängerbund „Vorwärts“

Leipzig und Umgegend.

Sonntag den 8. März vormittags um 10/2 Uhr

## Bundessitzung im Restaur. Moltkebrücke, Moltkestr. 5.

Tagesordnung wird in der Sitzung bekannt gegeben. Berliner, welche gewollt sind, dem Bunde beizutreten, sind hierzu freudig eingeladen. [1929]

Montag den 9. März abends 9/2 Uhr

## Bundesprobe im Saale des Elysiums

Gottschedstraße.

Das plakatische Erscheinen sämtlicher Sangesbrüder ist notwendig. D. W.

## Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler u. Berufsgen.

(Zahlstelle Leipzig.)

Sonntagnachmittag den 7. März 1896

## Grosses Winter-Vergnügen

(zum ersten angestiegener Mitglieder)

bestehend in Konzert und Ball bis 2 Uhr im Saale der Gesellschaftshalle zu Lindenau.

Einlass 7 Uhr.

Anfang 1/2 Uhr.

Programme im Vorverkauf à 15 Pf. sind bei Frau Möller, Marktstraße 12, J. Mohs, Rennweg, Täubchenweg, im Universitätskeller sowie in der Scholz und Gesellschaftshalle in Lindenau zu haben.

Hierzu lädt ergebnis ein Die Ortsverwaltung.

## W. Spiess, Stadt Hannover, Seeburgstr.

Speise- und Verkehrs-Haus der Gewerkschaften.

Gut. Bürgerl. Mittagsstisch, 40 Pf. Abendbrot von 80 Pf. an. H. Großherz. 2 Glas 25 Pf. Echt Aulimbacher 15 Pf. Regelbahn pro Abend 1,50 Mt. Restaurant O. Sohlindier Kräftiger Mittagsstisch bei musik. Unterhaltung zu 50 Pf. Sternwartenstraße 18. int. Bier. Täglich Freikonzert von vorn. 11 Uhr ab.

## Pantheon. Große Ballmusik.

Speisen und Getränke wie bekannt.

Ergebnis lädt ein Gustav Grosse.

## Ullrichs Restaurant, Volkmarßdorf, Endstation.

Donnerstag Familienabend. Sonntag Pfannkuchenhaus. Gesellschaftszimmer frei. Um gütigen Bus bruk bitte. G. Ullrich.

## Turnhalle, Möckern.

### Morgen Grosses Bockbierfest.

Bockwürste, selbstgebackene Pfannkuchen.

Für Unterhaltung ist bestens gesorgt. [1944]

Es lädt ergebnis ein Carl Siebert.

NB. Mein Lokal ist jetzt vergrößert.

### Kakao, Schokolade, Biskuit

von 5 Pfund durch Rabattmarken 1/2 Pfund gratis. Kaffee von Mag. Richter täglich frisch.

Kakao, Schokolade von Felsche. [1797]

### Ida Hartwig, Grenzstraße 37.

Feste Preise.

### Hammersteins Rückkehr.

Endlich Freiherr Hammerstein,  
Der Verlust verlor im Silben,  
Kam zurück, zwar nicht allein  
Und auch etwas wider Willen.  
Im Perron das Publikum  
Stand bereit zur Höflichkeit,  
Doch der Freiherr plötzlich — schrumpf —  
Drückte sich durch die Versenkung.  
Täglich ihrer Kunden harrt  
Auch die „Goldne 24“,  
Doch wird diese nie genarrt,  
Weil dort gut versorgt man sich.

### Frühjahrs-Saison 1896:

Konfirm.-Anzige	v. M. 5, 6, 7, 8, 9, 10 u. höher
Konfirm.-Anz., wie nach Maß gearb.	12, 13, 14, 15, 16, 17, 20 u. höher
Herren-Anzige, mit gearbeitet	7, 8, 9, 12, 15, 17, 19 u. höher
Herren-Anzige, s. Nouveau	19, 21, 24, 28, 32 u. höher
Herren-Paletots in allen Farben	7, 8, 9, 11, 14, 17 u. höher
Herren-Paletots, elegant	19, 21, 23, 26, 29 u. höher
Herren-Hosen, sehr haltbar	1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12 u. höher
Herren-Hosen, hochfein	5, 6, 7, 8, 9, 10, 12 u. höher
Herren-Jackets, ein- und zweireihig	4, 6, 8, 10, 13 u. höher
Herren-Mäntel, solid	8, 10, 11, 14, 16 u. höher
Anuben-Anzige, alle Farben	1, 3, 4, 5, 7 u. höher
Grösste, billigste und reellste Gütausquelle.	
Georg Simon zur	[1988]

### „Goldnen 24“

1. Etage, 24 Grimmaische Straße 24, 1. Etage.

Frack-Verleih-Institut.

● Fahrräder billig bei E. Kelselt [1485] Pontonstrasse 10, im Contr.

Tapezieren Ausgeklümme Haare kauft H. Klaus, Ritterstr. 37.

250 Mt. und Sofas von 5 Mt. an. Lendl, Lindenau, Hermannstr. 16.

Cigarren-Weber, Bergstraße.

Berantwortlicher Redakteur: Mag. Lorenz in Leipzig. — Druck und Verlag: Buchdruckerei und Verlagsanstalt der Leipziger Volkszeitung G. Heinrich in Leipzig.

# Stötteritz.

Meinen werten Geschäftsfreunden teile ergebenst mit, daß ich mein Material- und Drogen-Geschäft nam.

[1932] verlegt habe. Das Vertrauen, welches mir bisher von selten melner werten Kunden entgegengebracht worden ist, werde ich bemüht sein, mit and fernher zu erwerben.

## Edle Mölkauer u. Kreuzstraße

verlegt habe. Das Vertrauen, welches mir bisher von selten melner werten Kunden entgegengebracht worden ist, werde ich bemüht sein, mit and fernher zu erwerben.

Alfred Starke.

## Ernst Schubert

Zeitzer- und Sophienstrassen-Ecke.

## Confirmations-Anzüge

von 10 Mark an  
in schönster Auswahl.

## Herren- u. Knaben-Garderoben-Riesen-Ausverkauf

Leipzig, Reichsstr. 47 W. Palm Leipzig, Reichsstr. 47.

Auszug aus dem Preis-Courant: [788]

Dauerhafte Arbeitshosen v. 1,80 M. au	Stoffhosen für Herren 2,70 "
2-reihige Jackets in Stoff 5,—" "	Sommer-Jackets 1,25 "
Eleg. Herren-Hosen in Stoff 4,50 "	2-reih. Knab.-Anzüge i. Stoff 2,50 "
Westen 1,40 "	Somm.-Norm.-Schul-Anzüge 2,35 "
Herren-Anzüge in Stoff 9,50 "	Elegante Knaben-Anzüge 3,95 "
Eleg. Herren-Chevrolet-Anzüge, in Stoff, 2-reihig 18,25 "	Knaben-Chevrolet-Anzüge 2,95 "

## Achtung! Achtung!

### 1. Sängerabteilung.

Freitag abends 8 1/2 Uhr

### Wichtige Besprechung.

Ergebnis aller notwendig. D. W.

### Morgen Freitag

## Schlachtfest.

frischen Schellfisch.

Robert Funke [1988]

Lindenau, Gundorfer Straße 15.



Freit., Sonnab. u. Sonnt. wird, zwei Kinder ausgepfundet, à Pf. 58 Lindenau, Hermannstr. 18, Walter.

## Chirurgische Gummi-Waren

sowie sämtl. Bedarfs-Artikel

zur Kranken- und Gesundheitspflege empfiehlt billig in bester Qualität. (Viele Neuheiten.)

Auguste Graf

nur Nikolaistraße 4.

## Monatsgarderobe.

Empfiehlt allerhande

Winterpaletots, Mäntel, kompl.

Anzüge, einzelne Jackets, Veint-

kleider, ic. nur Salzgässchen 9, I.

(Jed. Größe.) J. Kindermann.

NB. Frack u. Gesellschafts-Anzüge

auch Lehrweise. [1884]

## Sämtliche Gummi-waren

Artikel

zur Gesundheitspflege sowie viele Neu-

heiten empfiehlt Gustav Graf, jetzt

nur Burgstraße 14. [1146]

## Familienanzeigen.

Der Kohlrausch-Wirtin

## Lina Arnold

zu ihrem 84. Geburtstage die herz-

lichsten Glückwünsche vom [1927]

Spiessclub Namenlos.

Es ist doch wegen der Blinde.

## Brautlente und Familien!

Wiederum ist ein großer Posten

## Gardinen

eingetroffen, nur neue, prächtige Muster

zu sehr billigen Preisen. Bitte bei Bedarf

mich gütigst unterlassen zu wollen.

1928 A. Kind, Volkmarßdorf

Gwaldstraße 9, II., an der Kirche.

## Todesanzeige.

Allen Freunden und

Besuchern die traurige

Nachricht, daß heute mittag unser lieber

guter Georg im Alter von 1 Jahr

11 Monaten sonst entschlossen ist. [1948]

Magdeburg, den 8. März 1896.

Die trauernden Eltern

Otto Falk und Fr.

Rammfleisch à Pf. 55 u. 60 Pf.  
P. Kreisig, Ecke Südpark  
1698] und Südparkstr.Cigarren, Cigaretten, Tabake in  
wie bekannt vorzügl. Qualität empfiehlt.  
H. Stöckert, Eisenbahnhofstr. 119.Fahrräder [2752]  
Nähmaschinen  
beste Fabrikate zu billigsten  
Preisen. Fachmännische  
Garantie.  
Untericht frei.  
Günstige Teile-  
zahlung.Wilh. Frenzel, Mechaniker  
2. Neuschöpfeld, Eisenbahnhofstr. 40.  
Große Reparatur-Werkstätten.Wer ein gutes Rad oder eine solche  
Nähmaschine billig haben will, wende sich  
an einen Fachmann und nicht an Händler,  
die alles, nur nicht Mechaniker sind. Diese  
Erkenntniß kommt sonst leicht durch Schaden.

Käufe und Verkäufe.

Rovervrl. Blaupunkt, Weissenfelser Str. 6 III

Einfach v. Habern

# 1. Beilage zu Nr. 53 der Leipziger Volkszeitung, Donnerstag 5. März 1896.

## Reichstag.

50. Sitzung vom 3. März 1896, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: v. Bötticher, Graf Posadowsky, v. Hammerstein.

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs betr. die Zuckersteuer wird fortgesetzt.

Preußischer Landwirtschafts-Minister v. Hammerstein:

Unsere Steuergesetzgebung hat die Zuckerindustrie zu dem gemacht, was sie jetzt ist, zu einer Industrie ersten Ranges. Ganz Europa produziert 4 725 000 Tonnen Rübenzucker. Davon entfallen allein auf Deutschland 1 825 000, auf Österreich 1 050 000 Tonnen, der Rest auf alle übrigen Staaten. Vom deutschen Rübenzucker sind  $\frac{2}{3}$  zur Ausfuhr bestimmt und müssen dafür bestimmt bleiben. Während in allen anderen Staaten die Entwicklung der Zuckerindustrie eine kapitalistische geworden ist, hat sie sich in Deutschland nicht kapitalistisch entwickelt. Es gibt allerdings Aktiengesellschaften, welche Zuckeraufbereitung betreiben, aber die Aktien befinden sich meistens in den Händen der Landwirthe, welche die Mühlen bauen. Frankreich hatte die Fabriksteuer, wir hatten die Materialsteuer, durch welche wir den großen Erfolg erzielt haben, während Frankreich erst jetzt zur Materialsteuer übergegangen ist. Die Materialsteuer hat bestanden bis 1891, wo man sie durch eine Fabriksteuer ersetzt. Die Ausfuhrprämien, welche man noch bestehen ließ, ermäßigten sich und sollten ganz verschwinden im Jahre 1897. Im vorigen Jahre überzeugte man sich schon auf Seiten des Reichstages, dass der betretene Weg die allerbedeutsamsten Folgen bereits herbeigeführt hätte, dass der Wegfall der Prämien zum Untergang der landwirtschaftlichen Zuckerindustrie führen würde. Man durfte also den Weg der Gesetzgebung von 1891 nicht verfolgen. Wenn man dies wollte, dann hätte man die Novelle von 1895 nicht annehmen dürfen. Die Ausfuhrprämien Frankreichs bewegten sich zwischen 4,27 und 5,89 M., die Österreichs zwischen 1,40–2 M. Wenn bei uns die Prämie wegfällt, dann ist der deutsche Export diesen Konkurrenten preisgegeben. Grundsätzlich steht ich auf demselben Boden wie Herr Richter, dass Deutschland nicht mehr Zucker produziert wie der Verbrauch aufzunehmen im stande ist, während der Rest des Konkurrenz des Auslandes preisgegeben wird. Das ist ein theoretischer Standpunkt. Aber nachdem wir die Zuckerindustrie und den Rübenbau durch gesetzgeberische Maßregeln zu dem Umfang entwickelt haben, wie er jetzt vorhanden ist, müssen wir damit rechnen, dass  $\frac{1}{3}$  der Produktion auf den Export angewiesen sind; man kann diese nicht mit einem einfachen Strich beseitigen. Diesen realen Verhältnissen muss jeder vernünftige Staatsmann und auch der Reichstag Rechnung tragen. Der Rübenbau hat nicht nur für sich eine Bedeutung, sondern für die gesamte Landwirtschaft. Man sagt: Es giebt ja nur 400 Zuckeraufbereiter. Eine mittelmäßige Zuckeraufbereitung kostet 600 000 M., die größeren 1 500 000 M. Anlagekosten; also nach dem Durchschnitt berechnet haben die 400 Zuckeraufbereiter ein Anlagekapital von 400 Millionen Mark. Wenn die Rübenindustrie aufhört, eine landwirtschaftliche zu sein, wenn die kapitalistische Industrie sich der Sache bemächtigt, wenn die kleinen Fabriken zu Grunde gehen, so kann man sich ein Bild davon machen, welche Verluste der Landwirtschaft dadurch zugefügt würden.

Herr Richter behauptet, dass die Vertheuerung des Zuckers durch die Vorlage sich auf 5 Pf. für das Pfund stellen würde, das sind aber nicht 20 v. St., sondern nur 10 v. St. Verheuerung, da das Pfund Zucker 50 Pf. kostet. Bei der Versorgung Deutschlands mit Fleisch ist gerade die Rübenbau treibende Landwirtschaft in erster Linie beteiligt. Und die Zuckergesetzenden beziehen ihr Vieh hauptsächlich aus Süddeutschland. So sind also ganze Landestheile indirekt beteiligt an der Zuckerindustrie. Die deutsche Maschinenindustrie würde auf das schwerste geschädigt durch die Gefährdung der Zuckerindustrie. Die Schiffsabfahrt ist beteiligt durch den Import von Chilisalpeter. Gerade im Winter bietet die Zuckerindustrie den Arbeitern und Arbeiterninnen lohnende Beschäftigung. Wo sollen diese Arbeiter beschäftigt werden, wenn die Landwirtschaft wieder zum extensiven Betrieb zurückkehrt? Die Industrie kann sie doch nicht beschäftigen. Es sind allerdings jetzt steigende Preise vorhanden, weil durch die drei kritischen Jahre ein Rückgang in der Produktion eingetreten ist; aber dauernd ist die Krise nicht besiegt. Reiche Leute haben Hunderttausende angesehen; das kann man nicht auf die Dauer aufzuhalten. (Sehr richtig! rechts.) Wenn die Betriebskapitalien der Zuckerindustrie auch nur zur Hälfte verloren gehen, so giebt es einen Krach, wie man ihn noch nicht gehabt hat. Diesen Krach zu verhindern ist Pflicht und Schuldigkeit der Regierung, wo sie dazu in der Lage ist.

Herr Richter hat den Antrag Kanitz und diese Vorlage verglichen. Bei dem ersten handelt es sich um die Feststellung eines Mindestpreises für das in den Konsum gehende Getreide; bei der letzteren sollen aber die Inlandspreise nicht beschränkt werden, sondern es soll durch Prämien der Export gefördert werden und das ist seit 1887 geschehen beim Zucker und auch beim Spiritus. Jede Steuer, die im Lande erhoben wird, hat eine Rückwirkung auf die Preise. Der Minister beruft sich schließlich auf die übereinstimmenden Urtheile des preußischen Landeskonsolidierungs und des deutschen Landwirtschaftsraths; sie haben sich mit den Tendenzen der Vorlage einverstanden erklärt. Ich glaube die Ausführungen des Herrn Richter widerlegt zu haben. Wenn die Zuckerindustrie das Rückgrat der gesamten Landwirtschaft ist, wenn sie eine der wichtigsten Exportindustrien ist, dann müssen wir sie zu erhalten suchen. Es wird hier nicht die Frage gestellt, ob was geschehen soll, sondern nur was geschehen soll. Ich hoffe, dass es gelingen wird in der Kommission, nicht ein dauerndes Gesetz, aber ein vorübergehendes Kampfgesetz zu stande zu bringen. (Zustimmung rechts.)

Abg. v. Bötticher-Piast (dk.): Man hat uns gesagt, wir möchten der Notlage der Landwirtschaft mit ausführbaren und möglichen Mitteln begegnen. Hier ist ein solches Mittel. Diese Vorlage will nicht wie der Antrag Kanitz die Abwehr eines großen Imports, sondern die möglichste Erhaltung eines großen Exports, sie verdient auch nicht den Vorwurf einer sozialistischen Tendenz, sie ist technisch durchführbar und verstößt nicht gegen völkerrechtliche Verträge. Herr Richter behauptet, dass in landwirtschaftlichen Kreisen selbst eine Opposition gegen das Gesetz vorhanden sei. Die Opposition findet statt gegen diese oder jene Einzelbestimmung des Gesetzes; aber dem ganzen Grundgedanken der staatlichen Hilfe wird kein Widerstand geleistet. Herr Spahn hat erklärt, dass das Zentrum für die Erhöhung der Konsumabgabe nicht zu haben sei. Wie will er denn den Ausfall decken? Vielleicht durch die Betriebssteuer? Das würde allerdings dem Zustandekommen der Vorlage sehr hinderlich sein. Die Einzelheiten der Vorlage sind so schwieriger Natur, dass man sie besser der Kommission überlässt. Gern nimmt die Zuckerindustrie die Prämien nicht; sie ist eine leistungsfähige Industrie und möchte nicht gern Störungen des Staates sein. Aber es handelt sich um ein Verhältnis, welches nicht aus der Industrie selbst hervorgeht, sondern welches ihr von auswärts aufgedrängt wird.

Wo es sich um eine solche Vergewaltigung der vaterländischen Industrie handelt, müssten alle zusammenstoßen, um ihr gegen den auswärtigen Feind zu Hilfe zu eilen; auf diesem Standpunkt

scheint man allerdings dort drüben (links) nicht zu stehen. Wir nehmen die Prämien, weil wir sie nehmen müssen. (Gelächter links.)

Wenn Sie einen anderen Weg wissen, so kommen Sie heraus damit! Über in der  $\frac{1}{2}$  stündigen Rede Richter's habe ich kein anderes Mittel gehört. Daß der Bundesrat die Prämien ermäßigt oder aufhebt, wenn die anderen Staaten dasselbe thun, sind wir einverstanden. Über wenn das Ausland seine Prämien noch heraufsetzt, müssten wir dann nicht dem Bundesrat die Befugnis geben, dass er die deutschen Prämien erhöht? Ich will meine Partei dafür noch nicht festlegen. Ein ziemliches Einverständnis herrscht darüber, dass ohne Kontingentierung keine Prämienabgabe möglich ist. Über die Höhe des Gesamtcontingents gehen die Ansichten weit auseinander. Das Kontingent von 14 Millionen Doppelpentziner wird als zu niedrig betrachtet; man könnte wohl ohne Schaden bis auf 17 Millionen Doppelpentziner hinausgehen, denn wir wollen nicht den Rübenbau in seiner jetzigen Ausdehnung zurückdrücken; weil davon am ersten der Bauer betroffen würde. Hannover, Sachsen, Anhalt stehen auf der Höhe ihrer Expansionssfähigkeit. Im Osten aber ist eine Expansion noch möglich und notwendig, zumal der Getreidebau nicht lohnend ist; es ist selbstverständlich, dass der Osten jede Ausdehnung des Rübenbaus durch gewisse Opfer sich wird erklämpfen müssen. Durch vorübergehende Umstände hat sich die Lage des Zuckermarktes etwas gehoben; aber dieser Zustand ist ein vorübergehender. Deshalb bitte ich die Herren, sich nicht beeinflussen zu lassen durch die erschwerenden Momente, welche in der Vorlage liegen.

Staatssekretär Graf Posadowsky: Herr Richter hat sich gestern als ein Vertreter der deutschen Landwirtschaft vorgestellt und hat dieselbe gewarnt, die gefährlich in Geschäftsangelegenheiten einzutreten. Was hat denn Herr Richter der Landwirtschaft bisher geschenkt? (Gelächter links.) Herr Richter hat behauptet, dass von der Regierung vollkommen falsche Behauptungen aufgestellt sind. Sein Wissen hätte doch einen solchen Ton ihm entbehrliech machen sollen. Die Erhöhung des Kontingents würde eine Reduzierung der Prämien bedeuten, denn die Konsumabgabe kann nicht mehr erhöht werden, als vorgeschlagen ist. Ein Rückgang des Rübenbaus würde zur vermehrten Kartoffelproduktion führen und dadurch würde die Grammweinproduktion wieder verstärkt werden. Wenn die Vorlage dem Antrage Kanitz gleich, dann würden Frankreich, Belgien und Holland mit in dem Sozialismus stehen mit ihren Prämienystemen. Wenn Süddeutschland an der Zuckerproduktion weniger beschäftigt ist als an dem Zuckerverbrauch, so muss man auch sagen: der Eisenanzug muss aufgehoben werden, denn daran sind nur Rheinland, Westfalen und Oberschlesien beteiligt.

Die Steigerung der Zuckerpreise ist ein spekulatives Manöver gegen die Vorlage (Gelächter links), und die kubanischen Verhältnisse sind zu diesem Zweck übertrieben. Er hat auf den Bericht eines Generalstaats verwiesen, er hätte mir vollständig vorlesen sollen, was in der "Freisinnigen Zeitung" abgedruckt war (Rechtsseite rechts); danach sind die Verhältnisse nicht zu beurteilen, weil die Ereignisse jede Voraussage vereiteln können. Eine Steigerung des Konsums hat Herr Richter auf die billigen Preise zurückgeführt, der Zucker konnte aber nur so billig werden, weil die freien Industrien der deutschen Zuckerindustrie zu großer Konkurrenz machten. Herr Richter sprach von einem Rückgang des Konsums um 2 Millionen Doppelpentziner, das würde einen Rückgang um  $\frac{1}{3}$  bedeuten; daran glaubt auch Herr Richter nicht. Ich schließe mit einer Änderung seiner Schlussworte: wer es gut meint mit der Zuckerindustrie, der schliesst sich den verbündeten Regierungen an zur Bekämpfung der verbreiteten Wirtschaftspolitik des Abg. Richter. (Große Heiterkeit links.)

Abg. Bock-Wolfa (Soz.): Es ist von Werth, dass hente von ministeriellicher Seite gegeben worden ist, dass Liebesgaben an die Rechte des Hauses, die Agrarier, ausgetheilt werden. Bei der vorjährigen Interpellation des Herrn Baasche wurde es nun gleich klar, dass die Minister und Geheimräthe sich sofort an die Arbeit machen würden, um die Wünsche ihrer Schoßkinder, der Nationalliberalen, zu erfüllen. Es kam das Nothgebet, und diese heilige Vorlage erfüllt bis in die kleinsten Einzelheiten die Intentionen der Interpellation. Die eigentliche Idee zu dieser Zuckersteuer-Vorlage entstammt aber den Jagdgründen des Herrn Amtsraths Dieke in Barby, der zugleich Zuckerindustrielle ersten Ranges ist und in diesen Jagdgründen noch andere nie einschneidende politische Fragen in den Vordergrund geschieben werden. Es ist begreiflich, dass die Regierung die Wünsche der Nationalliberalen erfüllt hat. Die Nationalliberalen, die früher an die Wand gedrückt wurden, dass sie quetschen und das fünfte Blad am Reichswaggon spielen müssten, haben es verstanden, hübsch sronn und brav zu bleiben, und wenn sie schon Opposition machen, es ganz zu ihm. Sie sind die einzige der Regierung bedingungslos ergebene Partei. Die Unfe ist der Regierung innehaltlich, denn Zentrum traut sie nicht über den Weg und die Freikonservativen sind mit den rabiaten Agrarier ein lixt, aus deren Reihen die Worte gefallen sind: "die Herren Minister können uns sonst was." Den Herren vom Circus Busch wird nicht so ganz und wohl entprochen. Das seien wir schon aus den Petitionen, welche sich zum Theil prinzipiell gegen die Vorlage aussprechen. Einige Bauernfreunde und Fabrikanten von Pommern und Brandenburg erklären sogar, dass das Kontingent, was die Betriebe brauchen und überhaupt die Prämien keine solche Höhe zu haben brauchen, wie sie die Vorlage fordert.

Der Zucker ist ein Weltmarkartikel und unterliegt ebenso gut den Weltmarktpreisen und der Weltmarktkonkurrenz wie jeder andere Weltmarkartikel.

Auch hier müssen die Preise steigen und fallen. Die Zuckerkrise ist auch garnicht so gefährlich, denn im Jahre 1891 war der Preis des Zuckers 24 M., 1892 28 M., 1893 28,80 M., 1894 24,70 M. und 1895 trat allerdings ein Preisdurst auf 17,5 M. ein. Wie das gekommen ist, das erläutern die Motive der Vorlage selbst: Das Jahr 1895 war eben ein außerordentlich ertragreiches Jahr. Wenn die Regierung sich deshalb schon genötigt sieht, eine besondere Vorlage zu machen, so müsse sie bei jedem anderen Gewerbe es ebenso machen. Wie hat die Zuckerindustrie durch die Haute im vorigen Jahre leiden müssen! Seit 1871 ist der Zuckerindustrie rund  $\frac{1}{2}$  Milliarde an Zuckerprämien zum Gesetz gemacht worden, das macht auf jede einzelne Zuckeraufbereitung 1 110 000 M. d. h. in jedem einzelnen Jahr durchschnittlich 46 000 M. (Hört! Hört! links.) Daß die Herren die Exportprämien gerne nehmen, begreifen wir; das thun nicht nur die Konservativen, sondern auch die Nationalliberalen; sie sind beide vom Stamme Rinn. Aus den zahlreichen Petitionen geht hervor, dass eine Anzahl Leute erklärt, dass die Zuckeraufbereitung noch genügende Erträge für ihren Zucker erzielen, dass also ein solches Gesetz garnicht nötig ist; oder dass es höchstens einer Prämie von 1,50 M. bedürfe, also doch erheblich weniger, als die Regierung will. Der Landwirtschaftsminister that so, als ob die ganze Zuckerindustrie, die ganze Kultur, ja die ganze Welt zu Grunde gehen würde, und zwar, weil noch so, und so viele andere Erwerbszweige darunter zu leben hätten. Ja, dasselbe kann man aber doch auch von jedem anderen Gewerbe sagen. — Noch nicht erwähnt in diesem Hause sind die Petitionen der Lebäcker und Honigfabrikanten. Diese erklären, dass, wenn die neuen Prämien eingeführt würden, dieser ganze Industriezweig zu grunde gehen müsse da schon im vorigen

Jahr der Zoll von 20 auf 26 M. erhöht worden sei und jetzt gar auf 45 M. erhöht werden sollte. Der Finanzminister hat eine besondere Kunstfertigkeit, die Finanzlage grau in grau zu malen und man scheint vom Regierungstisch aus nur noch Landwirthschaft und Zuckerindustrie zu sehen.

Der Minister nahm es Herrn Richter sehr übel, dass das Landes-Oekonomiekollegium eine ungeeignete Interessenvertretung genannt hat. Und doch hat dieser sehr recht, denn hat nicht das Landes-Oekonomiekollegium diese ganze Vorlage allerdings in Anwesenheit des Kaisers in nur vier Stunden durchgearbeitet? Der Standpunkt der Konsumenten ist hier ein ganz anderer als der der Produzenten. Gerade die reichsten Leute gehören zu den Zuckerindustriellen. Graf Bismarck folgte den Spuren seines Papas und bezeichnete den Zucker als ein Geschenk, während allgemein, auch vom Reichs-Gesundheitsamt, der Zucker als ein nothwendiges Nahrungsmittel bezeichnet wird. Es ist recht traurig, dass wir in Deutschland, wo der Zucker doch produziert wird, den geringsten Konsum haben.

Es war uns sehr interessant, dass der Minister erklärte, dass die Konsumsteuer allerdings den Zucker vertheuert. Wir werden das festhalten und in der gehörigen Weise verbreiten. Man hat gesagt, 6 Pf. Steuer sei nicht viel. Es ist nachgewiesen, dass die Steuererhöhung den Zuckerverbrauch für eine Familie um 8 M. vertheuern würde. Ich möchte einmal sehen, was ein Zuckerindustrieller sagen würde, wenn ein Arbeiter mit vielleicht etwas defetter Kleidung zu ihm käme und ihm einen Thaler anbietet und sagte: Ich weiß, Sie sind in einer Notlage, hier schenke ich Ihnen einen Thaler. Er würde den Thaler gewiss zurückweisen, aber auf dem Umweg der Steuer nehmen Sie (rechts) den Thaler ganz gern. (Sehr richtig! links.) Auf Kosten der Aermelnen sollen die Reichsten Vorteile erhalten und das alles soll geschehen im Interesse der Landwirtschaft und der Zuckerindustrie. Der Graf Posadowsky hat den Abg. Richter gefragt, was er denn schon der Landwirtschaft geschenkt hätte; ja, was hat er denn der Landwirtschaft geschenkt? Richts als unsere Steuern, die wir bezahlen müssen. (Sehr richtig! links.) Wenn Sie aus Ihrer Tasche schenken sollten, so würden Sie sich auch hören. Wir thun nichts aus das gegen die Landwirtschaft, sondern aus Überzeugung. Ich bin selbst in einem Landkreis gewählt und vertheile täglich und ständig mit kleinen Bauern. Sie (nach rechts) hätten am wenigsten Ursache... freilich, es ist ja kein einziger von den Herren hier; sie pflegen sich bloß selbst hören zu wollen, aber das genügt mich nicht; denn was ich hier sage, hören auch viele draußen im Lande... Sie hätten am wenigsten Ursache, sich als Beschützer der kleinen Bauern aufzuspielen. Wo sich einmal die Zuckerfabriken etabliert haben, da ist von einem kleinen Bauernland keine Riede mehr, und wo noch welche sind, da müssen diese ihre Produkte an die in der Nähe befindlichen Fabriken verkaufen; sie können es anders gar nicht unterbringen. Rüben bauen hauptsächlich nur die Großbauern und Domänenpächter, von denen man wirklich nicht sagen kann, dass sie sich in einer Notlage befinden, denn die Pachten für die Domänen steigen immer mehr. Hätte die Regierung ein Plebisit unter den Bauern veranstaltet, ich bin seit überzeugt, dass die ganze Bauernschaft sich gegen das ganze Gesetz erklärt hätte, weil sie davon keinen Vorteil hat.

Nicht die Großindustriellen und großen Rübenbauern sind hier die wirklich Nothleidenden, sondern die Arbeiter welche in der Zuckerindustrie beschäftigt sind (Zustimmung bei den Sozialisten). Ich verweise in dieser Beziehung nur auf die Berichte der Fabrikinspektoren. Außerdem ist ja jedem von uns bekannt, dass die Zuckerrüben-Fabrikanten über das billigste, gefügigste, auf der niedrigsten Stufe stehende Menschenmaterial verfügt. Für einen Wochenlohn von 10–12 M. müssen sie 15–18 Stunden des Tages schwer arbeiten. Redner schildert an der Hand der Fabrikinspektoren-Berichte die schrecklichen Wohnungsverhältnisse der Arbeiter, die auf engen Plätzen zusammengepfercht mit Frau, Kindern und erwachsenen Töchtern zusammenwohnen. Die meisten und schwierigsten Unglücksfälle kommen in der Zuckerindustrie vor. In einer Fabrik und einer Kampagne kamen 19 schwere Unglücksfälle vor. Das liegt an den schlechten Einrichtungen, der schlechten Beleuchtung und der großen Unordnung der Fabriken. Hätte der Ministerisch auch nur den zehnten Theil seiner Sympathie diesen Arbeitern zugewendet, er würde sich ein grösseres Verdienst erworben haben, als wenn er sich bemühte, den Fabrikanten noch mehr die Taschen zu füllen. Die Regierung zahlt allerdings die Liebesgabe nicht, sondern wir Steuerzahler und auch nicht aus Liebe. Man will nicht zugeben, dass es eine Liebesgabe ist und die Deutsche landwirtschaftliche Korrespondenz reicht es den Freikonservativen, die mit dieser Vorlage nicht einverstanden sind, unter die Fase, dass man ja bei den Eisen- und Kohlenzöllen auch von Liebesgaben reden könne. So ist es recht; bei solchem Streit kommen wir am besten zu unserem Recht. Was hat man den Landwirthen nicht schon für Liebesgaben gereicht: Böller, Brautweinsteuer, Erlös von Nacht, Lehrerbefolgs-Gesetz in Preußen, Entschädigung für Steuerfreiheit, Zentral-Genossenschaftsklasse, Staatsfaktarie u. s. w. Der Kriegsminister bringt sich über unser Leben, aber seit Jahren hören wir hier fast nichts als Klagen der Landwirthe.

Nach fünf bis zehn Jahren stehen wir trotz dieser Vorlage auf demselben Fleck, weil Österreich und Frankreich, die mit konkurrierenden Ländern, auch ihre Prämien erhöhen werden. Können wir denn ein Privilegium auf den Rübenbau beanspruchen? Andere Staaten werden auch ihre Zuckerindustrie schützen, und wir sind ihnen als die ersten mit der Prämie vorangegangen Rudolf Meyer weist nach, dass bei der Zunahme der Zuckerproduktion in 10–12 Jahren eine allgemeine Weltkrise für die Zuckerindustrie hereinbrechen müsse. Es wäre viel praktischer, wenn die Reichsregierung selbst den Betrieb in die Hand nähme, sie braucht dann keine Kontingentierung vornehmen.

Diese Vorlage wird der Sozialdemokratie zum Vorteil gereichen. Wenn der Graf Caprivi einmal gesagt hat, die Reichsregierung sehe sich jede Vorlage darauf an, ob sie der Sozialdemokratie schade, so hat die Regierung diese Frage diesmal nicht erwogen. Mit diesem Zuckersteuer-Gesetzentwurf werden Sie nur Unzufriedenheit erregen in den Kreisen, welche die Lasten zu tragen haben. Bewilligen Sie nur die Prämien und die Geschenke. Die kleinen Bauern und Arbeiter werden davon nichts profitieren, aber wir Sozialdemokraten profitieren davon, dass wir diese Art von Politik an den Pranger stellen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schädler (S.): Wenn ich mich auch in der Sorge um die Konsumenten mit dem Vorredner begegne, so halte ich mich doch nicht für verunsichert, die Vorlage ohne weiteres zu verwerten. Bei der Zuckerindustrie handelt es sich um Millionen von Erzeugern, für die wir ebenso sorgen müssen wie für die Arbeiter. Wenn er für die Arbeiter der Zuckerfabrikanten das Recht zu klagen erst nehmen. Besser wäre es gewesen, mit dieser Vorlage jetzt nicht bestellt zu werden, weil ja der Hauptpunkt der Begründung die niedrigen Preise, bestellt sind. Da-

für allerdings muß gesorgt werden, daß die Prämien beseitigt werden; in diesem Sinne akzeptiere ich es, daß die Vorlage eine vorübergehende Maßregel sein soll; aber es muß dann auch eine Frist bestimmt werden, um es nicht für alle Zukunft zu binden. Der Prämienfraz von 4 M. ist für mich unannehmbar. (Burkhardt: Wie viel?) Darauf kann ich Ihnen jetzt noch keine Antwort geben, Sie müssen Ihre Neugier schon noch etwas ausschieben. (Heiterkeit; Burkhardt: 8 M.) Bieten Sie nur ruhig weiter, von mir bekommen Sie keinen Zuschlag. (Große Heiterkeit) Auch die Verbrauchssteuer-Erhöhung von 18 auf 24 M. ist zu hoch vom Standpunkte des Konsumen. Wenn der Zuckerpreis frischer ist höherer war, so folgt für mich noch nicht, daß der Preis wieder so hoch kommen müsse, weil durch eine Preistiegerung die Zunahme des Verbrauchs, namentlich auch zu industriellen Zwecken, zu Konsumen, Chocoladen u. s. w. verhindert würde. Wenn die Vorlage als ein Kampfmittel betrachtet wird, so glaube ich, die Waffen sind sturz. Der Zuckerindustrie will ich helfen, aber nicht durch maflose Preissteigerungen, denn es steht nicht einmal die ganze Zuckerindustrie hinter dieser Vorlage. Süddeutschland ist nicht so erheblich an der Vorlage beteiligt, es hat aber doch das Interesse seines Viehabsatzes an die Rübenproduktion. Zu befürchten ist, daß die Kontingentierung gerade die kleineren Rübenbauern treffen wird und daß die Reichskasse einen Ausfall erleide, der namentlich den Einzelstaaten zur Last fallen wird. Deshalb wünsche ich eine Kommissionserörterung.

Darauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Personlich steht

Abg. Richter einige Bemerkungen richtig und hält dem Herrn v. Puttkamer vor, daß er durch den Ton persönlicher Überlegenheit zu erschöpfen gefühlt hätte, was ihm an sachlicher Entgegnung fehle; diese Tonart sei ja eine Familieneigentümlichkeit. (Heiterkeit) Wenn Herr v. Puttkamer alle Hochachtung vor seinen (des Redners) landwirtschaftlichen Kenntnissen verloren habe, so könne er in die bedauerliche Lage eines solchen Verlustes nicht kommen, denn seine Hochachtung in dieser Beziehung vor Herrn v. Puttkamer sei niemals sehr groß gewesen. (Heiterkeit)

Abg. Bemmigsen (nachl.) protestiert dagegen, daß er nach einer Behauptung des Abg. Bock 1891 von der guten Lage der Zuckerfabrik, an der er selbst beteiligt gewesen sei, geprochen und dabei behauptet habe, daß die Rübenbauer niedrige Preise erhalten, welche eine wahre Kalamität seien; er verliest zur Richtigstellung die betreffenden Stellen der Rede.

Abg. Bock-Gotha bemerkt, daß er nicht von einer einzelnen Fabrik, sondern allgemein gesprochen habe.

Schluß 5½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. Fortsetzung der ersten Beratung der Zuckersteuervorlage.

### 51. Sitzung vom 4. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: v. Bötticher, Graf Posadowsky, v. Hammerstein.

In Anwesenheit von 14 Mitgliedern, außer dem Bureau, eröffnet der Präsident die Sitzung.

Eingegangen ist die Denkschrift über die Thätigkeit des Patentamtes.

Die erste Beratung der Zuckersteuervorlage wird fortgesetzt.

Abg. Götz von Olenhusen (Welse): Wir sind bereit, auf den Boden der Vorlage zu treten, damit die Zuckerfabriken, mit deren Bestand die Landwirthe rechnen müssen, erhalten werden. Wir betrachten die Vorlage als ein Kampfmittel gegenüber einem unbehaltbaren Zustand. Das Steigen der Preise hängt zusammen nicht mit dem Rückgang des Rübenbaues, sondern nur mit dem Zehlen des kubanischen Zuckers. Wenn die Vorlage zu Fall kommen sollte, so werden die Preise wieder erheblich fallen. Die billigen Zuckerpreise sind entstanden durch die deutsche Zuckerindustrie, welche kräftig genug war, sich auszudehnen trotz der ausländischen Konkurrenz. Wenn die Zuckerindustrie Deutschlands einmal ruinirt sein wird, dann werden die Preise noch ganz anders steigen. Wedner empfiehlt die Annahme der Vorlage als Landwirth, nicht als Mitglied des Bundes der Landwirthe, dessen Agitation ihn oft als gefährlich erschien sei. Die Landwirthe in Braunschweig und Hannover stehen nicht auf dem Boden dieser Agitation, die nicht nach deutscher Art ist, trotzdem das Organ des Bundes die Devise an der Stirn trägt: Für Kaiser und Reich, für deutsche Arbeit, für deutsche Arbeit in Stadt und Land. Trotz aller Künstlerkunststücke kann ich die Agitation des Bundes nicht billigen, weil sie der Landwirtschaft nicht nützt. Ich hoffe, daß die Vorlage die Genehmigung des Hauses finden wird.

Abg. Paasche (nachl.): Ich werde mich im allgemeinen an die schärfere Tonart halten, die durch Herrn Bock zum Ausdruck gekommen ist. Es ist nicht wahr, daß es sich nur um ein einziges Jahr des Rückgangs handelt, sondern um einen dauernden Rückgang handelt es sich. (Widerspruch des Abg. Bösch.) Ich habe die Ergebnisse von einer ganzen Reihe von Zuckerfabriken, welche das beweisen. (Burkhardt: Vorlegen!) Ich kann doch die mit diskret anvertrauten Zahlen nicht hier offen bekannt machen. (Lachen links.) Die Zuckerpreise sind erheblich zurückgegangen; Wedner gibt die Zahlen bis 1894. (Burkhardt: Weiter!) Ja, daß die Preise jetzt hoch sind, das weiß ich; das bestreite ich auch nicht. Der Minister hatte vollständig recht, wenn er Herrn Richter das Verständnis für landwirtschaftliche Dinge bestreitet. (Burkhardt: Aber Sie haben es ja, als gelernter Landwirth habe ich das Verständnis. Die Prämien haben die Konkurrenz auf dem Weltmarkt aufrecht erhalten; da kann man nicht sprechen von der Belastung des armen Mannes. Die Prämien haben die Überproduktion geschaffen und damit den Zucker verbilligt für den armen Mann. (Gesichter links, Burkhardt: Professorenweiseheit!) Die Prämien sind bis auf den letzten Pfennig den Stoffumenten zu Gute gekommen. (Gesichter links.) Weßhalb ängstigt man sich in Frankreich und Österreich um unsere Prämie? Doch nur, weil sie den Weltmarktpreis drücken wird. (Burkhardt: Erhöhung der Verbrauchsabgabe um 6 M.) Die kommt auf der andern Seite. (Lachen links.) Halten Sie mich denn für einen so schlechten Rechenmeister? (Burkhardt: Jawohl!) Ich will Ihnen ja nur vorrechnen, daß Sie falsch gerechnet haben, daß Sie etwas abschreiben müssen von der berechneten Belastung. Derjenige, der den billigsten Preis stellt, bestimmt die Höhe des Preises. (Widerspruch links.) Sie werden mir diese ökonomische Lehre nicht austreden. Dass wir niemals zu einer Befreiung der Prämien kommen werden, wenn wir allein unsere Prämien aufheben, darin stimme ich den Vertretern der Regierung zu. Man spricht von einer ungesehenen Ausdehnung der Industrie, aber nur bei der Zuckerindustrie; wenn die Eisenindustrie oder eine andere Industrie sich ausdehnt, trotzdem hin und wieder eine Krise eintreffe, so spricht man von einem technischen Fortschritt. Dem Kapital fällt gar kein Gewinn zu. Man hat es gelegnet, daß die Preise durch speulative Thätigkeit gesteigert sind. Im Februar 1896 war ein Weltvorrat von Zucker vorhanden von 2 800 000 Tonnen, 1895 von nur 2 500 000 Tonnen, 1894 von nur 1 800 000 und 1893 von nur 1 600 000 Tonnen, also jetzt 1 Million Tonnen mehr als in normalen Jahren. Was will dagegen der Ausfall in Kuba von 700 000 Tonnen bedeuten? Dieser Ausfall kann auch noch verschwinden. Ob die Vorlage unverhältnismäßig angemommen werden kann, ist allerdings zweifelhaft.

Abg. von Nomirovski (Pole) erklärt sich gegen das Gesetz.

Abg. Meyer-Danzig (olv.): Meine Freunde werden die Vorlage unterstützen, wie sie alles thun wollen, was für die Landwirtschaft und namentlich für die Zuckerindustrie Rüben bringen kann. Die Belastung des Verbrauchs wird als eine unerträgliche dargestellt. Aber gerade die ge-

schätzte Industrie hat die billigen Preise erst zu mögig gebracht. Meine Freunde hatten eine Kontingenzernebung auf 17 Millionen Doppelzentner mindestens für notwendig; ein Kontingenzt von nur 14 Millionen würde eine Zurückdrangung unserer Industrie sein. Die Preistiegerung begann mit dem Befreiwerden der kubanischen Ernte und wurde beeinflußt durch die Vorlage, mit deren Zustandekommen die Spekulation natürlich rechnete. Aber für die Dauer der ganzen Kampagne wird der höhere Preis nicht gelten. Kommt die Prämie zum Ausdruck im Weltmarktpreise, so haben wir einen höheren Preis; geschieht das nicht, so werden die Konkurrenten beeinträchtigt und schränken ihre Produktion ein. Ohne Kontingenzt können wir die Prämie nicht erhöhen, ohne eine ungemeine Ausdehnung der Industrie herbeizuführen. Wir wünschen ferner, daß wir zur Abschaffung der Prämien kommen mögen, natürlich pari passu im gleichen Schritte mit anderen Staaten. Wir wünschen ferner, daß bei Errichtung der Prämien auch die Konsumabgabe ermäßigt wird. In anderen Punkten gehen unsere Anschaungen auseinander. Wir hoffen aber zu einer annehmbaren Vereinigung zu kommen. Eine Prämie von 4 M. halten wir als unbedingt notwendig für die Möglichkeit des internationalen Wettbewerbs. Wir werden eifrig in der Kommission arbeiten, um die Vorlage zu stande zu bringen.

Minister v. Baumwolle: Ich habe gestern, mitgetheilt,

dass die Prämie zum Ausdruck im Weltmarktpreise, so haben wir einen höheren Preis; geschieht das nicht, so werden die Konkurrenten beeinträchtigt und schränken ihre Produktion ein. Ohne Kontingenzt können wir die Prämie nicht erhöhen, ohne eine ungemeine Ausdehnung der Industrie herbeizuführen. Wir wünschen ferner, daß wir zur Abschaffung der Prämien kommen mögen, natürlich pari passu im gleichen Schritte mit anderen Staaten. Wir wünschen ferner, daß bei Errichtung der Prämien auch die Konsumabgabe ermäßigt wird. In anderen Punkten gehen unsere Anschaungen auseinander. Wir hoffen aber zu einer annehmbaren Vereinigung zu kommen. Eine Prämie von 4 M. halten wir als unbedingt notwendig für die Möglichkeit des internationalen Wettbewerbs. Wir werden eifrig in der Kommission arbeiten, um die Vorlage zu stande zu bringen.

Prinzip bei der Besteuerung überall durchzuführen wollte, namentlich bezüglich der großen Bierbrauereien. Eine Strafe auf den technischen Fortschritt liegt in der Stoffsteuer nicht, denn wer mehr leistet, der wird dadurch auch leistungsfähiger für die Gesellschaft. Wenn aus der Vorlage etwas werden soll, dann müssen namentlich die Interessen der kleineren und mittleren Landwirthe berücksichtigt werden. Wie die Vorlage jetzt beschaffen ist, würde sie für mich und einen Teil meiner Freunde unannehmbar sein. Wir hoffen aber auf eine brauchbare, durch allseitige Vereinbarung zu stande zu bringende Vorlage.

Abg. v. Standy (dl.): Herr v. Puttkamer hat schon angekündigt, daß nicht alle Mitglieder meiner Partei mit ihm übereinstimmen. Eine prinzipielle Meinungsverschiedenheit kann natürlich nicht vorliegen, denn wir alle stehen auf dem Standpunkt des Schutzes der nationalen Arbeit, wie wir wissen den Schutz der Zuckerindustrie und ihre Unterstüzung durch Prämien. Es ist keine angenehme Sache, gegenüber unseren bewährten Freunden einen Dissens auszusprechen. Herr Götz von Olenhusen hat sich gegen den Bund der Landwirthe gewendet. Im Namen aller meiner Freunde kann ich bemerken, daß der Bund der Landwirthe zum Zuckersteuer-Gesetz keine Stellung genommen hat, weil die Landwirthe verschiedene Meinung sind. Wir haben uns aber gewundert, daß Sie, Herr Götz von Olenhusen sich für besagt gehalten haben, dem Bund der Landwirthe vorzuherrschen, daß er seiner Devise nicht treu geblieben sei, diese Ansicht des Ministers thellen wir nicht. (Sehr wahr! rechts.) Wir meinen, daß der Getreidebau die Hauptaufgabe ist. (Sehr wahr! rechts.) Das Gesetz, wie es vorgelegt ist, wird unter den Konservativen ja im ganzen Reichstag nicht eine einzige Stimme finden. (Hört links.) Unsere Bedenken konzentrieren sich hauptsächlich auf zwei Punkte: Wir missbilligen unbedingt die Kontingenzt. Das Eintreten der Krise habe ich vorausgesehen, deshalb bin ich gegen das Gesetz von 1891 ausgetreten, welches ja überhaupt nur mit drei Stimmen Mehrheit angenommen ist. Die Ausführungen des Grafen Bismarck, die vermöge ihrer staatsmännischen Diktion und ihrer sachlichen Ausfassung einen Eindruck auf uns gemacht haben, gehen davon aus, daß wir dieses Experiment machen müssen. Wirtschaftlicher Experiment zu machen, sollte man sich unter allen Umständen hüten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wenn wir unsere Produktion einschränken und anderen Ländern die Möglichkeit geben, ihre Produktion zu erhöhen, wird dadurch nicht unsere Stellung gefährdet? (Sehr richtig! links.) Wir sind auch zu diesem Experimente garnicht gewogen. Die Preise waren erträglich mit Ausnahme eines Jahres, in welchem die Überproduktion eine zu große war, nicht blog in Deutschland, sondern auf der ganzen Erde. Jetzt sind die Preise schon wieder solche, daß die Zuckerproduktion bestehen kann. Heute ist 1895 weniger gerettet worden als 1894, also haben wir ein Sinken der Zuckerpreise in nächster Zeit nicht zu befürchten. Durch den Rückgang des Rübenbaus um 20 Millionen Zentner ist die Gefahr der Überproduktion bestellt, namentlich der Ausfall der kubanischen Ernte noch hinzutritt. Den Prämienkampf mit den anderen Produktionsländern kann ich nicht auf mich nehmen um den Preis der Kontingenzt. Was hat es denn auch auf sich, wenn wir uns den Anbau von einigen Millionen Zentner Rüben versagen; Russland und Frankreich werden den Ausfall sofort wieder decken. Das Gesetz soll nur für kurze Zeit gemacht werden; wir müssen aber wünschen, daß die deutsche Zuckerindustrie endlich zur Ruhe kommt, nachdem sie Jahre lang hintereinander geseggeberisch beansprucht worden ist. Es handelt sich darum, die kleinen Fabriken zu erhalten und die größeren zurückzuschrauben. Das richtet sich hauptsächlich gegen die Fabriken des Ostens zu gunsten der gut gestellten Fabriken von Mitteldeutschland. Der Kartoffelbau im Osten ist durch die Braunkohle-Kontingenzt erheblich eingeschränkt worden. Kartoffeln und Milch sollen wir nicht bauen; der Rübenbau lohnt nicht. Will man Getreide bauen, so wird man beinahe ausgelöscht. Was sollen also die Landwirthe machen? Wir wünschen, daß die Staatssekretäre energetischer gegen Amerika austreten, wo unser Zucker chanciert wird, während wir hier die volle Rückicht üben. Im Westen und in Mitteldeutschland befinden sich Zuckerfabriken meist in den Händen von reichen Leuten. Wenn wir im Osten mit dem Westen kämpfen müssten, so würden wir unterliegen. Wir haben die großen Fabriken geschaffen aus unserer Armut heraus, weil die Kraft des Einzelnen nicht ausreicht dazu; wir müssten zu großen Gruppen zusammengetreten, wie haben nur Rübenaktionen. Wir müssen auf zehn Meilen Entfernung die Rüben zur Fabrik fahren. Wie viel schwerer die Fracht nach Hamburg von uns aus ist als von Sachsen aus, ist schon früher versucht worden.

Die Kontingenzt hat den Nachteil, daß sie eine große Beeinträchtigung in die Zuckerindustrie hineinbringt; in jedem Jahr soll neu kontingenzt werden. Die Beschränkung auf 14 Millionen Doppelzentner wäre namentlich für den Osten bedenklich; die Fabriken würden bis 25 p.C. weniger produzieren dürfen. Natürlich werden die Aktionäre möglichst viel für sich behalten und die Kaufleute werden ausfallen. Das Rückgrat meiner Zuckerindustrie ist der Rübenbau; ich könnte 80 p.C. mehr bauen, als ich kann; ich habe das nicht getan, weil mir die Sache nicht sicher schien. Wenn die Fabrik, an der ich beteiligt bin, mit 100 Aktionären und über 800 Rübenbauern, das will, dann würden nach Annahme des Gesetzes sicherlich 200 Rübenbauern in Wegfall kommen, weil die Aktionäre mehr übernehmen. Wenn das Kontingenzt auf 17 Millionen Doppelzentner erhöht würde, dann würde der gegenwärtige Rübenbau aufrecht erhalten bleiben; aber es würde niemand mehr zum Rübenbau übergehen können. Diese Leute, welche bloß auf den Anschluß an eine Eisenbahn zu warten, um zum Rübenbau überzugehen, das zu verhindern, das kann ich mit meinem Gewissen nicht vereinbaren. Unter diesem Gesetz könnte gar keine neue Zuckerfabrik mehr entstehen. Wir würden dann drei Klassen von Landwirthen haben; die in Mittel- und Westdeutschland, wir Rübenbauer im Osten und diejenigen, welche keine Rüben bauen dürfen. Jeder Direktor einer Zuckerfabrik ist natürlich für die Kontingenzt, denn er wird dadurch zum mächtigen Mann; er kann die Rübenlieferung für die Fabrik verhöhnen, deshalb sind die Rübenbauer vielfach durch die Direktoren beeinflusst. Der Gesetzentwurf ist doch recht sehr fiskalisch. Graf Posadowsky berechnet als Einnahmede des Reichs von der Zuckersteuer, daß 1897 eingeholt würde nach Wegfall der Prämien. Aber das Gesetz ist doch als ein erbärmliches bezeichnet worden von allen Seiten, und nun soll es bestehen bleiben in bezug auf die Prämien, deren Betrag soll zukünftig ohne weiteres in die Reichskasse fließen und die Einnahmen des Reichs vermehren. Die landwirtschaftliche Opposition ist doch keine so kleine, wie Graf Posadowsky gemeint hat; zahlreiche Landwirthe haben sich der Opposition angeschlossen, welche ausgegangen ist von einem bekannten Grundbesitzer, dem Herrn v. Liedemann-Seehaus.

Nachdem die Rede über eine Stunde gedauert, wird die Abgeordnete des Hauses eine so große, daß sich überall Gruppen bilden, welche sich laut unterhalten, so daß der Redner immer schwerer verständlich wird. Redner tritt für die Materialsteuer ein und verteidigt dieselbe im Gegensatz zum Staatssekretär Grafen Posadowsky. Wenn man die Materialsteuer nicht wieder einführen will, dann sollte man die jetzt bestehende Prämie gesetzlich auf die Dauer festlegen. Bei meiner agrarischen Ansicht, zu der ich mich offen bekenne, werde ich alles thun, um der Zuckerindustrie zu helfen, aber wir verlangen Gerechtigkeit. Für die Kommissionserörterung trete ich auch ein. (Beifall rechts.)

Um 5 Uhr 7 Minuten wird die vom Abg. Richter beantragte Verlängerung abgelehnt gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen.

Minister v. Hammerstein: Ich habe den Käubebau als Rückgrat für die Landwirtschaft bezeichneten insofern, als der selbe den Ausgangspunkt für jeden Fortschritt der Landwirtschaft bildet.

Um 5 Uhr 10 Minuten wird der Antrag des Abg. Richter auf Verlängerung wiederholt und zugleich die Beschlussfähigkeit bestätigt. Da das Bureau zweitens ist, so wird zum Plenumsaufsatz geschritten, welcher die Anwesenheit von 165 Mitgliedern ergab, während 109 zur Beschlussfähigkeit erforderlich sind.

Die Verhandlung muss deshalb abgebrochen werden.

Schluss nach 5½ Uhr. Nachste Sitzung Donnerstag 1 Uhr. Fortsetzung der ersten Verhandlung des Zuckerteuergesetzes und zweite Verhandlung der Novelle zur Gewerbeordnung.

## Aus dem Reichstag.

Die Kommission zur Verhandlung des bürgerlichen Gesetzbuchs behandelte in ihrer Dienstagsitzung die Artikel 80–86 des Einführungsgesetzes. Diese Artikel enthalten landesrechtliche Vorbehalte zu Gunsten der Einigung des Privatrechts von Vereinen. Artikel 80 des Einführungsgesetzes bestimmt: „unberührt bleiben die landesgesetzlichen Vorschriften über die Beaufsichtigung juristischer Personen.“ Frohme und Stadthagen beantragen Streichung dieses Vorbehalt. Die Abgeordneten Gröber und Marbe beantragen, eventuell dem Art. 80 eine Gefalt zu geben, der wenigstens Stiftungen vor schlesischer Beaufsichtigung bewahrt. Stadthagen begründet den Antrag auf Streichung. Durch Streichung des Artikels bleibe es bei dem bestehenden Recht. Durch den Vorbehalt des Einführungsgesetzes werden nicht nur die bestehenden Beaufsichtigungsrechte der Einzelstaaten aufrecht erhalten, sondern den Landesgelehrten gar die Befugnis ertheilt, auch künftig hin Bestimmungen über die Beaufsichtigung juristischer Personen zu treffen. Das steht im Widerspruch mit dem von der Kommission anerkannten Grundsatz, daß in der Regel die Verwaltung sich um die Gestaltung und Verwaltung der juristischen Personen nicht zu kümmern habe. Hierzu treten die traurigen Erfahrungen, die Arbeitervereine mit der Ausübung, stärker mit der Rechtsprechung über ein Beaufsichtigungsrecht der Verwaltung gemacht haben. Er erinnere an Stuttgart und an andere Orte, wo die Herausgabe der Listen von Mitgliedern von Arbeiterbildungsvereinen, Gefangenvieren, Turnvereinen durchgeführt wurde und wo dann diese Listen den Unternehmern zwecks Boykottierung übergeben seien. Solchen unter behördlichem und landesgesetzlichem Schutz zur Zeit bestehenden rechtswidrigen Angriffen gegen das Koalitionsrecht und gegen das Vereinsrecht; diesem Vorgehen gegen „die öffentliche Ordnung“ dürfe das Reich auch nicht indirekt bestimmen.

Abg. Gröber thieilt die Befürchtung, daß Art. 80 Missbrauch und Chikanierungen fördern könnte, nicht in vollem Maße. Aber auch er hält eine ausdrückliche Sanktion des Beaufsichtigungsrechts nicht für erforderlich. Durchaus erforderlich sei die Beschränkung der Beaufsichtigung von Stiftungen durch die von ihm vorgeschlagene Fassung.

Professor Gebhard hält beide Anträge für unannehmbar. Die Bestimmung sei erforderlich, um sonst entstehenden Zweifeln über den Umfang des partikularrechtlichen Beaufsichtigungsrechts entgegenzutreten. Aehnlich äußert sich Ministerialrat v. Schicker. Der Abg. v. Gunz und Graf v. Berndorff wenden sich gleichfalls gegen die Anträge. Geh. Rath Blauch führte aus: Anerkannt müsse allerdings werden, daß bei Streichung des Artikels 80 es bei dem bestehenden Recht bleibt. Indessen könnten dann Zweifel über das Recht zur Entsendung von Kommissaren, zur Erforderung von Sitzungsprotokollen, zur Kontrolle des Geldverbrauchs und ähnlichen Aufsichtsbefugnissen des Staats entstehen. Dem trete Artikel 80 vorstehshalber entgegen. Abg. Gröber: Gerade die Ausführungen der Regierungen haben ihn überzeugt, daß das zweckmäßigste die Streichung des Artikels 80 wäre. Abg. v. Bennigsen ist gegen den Antrag Gröber; Abg. Kauffmann für Streichung. Artikel 80 des Einführungsgesetzes wird hierauf gegen 7 Stimmen gestrichen. Es bleibt also bezüglich der Beaufsichtigung von Vereinen beim bestehenden Recht; den Einzelstaaten ist aber das Recht, neue Beaufsichtigungsbestimmungen zu treffen, genommen. Artikel 81 wird ohne Debatte angenommen. Artikel 82 will die landesgesetzlichen Vorschriften über Waldgenossenschaften aufrecht erhalten. Frohme und Stadthagen beantragen auch hier Streichung, da der Vorbehalt einer reichsrechtlichen Regelung der Frage entgegenstehe. Nachdem aber in der Kommission allseitig anerkannt war, daß es wünschenswert sei, Waldgenossenschaften entstehen zu lassen und zum Gedanken zu bringen, und nachdem Abg. v. Dzimowski angeregt hatte, am Schlus der Verhandlung des Einführungsgesetzes zur einheitlichen Gestaltung des Waldgenossenschaftswesens durch eine Resolution aufzufordern, wird der auf Streichung des Art. 82 gerichtete Antrag zurückgeworfen und Art. 82 angenommen. Art. 83 setzt fest die Aufrechterhaltung der landesgesetzlichen Bestimmungen, die die Rechtsfähigkeit von Religionsgenossenschaften von gesetzlicher Anerkennung abhängig machen. Die Abgeordneten Frohme, Stadthagen, Gröber und Marbe beantragen Streichung. Die zivilrechtliche Rechtsfähigkeit von Religionsgenossenschaften einer Ausnahmestellung zu unterwerfen, sei nicht annehmbar. Professor Gebhard, Staatssekretär Niederding, Abg. v. Buchholz und v. Gunz bekämpfen die Streichung, weil verfassungsmäßig in Preußen Religionsgenossenschaften nur durch staatliche Verleihung Anerkennung erlangen können. Die Debatte erinnert bei einigen Stellen der konservativen und nationalliberalen Abgeordneten an die Kulturmampf-Periode. Diese Erinnerung führt dazu, daß Artikel 88 schließlich mit 10 gegen 8 Stimmen in der Fassung des Entwurfs angenommen wird. Daß er in zweiter Lesung aufrecht erhalten werden und künftigen partikularrechtlichen Gendarmerie-Religious-Vertikalen Vorschub geleistet werden wird, erscheint zweifelhaft. Artikel 84 und 85 beziehen sich auf landesgesetzliche Bestimmungen über Umwandlung und Auflösung von Stiftungen sowie über die Verwendung des Vermögens aufgelöster Korporationen zu Gunsten von Gemeinden u. s. w. Sie werden angenommen. Art. 86 will die landesgesetzlichen Vorschriften aufrecht erhalten, welche den Erwerb von Rechten juristischer Personen beschränken oder von staatlicher Genehmigung abhängig machen. Zu diesem Artikel liegen eine Reihe von Anträgen vor, die zu einer längeren Debatte führen. Die Debatte wird um 1 Uhr auf Mittwoch um 10 Uhr verlängert.

Aus der Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch. In der Sitzung am Mittwoch wurden zunächst die Vorschläge über das Privatrecht der juristischen Vereine beendet. Artikel 86 des Einführungsgesetzes will die landesgesetzlichen Vorschriften aufrecht erhalten, welche den Erwerb von Rechten durch juristische Personen beschränken oder von staatlicher Genehmigung abhängig machen. Dadurch wird insbesondere die Rechtsfähigkeit ausländischer juristischer Personen, ihre Fähigkeit, Grundstücke im Inland zu erwerben, und die Fähigkeit auch deutscher juristischer Personen beschränkt. Gelände und Erbschaften ohne staatliche Genehmigung zu erwerben. Diesen Artikel wollen Anträge der Abgeordneten Frohme, Stadthagen, Gröber, Marbe – erstere im Interesse der Rechtseinheit und aus Gründen gegen polizeistaatliche Verwundung, leichter insbesondere im Interesse kirchlicher Institute und frommer Stiftungen – gestrichen wissen. Die Re-

gierungsvertreter geben zu, daß die Anträge auf Streichung konsequent im Interesse einer Rechtseinheit gestellt seien. Insbesondere die Vertreter der preußischen Regierung wenden sich indessen lebhaft gegen diese Anträge, da den einzelstaatlichen Regierungen sonst die Kontrolle und Einwirkung auf die ausländischen Gesellschaften und auf die Vermehrung des Vermögens von Vereinen entzogen würde. Die behördliche Kontrolle, die den Behörden in Preußen in den Jahren 1768, 1792, 1846 und 1870 gelegentlich eingeräumt ist, wollen die Regierungen noch nicht aus der Hand geben, vielmehr auf spätere reichsrechtliche Regelung. Selbst den nationalliberalen Abgeordneten ist dieser Standpunkt zu eng. Es wird deshalb vom Abg. v. Gunz beantragt, wenigstens die einem anderen Bundesstaat angehörenden juristischen Personen, deren Rechtsfähigkeit auf einem neben dem bürgerlichen Gesetzbuch geltenden Reichsgesetz beruht, nicht weitergehenden Beschränkungen im Erlangen von Rechten zu unterwerfen, als die dem Bundesstaat selbst angehörenden juristischen Personen derselben Art. Abg. Gröber beantragt, wenigstens Pfandbriefanstalten und Immobiliengesellschaften, die in einem Bundesstaate domiciliert sind, für berechtigt zu erklären, Immobilien in jedem anderen Bundesstaat unter denselben Voraussetzungen wie die einheimischen Institute zu erwerben. Die Abg. Gröber und Marbe beantragen, eventuell wenigstens juristische Personen, deren Rechtsfähigkeit auf reichsrechtlichen Vorschriften beruht, den landesgesetzlichen Einschränkungen nicht zu unterwerfen. Neben den Vertretern der Reichsregierung (Staatssekretär Niederding, Prof. Gebhardt) treten insbesondere die Vertreter der preußischen und der mecklenburgischen Regierung für Aufrechterhaltung des Art. 86 und gegen alle Zusätze aus politischen und vermögensmäßigen Interessen ein. Es wird hierauf Artikel 86 gestrichen. Artikel 87 will die landesgesetzlichen Vorschriften, welche die Wirklichkeit von Schenkungen an Mitglieder religiöser Orden oder ordensähnlicher Kongregationen von staatlicher Genehmigung abhängig machen, aufrecht erhalten. Die Abg. Frohme und Stadthagen beantragen Streichung im Interesse der Rechtseinheit und der Gewissensfreiheit sowie der völligen Wirkungslosigkeit polizeischlesischer Gesetze, die sich ja stets umgehen lassen.

Abg. Gröber stellt den gleichen Antrag. Artikel 87 wird hierauf mit 12 gegen 7 Stimmen gestrichen. Die §§ 103–107 des Einführungsgesetzes enthalten Übergangsbestimmungen bezüglich der bereits bestehenden juristischen Personen. Sie werden debattoß angenommen. Die Beschlüsse der Kommission über die Vorbehalte der Einzelstaaten zu Gunsten der privatrechtlichen Stellung von Vereinen haben somit den bureauristischen und polizeistaatlichen Sondergünstigen einzelner Regierungen eine nicht unerhebliche Niederlage bereitet.

Die Verhandlung wendet sich nunmehr den Bestimmungen über Kauf (§§ 427–500), Tausch (§ 510) und Schenkungen (§§ 511–527) zu. Beim Kauf rüft der in der zweiten Lesung der Kommission zur Ausarbeitung des Gesetzes gestrichene, vom Bundesrat wieder eingesetzte § 446 eine längere Debatte hervor. Nach diesem Paragraphen soll der Käufer verpflichtet sein, den Kaufpreis nicht erst vom Zeitpunkt der Mahnung, sondern auch ohne Mahnung von dem Zeitpunkt an zu verzinsen, von welchem an die Nutzungen des gekauften Gegenstandes ihm gebühren. Abg. Gröber beantragt Streichung dieser zwar in den meisten Rechtsgebieten auf dem Papier, im reellen Verfahre aber nur auf dem Papier stehenden Vorschrift. Er wird von den Abgeordneten Wielhaben (Antis.), Frohme (Soz.) und v. Gunz (nat.) unterstützt. § 446 wird aber dennoch mit 9 gegen 8 Stimmen aufrecht erhalten. Als einen neuen § 449 schlägt Abg. Gröber im Anschluß an § 10 der Trunksuchtsgesetze von 1892, an die schwedische Gesetzgebung von 1885, die belgische von 1887 und die österreichische von 1876 und 1891 folgende Bestimmung vor: „Aufrechte aus dem Verkauf geistiger Getränke, welche dem Käufer in den Geschäftsräumen des Verkäufers verabreicht werden, können nicht gerichtlich geltend gemacht werden, wenn der Käufer zur Zeit der Verabreichung der Getränke eine frühere Schuld gleicher Art an denselben Gläubiger noch nicht beglichen hat.“ Durch Vereinbarungen zum Zwecke der Erfüllung solcher nicht legitimer Ansprüche, insbesondere durch Schuldenentlastungen, Pfand- und Gütergschäftsverträge, wird eine Verbindlichkeit nicht begründet.“ Geheimer Justizrat Struckmann legt dar, daß der Antrag auch eine Weise von Händlern trennen würde, zum Beispiel die Verabreichung von Getränken an Bogengäste, die der Antragsteller offenbar selbst nicht treffen will. Über auch wenn diese andere Formulierung, zu der sich Abg. Gröber bereit erklärt, vorläge, sei doch das bürgerliche Gesetzbuch nicht die gesuchte Stelle zur Aufnahme solcher Bestimmungen. Der richtige Weg sei Regelung auch dieser zivilrechtlichen Fragen in einem Spezial-Trunksuchtsgesetz. Der Antrag Gröber wird darauf gegen 7 Stimmen abgelehnt. Auf Anregung des Abg. Dr. v. Buchholz (l.) wird die Verhandlung über die §§ 476–488 und demzufolge auch die folgenden Materien bis zur Schenkung aufgezogen. Bei den Bestimmungen über die Schenkung regt Abg. Gröber die Einführung einer Bestimmung an, nach der der Schenker sein Geschenk, soweit der Beschenkte durch dasselbe noch bereichert ist, sollte zurückfordern können, falls der Schenker nachträglich in schlechte Vermögensverhältnisse gerät. Der Antrag wird von verschiedenen Seiten zugestimmt, die Abstimmung über den dieser Regelung entsprechend vorgesehenen aber formell ungereichten Vorschlag ausgezögert. Die Sitzung wird dann auf Freitag 10 Uhr vertagt. Diese Sitzung wird voransichtlich durch die Debatte über die Viehmarktsfrage ausgefüllt werden, bei der die Interessen des Großgrundbesitzers und die der kleinen Leute sich gegenüberstehen. Möglicherweise werden bereits in derselben Sitzung die Bestimmungen über den Fleischvertrag zur Debatte gelangen.

**II. Aus der Sitzung der Justiznovellen-Kommission.** Am Dienstag wurde die Verhandlung über § 244 der Strafprozeßordnung begonnen, aber noch nicht zu Ende geführt. Nach dem bestehenden Gesetz muß die Beweisaufnahme vor der Strafkammer auf die sämmtlichen vorgeladenen Zeugen und Sachverständigen, sowie auf die anderen herbeigeschafften Beweismittel ertheilt werden, falls nicht die Staatsanwaltschaft und der Angeklagte mit Nichterhebung einzelner Beweise einverstanden ist. Die Regierungsvorlage will statt dessen die totale Willkür des Richters einführen und schlägt an Stelle des bestehenden Gesetzes deshalb folgende in ablose Verfassung vor: Das Gericht bestimmt den Umsang der Beweisaufnahme, ohne hierbei durch Anträge, Verzichte oder frühere Beschlüsse gebunden zu sein. Im Vorjahr hat die Kommission diesen Vorschlag als geeignet, das Allgemeininteresse, die Rechtspflege, das Vertrauen zur Rechtsprechung und das Ansehen der Gerichte aufzustützen zu schädigen, abgelehnt, hat aber der Regierung durch einen Zusatz zum bestehenden Gesetz infolge nachgegeben, als nach diesem Zusatz ein Beweisantrag wegen Unrechtmäßigkeit der zur beweisenen Thatstache auch dann abgelehnt werden kann, wenn die Zeugen gestellt sind. Der Regierung ist diese Abrede des kleinen Fingers nicht genug. Sie will die ganze Hand und wiederholte deshalb ihren selbst von Mitgliedern des Reichsgerichts aufs lebhafteste bekämpften Vorschlag in dieser Sessoin. Der Ablösung der Verhandlung halber hatte die Kommission befürchtet, ihren vorjährigen Beschluß wie § 200 Str. V. O. in Gang und Bogen in erster Lesung wiederholen. Bei der Verhandlung zweiter Lesung wurde vom Abg. Broelmann der Antrag gestellt, daß bestehende Gesetz wieder hergestellt. Die Regierungsvorsteher betonten, daß die Wiederherstellung der jüngsten Fassung des Gesetzes die Vorlage zum Scheitern bringen würde. Allerdings könnten sie sich mit dem Beschluß erster Lesung begnügen. Diese Betonung des „Unannehmbar—falls Ihr uns nicht in der Haltung novellenlos aussiegt“, ist in der Haltung novellen-

Kommission und in der Kommission zur Verhandlung des bürgerlichen Gesetzbuches fast zur Manie ausgetragen und verfehlt deshalb ihre früher sehr große Wirkung. Allerdings sprang der nationalliberale Abg. Günther der Regierung sofort bei; auch der freisinnige Abg. Lenzenmann erklärte sich zu dem Kompromiß erster Lesung bereit. Abg. Broelmann und Schmidt (3.), sowie Abg. Mundel erachteten aber unbedingt die allgemeinen Redewendungen, die die Regierung für ihren unrichtigen Standpunkt vorbrachte. Die Thatsache, daß massenhaft selbst hervorragende Richter sich gegen den Regierungsvorschlag im Interesse einer Rechtspflege, an deren Stelle sie nicht nach Wille gesetzt zu sehen wünschen, gewendet haben, war den Regierungsvorsteher offenbar unangenehm. Am Freitag wird die Debatte fortgesetzt — bei der wankelmütigen Sitzung des Abg. Lenzenmann ist wenigstens ein halber Sieg der Regierung nicht ganz ausgeschlossen. Daß das Plenum solchen billigen würde, glauben wir allerdings nicht.

**Die Margarine-Kommission** erledigte am Dienstag in zweiter Lesung den Rest des Gesetzes. Die §§ 7 und 8 wurden nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen. Im § 8a wurde eine redaktionelle Änderung eingefügt. Ein Antrag der Genossen Wurm und Herbert, den § 9 folgende Fassung zu geben:

„Das gewerbähnliche Verkaufen und Zeihalten von Butter, deren Fettgehalt nicht 80 pCt. erreicht, oder deren Wassergehalt 15 pCt., oder deren Salzgehalt 2,5 pCt. überschreitet, ist zu verbieten.“ wurde abgelehnt. § 11 der Vorlage, wonach die Vorschriften auf solche Erzeugnisse, welche zum Genuss für Menschen nicht bestimmt sind, keine Anwendung finden, wurde gestrichen. Im § 12 wurde eine neue Fazit eingefügt, wonach die Strafbestimmungen dieses Paragraphen auch auf diejenigen Anwendung finden, welche Margarine oder Margarine-fäße in den Handel bringen, zu welchen kein Phenolphthalein zugefügt ist. Ebenfalls sollen die Strafverhältnisse, welche aufgrund dieses Gesetzes gefällt werden, veröffentlicht werden. Der Rest des Gesetzes wurde nach den Beschlüssen der ersten Lesung angenommen.

**Das Präsidium der deutschen Kriegervereine** sieht sich veranlaßt, gegen Weibel eine lange Erklärung zu erlassen, wegen der Angriffe, die derselbe neulich bei Verhandlung des Militärateils auf die Kriegervereine machte.

Die Erklärung, die zwar sehr lang, aber auch sehr inhaltslos ist und, soweit sie einen Inhalt hat, nur bestätigt, was Weibel aussprühte, wird eine entsprechende Beantwortung durch letzteren bei der dritten Verhandlung des Militärateils finden. —

In der Kommission für Abänderung des Vereins- und Versammlungsgesetzes, in welche für unsere Partei an Stelle Auer's der Genosse Wolsenbuhne neben Dr. Bürgenau gewählt ist, hat der Abg. Richter einen vollständig neuen Entwurf eingefügt. Die wesentlichen Bestimmungen dieses Entwurfs sind: Alle Deutschen haben das Recht, ohne obrigkeitliche Erlaubnis sich friedlich und ohne Waffen, in geschlossenen Räumen zu versammeln, oder zu solchen Zwecken, welche den Strafgesetzen nicht zu widerlaufen, in Gesellschaften sich zu vereinigen. Öffentliche Versammlungen zu politischen Zwecken sind 24 Stunden, Vollversammlungen unter freiem Himmel 48 Stunden vor Beginn der Versammlung bei der Ortsbehörde anzugeben, welche die erfolgte Anzeige sofort zu bezeichnen hat. Politische Vereine haben ihre Statuten binnen drei Tagen nach der Stiftung des Vereins und Abänderungen der Statuten binnen acht Tagen der Ortspolizeibehörde zur Kenntnahme mitzuteilen. Die Polizei hat das Recht, in jede öffentliche Versammlung zu politischen Zwecken Abgeordnete zu senden, welche das Recht haben, die Versammlung aufzulösen, wenn in derselben die Erörterung von Anträgen oder Vorschlägen durch den Vorsitzenden zugelassen wird, welche eine Aufforderung zu strafbaren Handlungen enthalten, oder wenn in der Versammlung Bewaffnete erscheinen, welche zu entfernen nicht gelingt. Der § 10 des Antrages lautet:

Auf die durch das Gesetz oder durch die gesetzlichen Autoritäten angeordneten Versammlungen sowie auf die Verhandlungen von Mitgliedern dieser Versammlungen während der Dauer ihrer Sitzungen, sowie ferner auf die Wahl-Versammlungen der Reichstagabgeordneten, der Wahlmänner und Wählern für die Landtage, die Kreis- oder Gemeinde-Versammlungen nach erlassinem Wahlabschluß sind die Bestimmungen der §§ 1 bis 9 in full des gegenwärtigen Gesetzes keine Anwendung.

Straf- und Schlüßbestimmungen bleiben vorbehalten.

Die Kommission hat am Mittwoch Abend ihre erste Sitzung abgehalten.

In der VII. Kommission des Reichstages wurde am Mittwoch der von dem Abg. Dr. Hesse verfaßte Bericht über die Verhandlungen der Novelle zum Genossenschaftsgesetz verlesen und genehmigt.

Die konservative Fraktion des Reichstages hat beschlossen, in die §§ 1890 u. s. w. Einführung vor einem Standesbeamten, die Bestimmung der kirchlichen Trauung mit aufzunehmen, also die facultative Zivile einzuführen. —

In der Etatkommission begann am Dienstag die Verhandlung des Marine-Etats und zwar mit dem Egria-Ordinariu. Abg. Lieber als Referent bemerkte eingangs, daß die volle Verbilligung in betreff der unseligen Flottenpläne nach den Vorlegungen des Staatssekretärs v. Marshall nicht eingetreten sei, und erwähnt dabei insbesondere das Verhalten von Peters und des Regierungsschiffes Hugenberg. Erinnert sei es, die Ansicht der Regierung darüber zu erfahren. Staatssekretär Hollmann hebt hervor, daß er voll und ganz die Ansicht des Staatssekretärs v. Marshall teile, welche jüngst in der Kommission vorgetragen worden sei. Er weise die ihm nach den Zeitungen von Hugenberg und dem Abg. Hesse aufgeschriebenen Neuerungen voll und ganz zurück. Er wäre unmöglich, wenn er einen anderen Standpunkt einnahm als der Reichskanzler Staatssekretär v. Marshall erklärt, daß der Chef des Hugenberg dienstlich zur Verantwortung gezogen sei. Abg. Richter erklärt, daß niemand solche Neuerungen auf den Staatssekretär Hollmann zurückführt. Deshalb sei dessen Freigabe nicht begründet. Die Änderungen seien vielmehr gegen den Chef des Marineministeriums, Freiherrn v. Seiden-Bibr. Die Neuerungen seien eines Hugenberg oder eines Peters würden aber gar keinen Eindruck machen, wenn nicht die Vorfälle vom 18. Januar bestanden.

Staatssekretär Hollmann: Ich habe keine Kontrolle über den Chef des Marineministeriums. Aber auch dieser Chef dürfte solche Änderungen nicht gethan haben. Ich halte dies für vollkommen ausgeschlossen. Abg. Weibel hebt hervor, daß der Chef des Marineministeriums nicht unter der Kontrolle des Staatssekretärs steht noch dessen Aussage. Das Marineministerium ist also eine vollständig unabhängige Behörde. In der That bildet die Rede vom 18. Januar die Hauptgrundlage der ganzen Agitationen. Peters und eine gewisse Presse würden nicht agitatorisch thätig sein, wenn sie nicht glaubten, gewissen Wünschen an höchster Stelle entsprechen zu müssen. Und gehen ja diese Dinge nichts an, aber wenn wir die Lage wie aus der Vogelperspektive übersehen, müssen wir sagen: Keine Regierung gibt es in Europa, gegen die so viel Rabal und Machinationen sich vollziehen, als die deutsche. Das Wort regis voluntas suprema lex<sup>a</sup> liegt sich in Wahrheit dahin, Interessen überall, niemand weiß, wer noch und wer stellvertretend ist.

Abg. v. Kordorff versichert, Peters habe immer eine deutsche Flotte verlangt nach dem Muster der englischen. Die Transvaal-Depesche und die Haltung der englischen Presse lassen es entschuldbar erscheinen, daß auch die deutsche Presse in bezug auf die Entwicklung der Flottenpläne den Mund etwas zu voll genommen habe.

Abg. Lieber: Die Neuforderungen dieses Jahres werden dazu nach diesem Etatsjahr noch Auswendungen von 48441000 Mf. nach sich ziehen, so daß, wenn dieser Etat für 1896/97 bewilligt ist, Engagements eingegangen sind für Auswendungen zu Schiffsbauten nach diesem Etat im Betrage von 81441000 Mf. Es erfolgt die Bewilligung der geforderten neuen Raten für diejenigen Schiffe, für die schon in den Vorjahren erste Raten bewilligt worden sind.

Staatssekretär Hollmann führt aus, von einer wesentlichen Vermehrung der Schlachtschiffe könne in der Zukunft nicht die Rede sein. Niemals würden wir die englische und französische Flotte erreichen können, aber wir müssen so stark sein, um die Ostsee, ein deutsches Gewässer, im Kriege beherrschen zu können. Das neue große Panzerschiff soll bis zum 1. April 1900 in die Flotte eingreifen werden können.

Abg. Lieber spricht sich unter diesen Umständen für die Bewilligung aus.

Abg. Richter: Schon was bisher vorgezeichnet worden ist, wird bis zum Ablauf dieses Jahrhunderts Auswendungen für Schiffsbauten im Betrage von über 120 Millionen Mark nach sich ziehen. Wir können uns nicht in diesem Etat aufs neue für 44 Millionen engagieren in Betracht der ganzen Finanzlage. Man kann nicht bloß in Bezug auf die Schlachtflotte ideale Anforderungen erfüllen, während in so vielen anderen Zweigen Reich und Staat, wie in Bezug auf Schulwesen, Justiz, weit hinter den Anforderungen der Zeit zurückbleiben. Wir können nicht für ein neues Panzerschiff eintreten, so lange wir nicht wissen, was dahinter noch an neuen Kreuzern bewilligt wird. Staatssekretär Hollmann hat auch erklärt, daß eine "weientliche" Steigerung der heimischen Schlachtflotte nicht beabsichtigt sei. Nun steht aber nicht einmal fest, wie groß man die Schlachtflotte nach dem bisherigen Plan ansieht. Denn in Bezug auf die dafür notwendige Zahl von Kreuzern ist keine bestimmte Auskunft gegeben.

Abg. Pachnicke meint, die Erklärung des Staatssekretärs sei beruhigend. Da der Typ des neuen Panzerschiffs feststehe, so seien seine Freunde für die Bewilligung.

Die Abg. Hammacher, Körber, v. Leipzig, Graf Arnum erklären sich darauf für die Bewilligung des neuen Panzerschiffes.

Abg. Lieber hebt noch besonders hervor, daß man in der Ostsee russische Landungen müsse abwehren können. Darauf erfolgt die Bewilligung gegen die Stimmen der Freisinnigen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten. Vor der Verhandlung über die neuen Kreuzer wurde die Sitzung vertagt.

## Gemeinde-Zeitung.

Die nächste öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet Freitag den 6. März abends 6½ Uhr im Sitzungsraume am Rathaus statt.

### Tagesordnung:

1. Bericht des Schul- und bezv. Oekonomie-Ausschusses über die Specialabgabe Thomassgymnasium mit Ausnahme von Pos. 59, 60, 82, Nikolai-Gymnasium mit Ausnahme von Pos. 44, Realgymnasium mit Ausnahme von Pos. 36 I. bis III. Mealschule mit Ausnahme von Position 60, 61, 62, Höhere Schule für Mädchen mit Ausnahme von Pos. 33, Gewerbeschule für Mädchen mit Ausnahme von Pos. 25 und Städtische Volksschulen mit Ausnahme von Pos. 40, 234—275 des Haushaltplanes auf das Jahr 1896.

2. Bericht des Bau-, Oekonomie- und Finanzausschusses über a) den Bau einer Bedürfnisaufstall in Verbindung mit dem Vollbrausebad an der Delitzscher Straße; b) ein Abkommen mit Herrn N. Hößelbarth wegen Austausches einer Fläche seiner Parzelle Nr. 882b gegen eine Fläche des sogen. Radweges am Lößplatzre.

3. Bericht des Oekonomie- und Finanz-Ausschusses über: a) Abseitierung verschiedener Flächen vor dem Reichsgericht; b) Beschlagnahme und Herstellung der Berliner Straße zwischen der Wittenberger Straße und der Straße C.

4. Bericht des Oekonomie- und bezv. Bau-Ausschusses über: Conto 8 Schleusen und Conto 25 Mühlen und Wehre mit Ausnahme von Pos. 1, 2, 4—7 des Haushaltplanes auf das Jahr 1896.

5. Bericht des Bau-Ausschusses über: a) Conto 15 Brunnenwesen; b) Conto 25 Mühlen und Wehre Pos. 1, 2, 4—7; c) Conto 31 Gebäude des Haushaltplanes auf das Jahr 1896.

## Standesamtliche Nachrichten.

Vom 24. bis mit 29. Februar 1896.

### Standesamt II.

Umsaft die Stadtteile Rennsdorf, Anger-Crottendorf, Volkmarsdorf, Sellerhausen, Neusellerhausen, Neuschönfeld, Neustadt, Neureudnitz, Thonberg.)

Eheschließungen: Lügel, Arthur Paul, Bremser in Neuschönfeld, mit Horn, Auguste Anna, in Volkmarsdorf; Liebsch, Ladislaus, Maschinenaufbau in Volkmarsdorf, mit verw. Pierisch geb. Altsch, Pauline Martha, in Leibnau i. d. Neumark; Schnelder, Christian Friedrich Oskar, Notendrucker in Anger-Crottendorf, mit verw. Braune geb. Roth, Karoline Margarete, in Rennsdorf; Hörtung, Karl Paul, Bäcker in Rennsdorf, mit Beese, Luise Marie Anna, in Leipzig; Höchstsch, Johann Friedrich Wilhelm, Maurer in Lindenbach b. Leipzig, mit Schumann, Selma, in Reustadt; Rudolph, Franz Richard, Klempnermeister, mit Funke, Auguste Luise, in Rennsdorf; Schulze, Karl Otto, Steinleiter in Kleinschöner, mit Anna Amalie Klara, in Neuschönfeld; Herder, Hermann, Tapetier in Anger-Crottendorf, mit Grimm, Henriette Minna, in Rennsdorf; — Zusammen 8.

Geburten: Kleinert, Hermann, Schuhmachers L. — Halsbold,

Alexander Rudolf Paul, Schmiedemeisters S. — Mertens,

Friedrich Emil, Aufschrifbers S. — Kräusel, Max Emil Ludwig,

Kaufmanns S. — Edel, Friedrich Hermann, Fleischbierhändlers S. — Schwitzing, Johann Gottfried, Bremers S. — Wittmann,

Christian Julius Emil, Markthelfers S. — Horn, Friedrich Her-

mann, Markthelfers L. — Papst, Theodor Moritz, Steinbründers L. — Pielert, Martin Ferdinand Friedrich, Schriftsatzers L. —

Däbrik, Karl August Friedrich Rudolf, Markthelfers L. — Förster,

Karl Friedrich Franz, Postillions S. — Arnold, Richard Karl,

Steindruners S. — Leibig, Wilhelm Edmund, Buchhandlungsgeschäftlers S. — Schuhle, August Felix, Cigarrenarbeiter S. —

Leunig, Ernst, Markthelfers S. — Richter, Oswald Hugo, Ehren-

holbers L. — Westphal, Rudolf Albert, Expeditionsgehilfens S. —

Arnold, Otto Richard, Tischlers S. — Eppig, Franz Richard, Post-

unterbeamens S. — Hojmann, Friedrich Richard, Gravures S. —

Lorenz, Hermann Paul, Aufsäters S. — Behrndt, Emil Christ.

August Hermann, Zimmerers S. — Klein, Friedrich Wilhelm,

Schriftsatzers S. — Sprenger, Franz Hermann, Schlossers S. —

Steube, Jean Anton, Buchbinders S. — Schmieder, Ernst Herm.,

Tischlers L. — Frisch, Heinrich Wilhelm, Tischlers L. — Kramer,

Robert Arno, Kaufmanns T. — Knopf, Karl Otto, Markthelfers L. — Wunderlich, Max Karl, Tischlers L. — Neusing, Theodor,

Markthelfers S. — Welche, Karl Friedrich Wilhelm, Telegraphenarbeiter S. — Netle, Friedrich, Buchbinders S. — Homeyer,

Maximilian Friedrich, Bahnarbeiter S. — Lößler, Alwin Ferdinand, Buchhalter S. — Möller, Friedrich Franz Hugo, Lithographens

L. — Ulbig, Hermann Alfred Oskar, Kaufmanns S. — Schöne-

bürg, Ernst Moritz Bruno, Handlungsfestlend S. — Neuse,

Alwin, Handarbeiter S. — Haaring, Karl Paul, Buchhandlungsgeschäftlers L. — Schiebold, Wilhelm Max, Handarbeiter S. —

Mannenwirth, Friedrich Paul, Schänkwirts L. — Cramer, Eduard,

Handelsmanns S. — Mezel, Franz Otto, Tischlers S. — Müller,

Johann Gottfried, Handarbeiter S. — Henning, August Robert,

Gräbpfegergehilfens L. — Krebs, August Emil, Metallarbeiter S. — Vogel, Georg Heinrich, Buchbinders L. — Wegner,

Gustav Albert, Galvanoplastikers S. — Kuhndt, Gottlieb Karl,

Handarbeiter S. — Schwarz, Oswald Hermann, Werkmeisters S. —

Franke, Joseph, Handarbeiter S. — Vogel, Franz Otto, Buch-

binders S. — Leukroth, Karl Wilhelm, Rohrlegers S. — Baum,

Karl Gustav, Handarbeiter S. — Staude, Gustav Herm., Markt-

helfers L. — Krobbisch, Friedrich Otto, Bremers S. — Opitz,

Oskar Hugo, Fabrikarbeiter S. — Wall, Karl Friedrich Ferdinand,

Klempters L. — Jäckel, Gustav Hermann, Fabrikarbeiter S. —

Langhoff, Chregott Adolf, Musikdirektors S. — Hund, Gustav

Moritz, Schmidts S. — Herrmann, Friedrich May, Bremerwärters S. — Rommel, Arthur, Fabrikarbeiter S. — Laue, Reinhold

Ottoman, Monteur S. — Böhm, Karl Gottlob, Maurers S. — Selsarth, Friedrich Otto, Schänkwits S. — Dehnigen, Max

Hugo, Schmidts S. — Tröger, Otto Hermann, Inhaber e. lit.

Anstalt S. — Niede, August Otto, Möbeltransporteurs S. —

Steiner, Franziskus, Fabrikströmärkers S. — Paul, Gottfried

Karl, Ratsarbeiter S. — Richter, Karl Ernst, Tischlers L. —

Gründig, Edmund Gustav Franz, Malers S. — Nennius, Oskar

Max, Versicherungsbeamtes S. — Fleischer, Karl Emil, Kauf-

manns S. — Müller, Friedrich Otto, Kaufmanns S. — Berger,

Heinrich Adolf, Brauführers S. — Lieber, Otto Karl, Bäcker

meisters S. — Reinke, Wilhelm, Kaufmanns S. — Röhl, Her-

mann Karl August, Schriftsatzers S. — Grub, Ernst Franz Sonnle,

Zofomotivführers S. — Zusammen 87 (einschließlich 3 uneheliche Geburten).

Gestorben: Voigt, Otto Karl, Bahnarbeiter S. 1 J. 1 M.

19 T. — Brückmann, Luise Elsa, Materneisters S. 2 J.

28 T. — Rosa, Karl Hermann, Schuhmacher, 31 J. 2 M. 28 T. —

Herold, Max Herbert, Elektrotechniker S. 6 M. 22 T. —

Tappert, Bernhard Paul Walther, Uebers S. 1 J. 6 M. 10 T. —

Buschbeck, Emil Kurt, Postschaffners S. 8 M. 23 T. — Scheuring,

Heinrich Anandus, Handarbeiter S. 9 M. 7 T. — Linke, Betty

Bruno, Maurers S. 1 J. 4 M. 24 T. — Pfeifer, Martha Helene,

Markthelfers S. 6 J. 9 M. 12 T. — Zimmermann, Wilhelmine

geb. Nachbar, Tischlermeisters Chefrau, 71 J. 10 M. 21 T. —

Lieber, Elly Helene Elisabeth geb. Kutschbach, Gelbgießers Chefrau,

28 J. 4 M. 16 T. — Böttcher, Christiane Henriette geb. Götz,

Brüderländer, Friederich Ferdinand, Gattenarbeiter, 66 J. 11 M. 5 T. — Tritsch, Robert Ernst, Hobbitarbeiter S. 1 M. 25 T. — Birnbaum, Wilhelm May, Postillions S. 8 M. 1 T. — Losche, Karl Gottlieb, Lithograph, 60 J. 7 M. 17 T. — George, Johann Gottlob Hermann, Eisenbahnbauhauer,

41 J. 4 M. 11 T. — Schöne, Henriette geb. Opelt, Handarbeiterin Witwe, 64 J. 23 T. — Fahr, Willy Arthur, Eisenbahner S. 2 M. 28 T. — Neugebauer, Johann Richard, Fabrikarbeiter S. 11 M. 20 T. — Vir, Eduard Heinrich, Schlossers S. 27 T. — Babisch, Georg Bruno Emil, Notenstecher, 25 J. 3 M. 5 T. — Hoffmann, Johanne Sophie geb. Hanke, Fabrikarbeiterin, 37 J. 2 M. 25 T. — Lemkes, Ario Walter, Lagerhalter S. 11 M. 26 T. — Hegewald, Heinrich Arthur, Expedientens S. 4 M. 8 T. — Schröder, Edmund Oskar Willibald, Buchhändlers S. 4 J. 9 M. 25 T. — Parreidt, Anna Frida, Geschäftsführers S. 7 J. 7 M. 19 T. — Fischer, Marie Martha, Militärärztinwidens T. 1 M. 20 T. — Sauerbier, Karoline Auguste Anna, Tischlers S. 3 M. 17 T. — Schirmer, Amalie Wilhelmine geb. Lucas, Steueraufsatzers Chefrau, 34 J. 9 M. 5 T. — Zusammen 47 Todesfälle (einschließlich 9 uneheliche und 2 togeborene Kinder).

### Standesamt III.

(Umsaft die Stadtteile Gohlis und Entritsch.)

Eheschließungen: Blochow, Friedrich Wilhelm, Hirschmeier mit Woehrath, Wilhelmine Marie, in Gohlis. — Karl, Johann, Handarbeiter, mit Schubert, Margaretta, in Gohlis. — Kaiser, Karl, Friedrich Ernst, Geschäftsführer, mit Pahlig, Agnes Anna, in Gohlis. — Zusammen 3.

Geburten: Sifora, Franz, Aufsatzers S. — Tornack, Friedrich Otto, Markthelfers T. — Leibniz, Friedrich Ferdinand, Schuhmachers S. — Lehmann, Gustav Bernhard, Markthelfers S. — Schüre, Friedrich Hermann, Bahnarbeiter S. — Rhöde, August Ferdinand, Tischlers T. — Bauer, Otto Karl Reinhold, Zimmerers S. — Eder, Friedrich Wilhelm, Handarbeiter S. — Müller, Franz Hermann, Handarbeiter S. — Sattler, August Franz, Markthelfers S. — Mendl, Franz Hermann Wilhelm, Hilfsbremers S. — Böttcher, Franz August, Aufsäters T. — Kerken, Friedrich Wilhelm, Fabrikarbeiter S. — Hahnfeld, Friedrich Hermann, Damenkleiders S. — Schüre, Ernst Hermann, Fabrikarbeiter S. — Losse, Emil Richard, Handarbeiter S. — Lederer, Alexander, Schmidts S. — Hirschel, Hermann Ernst, Bremers S. — Naumann, Wilhelm Heinrich, Handarbeiter S. — Zusammen 22 (einschließlich zwei uneheliche Knaben und ein uneheliches Mädchen).

Gestorben: Rudolph, Paul Kurt, Handarbeiter S. 1 J. 7 M. 18 T. — Lorenz, Elisabeth Anna, Fabrikarbeiter S. 7 J. 7 T. — Lamm, Anna Maria, Baumeisterin S. 6 M. 4 T. — Hofmann, Wilhelmine geb. Schler, Zimmerers Witwe, 51 J. 3 M. 24 T. — Bohle, Auguste Karoline geb. Eger, städt. Feuerwehrmann Chefrau, 47 J. 11 M. 22 T. — Beyer, Richard Walther, Handarbeiter S. 2 M. 26 T. — Zusammen 9 Todesfälle (einschließlich drei togeborene Kinder).

Anskunftsbüro für gewerbliche Streitigkeiten, Unfall- und Krankenversicherungswesen.

"Stadt Hannover", Seeburgstr.

Jeden Abend von 7½—9 Uhr unentgeltliche Auskunft für alle Arbeiter und Arbeitnehmer.

Leipzig, Grimmaische Strasse 3. Berlin, Breslau, Köln, Hamburg, Dresden, München.

**Dr. J. Schanz & Co.**  
**Saltante**

sorgfältig, reell, billigst, schnell.  
Energische Vertr. in Patent-Streitsachen.  
Verwertung, An- u. Verkauf v. Erfindung

**Kinderwagen** auf Abzahlung.  
Kanälester Steinweg 12.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt  
der Leipziger Volkszeitung  
G. Heinrich.

## Vereine und Versammlungen.

Allgemeine Buchdruckerversammlung vom 8. März im Theatersaal des Kristallpalastes. Tagesordnung: 1. Bericht des Verhandlungs-Büros vom 21. Februar über die Konferenz mit den Vertretern der hiesigen Prinzipale. 2. Diskussion. Zum ersten Punkt führte Kollege Gusch aus, daß die Prinzipalvertreter in der Konferenz wiederholte Versicherungen abgelegt hätten, alles daran seien zu wenden, um friedliche Vereinbarungen herzuleiten, und daß sie im Prinzip die Forderungen der Gehilfen Zustimmen. Die aus der Konferenz sich ergebende Situation sei vorläufig eine aufzurüttelnde für die Gehilfen. Die Prinzipalvertreter haben die Gehilfenvertreter erachtet, den Termin der beiderseitigen Verhandlungen vom 1. auf den 11. März zu verschieben, da am 10. März die Generalversammlung des deutschen Buchdruckervereins (Prinzipale) in Leipzig stattfindet. Redner erklärt die Gründe, die das Verhandlungs-Büro zur Verkürzung der Verlängerung des Terms veranlaßt haben, und bittet die Versammelten, dem Erfuchen der Prinzipale stattzugeben. Zu den Verhandlungen am 11. März haben die Gehilfen ihre Vertreter mittels Urwahlen zu stellen; als Einigungsamt sei das hiesige Gewerbege richt in Aussicht genommen. Die Prinzipale seien zu dem Einschneiden gekommen, daß sie den berechtigten Forderungen der Gehilfen entgegenkommen zeigen müssten, da die Forderungen der Leipziger Kollegen einen allgemeinen Wiederhall durch Deutschlands Buchdrucker gefunden. Die Prinzipalvertreter haben bei der Konferenz in Aussicht gestellt, daß bereits am 1. April b. J. die Verkürzung der Arbeitszeit und die Lohnverhöhung interimsistisch in Kraft treten könnte. Gusch schlug hierauf die Versammlung vor, nunmehr positive Forderungen zu stellen, und zwar 9 stündige Arbeitszeit und eine Erhöhung von 15 Prozent für die Grundpositionen im Vereinshaus (Accordarbeit) und 5 Prozent Erhöhung für die im Zeitlohn arbeitenden Gehilfen. Hieran schloß sich eine sehr lange erregte Diskussion, in der besonders Kollege Köhler in scharfen Worten sich gegen das Verhandlungs-Büro wandte, das nicht im Sinne der Gehilfenschaft gehandelt habe, als es eine Verziehung des Verhandlungstermins vom 1. auf den 11. März befürworten zu wollen, den Prinzipalvertretern in der Konferenz versprochen habe. Köhler bezeichnete diese Terminverlängerung als eine Übertumpfung der Gehilfen. Dem traten eine größere Anzahl Kollegen entgegen und betonen, daß das Verhandlungs-Büro voll und ganz die Interessen der Gehilfen gewahrt habe und Vertrauen verdiente, und daß es mit den bestürztenen Terminverlängerungen beabsichtigte, für die Dauer auf friedlichen Wege eine Besserung der Gehilfenschaft herbeizuführen, wozu die Aussichten zur Zeit günstige seien. Von mehreren Rednern wird wiederholt auf die Verkürzung der Arbeitszeit als Hauptforderung hingewiesen. Einige Redner plädierten für sofortiges in den Streit treten, zu welchen Kollege Eger einen diesbezüglichen Antrag stellt, der nach längerer Debatte von der Versammlung abgelehnt wird. Kollege Riedel erklärt, daß die Prinzipalvertreter in der Konferenz auf Ehrenwort versichert hätten: bis zum 11. März dieses Jahres eine Besserung ihrer Lage ein. Vösen die Prinzipale am 11. März dieses Ehrenwort nicht ein, so sei es die heiligste Pflicht der Gehilfenschaft, in festem Zusammenhalt mit den ihnen gesetzlich zu Gebote stehenden Mitteln sofort einzutreten. (Stürmischer Beifall.) Redner fordert die Kollegen auf, bis zum 11. März Gewehr bei Fuß kampfbereit zu bleiben und eine rege Agitation für den Verband der deutschen Buchdruckergehilfen zu entwickeln. Besonders erwähnt er die zahlreich anwesenden unorganisierten Gehilfen zum Eintritt in den Gehilfenschaftsverband. Gegen 12 Stimmen wird hierauf folgende Resolution angenommen: „Die am 8. März im Kristallpalast tagende Allgemeine Buchdruckerversammlung beschließt, in der Erwartung, daß die Ansprüche der Gehilfen den Versicherungen der Prinzipale entsprechend befriedigt werden, nach den am 11. März zwischen Prinzipals- und Gehilfenvertretern stattfindenden Verhandlungen weiter Stellung zu nehmen. Das Verhandlungs-Büro wird beauftragt, am Abend des 11. März zur Berichterstattung über die Verhandlungen eine Allgemeine Buchdruckerversammlung einzuberufen.“ — Im Schlussswort appelliert Kollege Riedel noch an das Solidaritätsgefühl der Gehilfen und erwähnt dieselben nochmals zu kollegialen festen Zusammenhalten, woran er mit einem dreifachen Hoch auf den Verband der deutschen Buchdruckergehilfen die von 2500 Gehilfen besuchte Versammlung schloß.

Eine öffentliche Versammlung der Maser und Lackierer fand am Montag den 2. März im Saale der Flora statt, die von 220 Personen besucht war. Es wurde nochmals Stellung zum Verhalten der Arbeitgeber genommen. Die Lohnkommission hat sich durch Entschluss an die Mietkennzeichner gewandt, die noch nicht demütig haben, worauf einige Unterschriften eingegangen sind. Eine Debatte wurde hauptsächlich dadurch hervorgerufen, daß mehrere Kollegen einer Werkstatt, die schon bei früheren Streits nicht mit der Gesamtgehilfenschaft gingen, für das Angebot der Innung (wahrscheinlich als Gesandte ihres Meisters) und gegen die 9 stündige Arbeitszeit plädierten. Sie hatten jedoch kein Glück mit ihren Ausführungen, die fast genau wie die ihres Meisters bei den gegen-

seitigen Verhandlungen klangen, und sie wurden gebührend abgefertigt. Schließlich wurde folgende Resolution gegen die Stimmen dieser Herren angenommen: „Die öffentliche Versammlung der Maser und Lackierergesellen beharrt fest auf den gestellten Forderungen, und werden die Kollegen aufgefordert, der Lohnkommission von Sonnabend ab die Namen derjenigen Firmen namhaft zu machen, die sich den Forderungen noch immer ablehnend gegenüber verhalten. Die Lohnkommission wird beauftragt, von diesem Tage ab abends eine regelmäßige Vertretung im Universitätskeller zu stationieren, um die Berichte entgegen zu nehmen.“ Weiter wird laut Antrag aller Kollegen nahegelegt, Kündigungsvorträge möglichst nicht abzuschließen sowie höhere Accordarbeiten zu unterlassen. Bis Sonnabend sollen sämtliche Prinzipale, die noch nicht bewilligt, befragt werden, und findet Mittwoch den 11. März in der Flora eine öffentliche Versammlung statt.

Eine öffentliche Holzarbeiterversammlung tagte am 20. Februar im Universitätskeller mit der Tagesordnung: 1. Die kommunalen Arbeitsämter; 2. Gewerkschaftliches. Das Referat hatte Kollege Umbret, der nach einem Hinweis auf den Gewerkschaftskongress die Bedeutung der Arbeitsnachweise für die Gewerkschaften erörterte und die vorhandenen Einrichtungen dieser Art beleuchtete. Dann unterzog er die bisherige kommunalreformatorische Entwicklung einer kritischen Würdigung und wies treffend auf deren Unzulänglichkeit hin. Für die Beteiligung der Gewerkschaften an kommunalen Arbeitsnachweisen stellte der Referent drei Grundbedingungen auf: 1. demokratische Urwahlen für die Aufsichtskommission und Selbstkonstitutionsrecht derselben; 2. Selbstverwaltung, d. h. Geschäftsführung der Vermittelung durch einen Arbeitssekretär und 3. Neuordnung der Lohnarbeiter bei Differenzen. Nach einer eingehenden Begründung dieser Forderung und kritischen Würdigung aller bisher entstandenen Kommunalnachweise gelangte er zum Schluß, daß keines der vorhandenen Institute den berechtigten Erwartungen der Arbeiter entspricht, daß vielmehr die Mehrzahl die wichtigsten Arbeiterinteressen verleiht. Auch die ausländischen Organisationen dieser Art wurden kurz erläutert. In seinem Resumé verlangte der Redner die unabdingbare Aufrechterhaltung der Gewerkschaftsnachweise, die durch die Kommunalinstitute keineswegs überflüssig gemacht würden. Wo die Kommunalinstitute den Prinzipien der Arbeiter ins Gesicht schlagen, da müsse auch der Unsicherheit ein Ende gemacht und das Tischtuch zwischen Gewerkschaften und Kommunalnachweise zerschritten werden. Der Kongress werde jedenfalls für die Aufrechterhaltung und Vervolkommnung der Gewerkschaftsnachweise und für höhere Zurückhaltung der Gewerkschaftsvertreter gegenüber den kommunalen Institute eintreten. Nicht in einstelliger „Neutralisation“ der Arbeitsvermittlung, sondern in der Festsetzung kommunaler Normalstatuten für Arbeitszeit und Minimallohn und im Erlass von Schuhbestimmungen für die Arbeiter sei der Ausgangspunkt kommunaler Sozialpolitik zu erbliden. An den Vortrag knüppte sich eine lebhafte Debatte, die die Missstände der Arbeitsvermittlung und den Wert der Arbeitslosenunterstützung nach verschiedenen Seiten beleuchtete. Auch wurde lebhaft beklagt, daß die Resultate der im Vorjahr staatlicherseits vorgenommenen Arbeitslosenzählung noch nicht veröffentlicht seien. Für die Verwaltung des Unterstüzungsfonds wurden 1 Kassierer und 2 Revisoren bestimmt. Darauf gab die Versammlung ihre Zustimmung, daß das diesjährige Sommervergnügen der Holzarbeiter wieder im Albergtor und zwar am 21. Juni abgehalten wird. Schließlich wurde noch die Säumigkeit einiger Kartellvertreter gerügt, welche unentschuldigt den Kartellversammlungen fernblieben und daher namentlich veröffentlicht werden mußten.

Eine mäßig besuchte öffentliche Versammlung der Lithographen, Steindrucker und Verusgenossen, in der der Vereinsvorsteigende Kollege Sillier, Berlin, über das Thema: Sind die Forderungen der Arbeiter gerecht? referierte, tagte am Sonntag den 1. März im Saale des Pantheons. In seinen mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen schilderte der Redner die überaus traurigen Verhältnisse, unter denen die Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung zu leben hat. Wenn deshalb die Arbeiter zur Verbesserung dieser traurigen Lage Forderungen stellen, so seien diese unbedingt als gerecht anzuerkennen. Redner wies dann auf die hohen Gewinne der Mehrzahl der kapitalistischen Unternehmen und die hohen Dividenden, die die Aktiengesellschaften zahlen, hin und schilderte, wie die armen Kapitalisten beim Couponabschneiden sich qualen mühten und wie die satte Bourgeoisie, sobald die Arbeiter einen Versuch zur Verbesserung ihrer Lage unternahmen, über die Unzufriedenheit und Begehrlichkeit der Massen in ein Wutgeheul ausbrachen. Mit der Aufforderung, daß sich alle Kollegen der Organisation anschließen möchten, schloß Redner seinen interessanten Vortrag. In der Diskussion wurde die Laune der Lithographen und Steindrucker hervorgehoben, das Überstundenwesen verurteilt, die Erringung eines Minimallohnes befürwortet, vorhandene Nebenstände in Druckereien geschildert, zur Einigkeit und festem Zusammenhalten der Kollegen gemahnt und das Bureau beauftragt, für Einführung eines Minimallohnes die nötigen Schritte zu unternehmen. Über den internationalen Kongress der Lithographen, Steindrucker und so weiter in London sprach ebenfalls Kollege Sillier, die Zweckmäßigkeit, Nützlichkeit

und Wichtigkeit des internationalen Zusammenganges nachgewiesen. Die Versammlung erklärte sich mit den vorgeschlagenen Delegierten, Kollegen Schopke-Berlin für Norddeutschland, Werthner-Nürnberg für Süddeutschland, einverstanden, an Stelle des von Frankfurt vorgeschlagenen dritten Delegierten, Kollegen Reichstagsabgeordneten Wilhelm Schmidt, für Mitteldeutschland, empfahl die Versammlung den Kollegen Konrad Müller. — Die Haushaltswirtschaft in der Lithographie beleuchtete Kollege Müller in eingehender Weise, dabei hervorhebend, daß früher die Lithographie, als sie noch in großen, hellen Räumen in den Anstalten selbst arbeiteten, viel besser davon gewesen seien als jetzt, wo sich die Verhältnisse, ähnlich denen der Konfektionsarbeiter, gefestigt haben, und daß das Zwischenmeisterystem in voller Blüte steht. Die Privat lithographiebefürger, die sich als Prinzipale fühlen, seien zum Teil mit daran schuld, daß die Lithographie immer tiefer heruntergebracht und die Löhne niedriger würden. Lithographen, die die Woche 12 Mk. und weniger verdienen, seien in Hülle und Fülle vorhanden. Die großen Kunstdrucksbefürger (?) seien mit dem Zwischenmeisterystem außerordentlich zufrieden und befähigen ihre Arbeiten (Lithographien) bedeutend billiger hergestellt als früher, wo sie selbst genügend Lithographen beschäftigten. Die Nebenstände zu befehligen, sei dringend notwendig. Auch an diese trefflichen Ausführungen schloß sich eine Diskussion. Es wurde eine ergänzende, nur aus Lithographen bestehende Kommission zur Erlangung statistischen Materials über die Verhältnisse in den Privat lithographien gewählt, die in einer späteren Versammlung über die Ergebnisse ihrer Arbeiten Bericht zu erstatten hat. Nachdem noch die Kollegen Hertlein und Busch als Vertreter in das Gewerkschaftskartell gewählt waren, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf die internationale Solidarität der Arbeiter geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung aller in der Schuh- und Schäftebranche beschäftigten Arbeiter tagte am 28. Februar in der Flora. Tagesordnung: 1. Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsbewegung. 2. Wie stellen sich die Leipziger Schuhmachergehilfen zum 1888er Lohnarbeits? 3. Gewerkschaftliches. Zum ersten Punkt hatte Kollege Höfle aus Hamburg das Referat übernommen. In sachlicher Weise erläuterte er sich in seinem 9-stündigen Vortrag seiner Aufgabe und waren die Versammelten voll und ganz mit seinen Ausführungen einverstanden. Eine dementsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. Beim zweiten Punkt gab Kollege Peter Schmidt die Gründe bekannt, die uns veranlaßten, zu dem 1888er Lohnarbeits Stellung zu nehmen. Es lagen eine ganze Anzahl Lohnauszüge der einzelnen Werkstätten vor, aus Grund deren man wohl behaupten kann, daß kein Arbeitgeber irgend eine Klasse des 1888er Lohnarbeits zahlt. Es wurden Löhne bekannt, die aller Beschreibung spotten. Folgender Antrag fand einstimmige Annahme: „Die heute tagende Versammlung möge beschließen, eine Kommission von fünf Mann zu wählen, der die Ausarbeitung eines Lohnarbeits und einer Werkstattordnung obliegt. Beide Entwürfe sind einer halb einzubezuerenden Versammlung zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen.“ Der Versammlungsvorsitzende erfuhr die Kollegen, etwas Material der Lohnkommission zur Verfügung zu stellen und hofft, daß die nächste öffentliche Versammlung besser besucht werde.

Eine öffentliche Versammlung aller in der Gummi branche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen tagte am 8. d. M. in der Gesellschaftshalle zu Lindenau. Zum 1. Punkt der Tagesordnung hielt Gen. Jacobson einen Vortrag über: Die Arbeiterinnen im Kampf ums Dasein. Der Referent schildert in ausführlicher Weise die Lage der Arbeiterinnen in der heutigen Gesellschaft. Lebhafter Beifall lohnte den Redner für seine vor trefflichen Ausführungen. Mehrere Kollegen beteiligten sich an der Diskussion und sprachen sich im Sinne des Referenten aus. Beim 2. Punkt der Tagesordnung teilte Kollege Weber mit, daß in der Fabrik von Kempfer, Pusch und Comp. einer Arbeiterin in einer Woche 6 Mk. Strafe abgezogen wurde. In der Fabrik Weiß und Bässler müssen die Arbeiterinnen den ganzen Tag im Bullanterraum arbeiten. Es wurde beschlossen, in nächster Zeit eine Werkstattversammlung der Fabrik von Weiß und Bässler einzuberufen und dabei mit dem Leiter der Fabrik in Verhandlung zu treten. Ferner wurden verschiedene Missstände in der Fabrik von Flügel u. Volter einer berichtigten Kritik unterzogen. Dort befanden Näherinnen einen Wochenlohn von 7—8 Mk. Beslossen wurde noch, am 14. März d. J. ein Vergnügen zu veranstalten und wurden mehrere Kollegen mit den Vorbereitungen dazu betraut. Mit einem Appell an die Anwesenden, sich als Engagiertmitglieder dem holzarbeiterverbande anzuschließen, wurde die Versammlung geschlossen.

Eine öffentliche Lagerhalterversammlung wurde am Sonntag in Stadt Hannover abgehalten. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu dem zu Ostern stattfindenden Lagerhaltertag. 2. Vertreibung im Gewerkschaftskartell. Zu Punkt 1 der Tagesordnung giebt Kollege Bühl bekannt, daß werft der bis jetzt gewohnte Lagerhaltertag abgehalten werden soll. Nach dem Bericht des Vertrauensmanns soll sodann zur Generalsversammlung des Verbandes übergegangen werden. Alle sich zum Verbandstag nötig machenden Vorbereitungen seien bereits getroffen. Zu Punkt 2 wird nach kurzer Debatte die Beteiligung am Gewerkschaftskartell einstimmig beschlossen. Als Delegierter wird Kollege Friedrich, als dessen Stellvertreter Kollege Ehrich gewählt.

## Versammlungskalender.

Donnerstag: Sozialdemokratischer Verein v. - O. - Ost. Hofhof Neustadt (Schauten), Abends bald 9 Uhr. T. - O.: 1. Bericht über: Zukunftspläne der Vergangenheit. 2. Politische Bündnisse. 3. Freigabe. 4. Vereins- und Parteielternschaften. Referent: Genossen Max Jacobson.

Naturarbeiterverein Ausschuß zu v. - Sellerhausen und Ring. Restaurant zum Goldenen Stern, v. - Eisenbahn- und Weichstraße. Abends 9 Uhr. Vortrag von Herrn G. Rudolph, Lindenau, über: Naturheilmethode und Medizin.

## Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Dresden, 4. März. Die freikämpfenden Arbeiter und Arbeiterinnen der Konfektionsbranche dienten dem Sieg nahe. Die Unternehmer, die sich bisher weigerten, mit der Einigungscommission zu verhandeln, haben die Vermittelung des Gewerbegerichtes nachge sucht. Damit streichen sie die Segel und erklären, daß sie durch die Energie der Streikenden matt gesetzt sind. Auf das Erfuchen des Gewerbegerichtes haben am Montag die Streikenden in einer unter großer Begeisterung verlaufenden Versammlung im Trianon eine Kommission zur Vertreibung ihrer Forderungen vor dem Gewerbegericht gewählt. Die Verhandlung findet am Donnerstag statt. Die Versammlung hat ausdrücklich beschlossen, den Einschluß des Gewerbegerichtes nicht unter allen Umständen als endgültig anzuerkennen und sich so von vornherein die Hände zu binden. Für diesen Beschluß trat bemerkenswerter und anerkannter Weise besonders auch die Führerin der Dresdener bürgerlichen Frauenbewegung, Frau Pastor Camper, mit großer Energie in der Trianonversammlung an. — Pfarrer Naumann hat hier in zwei sehr stark bejubelten Versammlungen am Sonntag und Montag über: Die Stellung der Christlich-Sozialen zur Sozialdemokratie und über: Die Tätigkeit der evangelischen Arbeitervereine gesprochen. Den sozialdemokratischen Standpunkt zu Raumans Ansprüchen legte in der Diskussion Genosse Dr. Grabauer dar. Bemerkenswert ist, daß die antisemitische Deutsche Wacht in einem Leitartikel eine ziemlich heftige

## Kleine Chronik.

Leipzig, 5. März.

— Eine ungedruckte Schrift von Karl Marx. Unter den hinterlassenen Papieren von Friedrich Engels hat sich eine ungedruckte Schrift von Karl Marx gefunden. Sie heißt sich: „Revolution und Gegenrevolution“ und schildert die Zustände in Deutschland im Jahre 1848. Das Werk wird demnächst in London erscheinen und zugleich auch in deutscher und französischer Sprache herausgegeben werden.

— Von Nansen. Aus Petersburg wird vom 8. März gemeldet: In einem von heute datierten Telegramm aus Irkutsk berichtet der Gouverneur von Irkutsk, er habe auf seine Anfrage der Eisfeste folgende Antwort aus Jakutsk erhalten: „Peter Iwanowitsch Kuchnarew, der in Irkutsk Handel treibt, teilte unter dem 10. November dem Kaufmann Kuchnarew in Jakutsk brieflich folgendes mit: „Wir erfahren, daß der Forschungsreisende Dr. Ranzen den Nordpol und unbekanntes Land entdeckt hat und zurückkehrt. Der arktische Ozean wird somit erforscht werden.“ Nachrichten, die diese Mitteilungen Kuchnarews bestätigen könnten, hat sonst niemand in Jakutsk empfangen. Zur Ergründung der Wahrheit dieser Nachricht über Nansen und über den Fall, daß es notwendig ist, der Expedition zu Hilfe zu kommen, hat der Gouverneur von Jakutsk ein Mitglied der Distriktsverwaltung von Verhoyansk beauftragt, sich nach Ustjansk zu begeben.

— Zur Spaltung in der Heilsarmee in den Vereinigten Staaten. Aus London wird uns unter dem 2. März geschrieben: Im Lager der Heilsarmee in Amerika hat eine Spaltung stattgefunden, welche die Existenz dieser in den letzten Jahren von verschiedenen kirchlichen Organisationen in den Vereinigten Staaten ernstlich bedroht. Die Thatsachen sind in Kürze folgende. An der Spitze der amerikanischen Heilsarmee steht der zweite Sohn des Gründers der Heilsarmee, Ballington Booth, mit dem Titel Kommandant. Der Vater, General Booth, ist zur Zeit in Indien, auf dem Heimweg von einer langen Reise begripen. Als Ballington Booth das Kommando in Amerika vor einigen Jahren übernahm, war die Heilsarmee nicht sehr populär, es gelang ihm jedoch, nicht nur für die Methoden seiner Organisation die große Menge zu gewinnen, sondern auch durch seine Persönlichkeit unter den Gebildeten

## Humoristisches.

(Eine nicht mehr junge Dame besteigt den Pferdebahnwagen, um nach dem „alten Theater“ zu fahren, und bittet den Kondukteur sie bei Seiten anzurufen.) — Kondukteur (als der Wagen an betreffender Stelle hält): „Sie altes Theater aufsteigen!“

Gemütlich. Fremder: „Bitte schön, wann trifft denn der Abendzug hier ein?“ — Stationsdiener: „Ja . . . so um a' acht' zum kommt er gern!“ (Fl. Bl.)

Die vorsichtige Rödin. „Sag' einmal, Luise, was hat denn dieser Feuerwehrmann in der Kirche zu suchen?“ — „Über, gräßige Frau, erst fragen Sie mir alle Tag, daß ich mich ja mit dem Feuer in Acht nehmen soll, und nun halten Sie sich darüber auf, wenn ich Vorsichtsmäßigkeiten treffen!“ (Fl. Bl.)

Absage an Naumann ergehen ließ, der ihr sowohl zu wenig "mittelstandsfreundlich", als auch zu wenig monarchisch (1), als auch zu wenig national (soll heißen: antisemitisch) ist!!

**Bittau.** 4. März. In ihrer letzten Sitzung beschloß die hiesige Handelskammer, gegen das dem Reichstag vorliegende Margarine-Gesetz Stellung zu nehmen, diese Stellungnahme in einer Eingabe dem Reichstag mitzuteilen und gleichzeitig um Ablehnung des Gesetzes zu bitten.

## Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 5. März.

**Ein städtischer Beamter als Sozialistenföder.** Im Sprechsal der Leipziger Zeitung finden wir folgenden offenen Brief:

Herrn Geheimrat Professor Dr. Sohn, hier. Sehr geehrter Herr! Da Sie in Sachen der Wahlgesetzvorlage so entschieden vorextraten sind, gestatten Sie mir wohl als einsachem, bescheidenem Wähler der III. Abteilung ein kurzes Wort. Sie sagen, "die Stimmung im Lande gegen die Regierungsvorlage sei ungeheuer groß, Sr. Majestät Räte und die Landtagsabgeordneten beurtheilen sie falsch." Ich behaupfe — und ich habe in den letzten Wochen viel Rücksprache mit königstreu gesinnten Handwerkern, Arbeitern, Lehrern und Beamten hierüber geflossen — Sie, hr. Professor, befinden sich in einem großen Irrtum. Im Gegenteil. Man freut sich der Energie der Regierung und des Mutes der Landtagsabgeordneten ganz außerordentlich und hat nur die eine Sorge, die maßgebenden Kreise könnten Ihnen, hrn. Prof. Bindings und hrn. Hans Volgs Proteste irgend welche Bedeutung bestellen. Treten Sie nur, hr. Professor, in das Volk, soweit es noch den Mut hat, königlich und vaterlandstreit zu sein (ich meine die unteren Schichten) und Sie werden staunen, wie eifrig man das Vorgehen der "Staubgelehrten" beurtheilt. Wir, die wir in diesem Kampfe mit Sozialdemokraten bei hunderterlei Gelegenheiten tagtäglich uns befinden, können der Regierung nicht dankbar genug sein, daß dem wahrenden sozialdemokratischen Terrorismus, dem Übermuth dieser frechen Bande endlich einmal ein Paroli geboten wird. Dass wir Gute gesinnten uns ins sozialdemokratische Lager drängen lassen sollten, fällt uns nicht im Schlaf ein. In diesem Punkte irren Sie sich vollständig. Kommen Sie nur erst einmal in unsere sozialdemokratischen Vororte, Sehen und hören Sie, wie vergistet diese Partei in Wort und Schrift arbeitet und Sie würden nicht nur die Hände über den Kopf zusammenschlagen, sondern auch, daß bin ich sicher, Ihren Protest sofort feierlich widerufen. hr. Landtagsabgeordneter Olyz hat Ihre Darlegungen, wie mich deutlich, sehr treffend und überzeugend widerlegt. Gleichwohl drängte es mich, in aller Hochachtung meine in jahrelangem Kämme erprobte politische Überzeugung, wenn ich auch nur ein schlichter Mann aus dem Volle bin, Ihnen gegenüber zum Ausdruck zu bringen und es würde mich freuen, wenn Sie auch den übrigen Herren Protesten mitteilen wollten, daß Hochdeutsche Ansicht in den patriotisch gebliebenen unteren Bevölkerungsschichten nicht geteilt wird. Fiat justitia, pereat mundus!

L.-Vollmarsdorf, 29. Februar 1896.

Hochachtungsvoll

G. Golla.

Der Schreiber dieses offenen Briefes, der den Mund gewaltig voll nimmt, war früher Sekretär des Gemeindevorstandes in Vollmarsdorf und wurde seiner Zeit als Beamter mit von der Stadt Leipzig übernommen. Er ist jetzt dem sozialfeindlichen Stadtkrat Ludwig-Wolf unterstellt und ist gegenwärtig Leiter der — Wahlgeschäftsstelle der Stadt Leipzig. Er wird also mit aus den Steuergroschen der "frechen Bande" bezahlt. Es soll selbstverständlich dem Herrn Golla völlig unbekommen bleiben, seinen Sozialistenhass zu frönen, aber das muß mindestens von einem städtischen Beamten, der sich ins politische Parteigetriebe begibt, verlangt werden, daß er sich in seinen Expositionen eines anständigen Tones beschäftigt und nicht in der frechsten Weise die Mehrheit der Leipziger Bevölkerung mühlos beschimpft. Schon im Interesse des Rates der Stadt muß verlangt werden, daß er die einfachsten Rücksichten des öffentlichen Anstandes wahrt, der für das Ansehen unserer Gemeindeverwaltung Voraussetzung ist. Ein weiteres Wörlein wird mit Herrn Golla an anderer Stelle gesprochen werden.

**Zu den Professor Bücherschen Anträgen,** die verhüten sollen, daß einzelne Stadtverordnete bei Fragen, bei denen persönliche Interessen mit denen der Gemeinde kollidieren, in Gewissenkonflikte geraten, bemerkt die bürgerliche Berliner Volkszeitung: "Man sollte meinen, ein solcher Antrag wäre überflüssig, weil das eigene Taktgefühl der Beteiligten es ihnen verbieten müßte, widersprechende kommunale und private Interessen zugleich vertreten zu wollen. Dies ist indessen nicht überall der Fall. Auch in Berlin würde sich daher ein ähnlicher Antrag empfehlen. Es wird Sache der Stadtverordnetenversammlung sein, aus ihrem Mitte heraus einen Antrag dieser Art einzubringen. Wenn dabei einzelne Städte vater ihres kommunalen Mandat niedergelegen sollten, weil ihnen ihr Amtsnemand lieber ist, so wäre das kein Schaden für die Kommune. Die Kommune kann in ihrem Dienst nur Männer brauchen, die sagen: erst die Kommune und dann das persönliche Interesse!"

**Von den unfreiwilligen Kandidaten für die Vertreterwahl zur Ortsräteklasse,** die vor der Wahl gegen ihre Aufstellung protestierten, wünscht noch Genosse Louis Stier-Leußig genannt zu werden. Neuerdings protestieren noch öffentlich die Genossen Nob. Stange, Max Großer und Karl Aug. Siegel.

**Im Prozeß Schoren** wurden bis heute mittag 8 Zeugen vernommen. Da noch 9 Zeugen und 3 Sachverständige ihre Aussagen zu machen haben, wird der Prozeß schwerlich vor Sonnabend abend zu Ende gehen.

**Die Mutter des Geschäftsrückenden Rockstroh** von der Firma Weidert u. Enke, hier, der auf einer Reise in Marokko ermordet worden ist, hat durch die Vermittelung der deutschen Regierung vom Reiche Marokko 100000 Mark Entschädigung dafür erhalten, daß sie ihres Ernährers verlustig wurde. An die Firma sind 50000 Mark Entschädigung ausgeschüttet worden. Nun hat die letztere, wie wir in auswärtigen Blättern lesen, eine Klage gegen die Mutter ihres Leidenden wegen des Arzthonorars angestrengt. Dem schwer verwundeten Rockstroh waren zwei französische Arzte zu Hilfe gekommen, die jedoch sein Leben nicht zu retten vermochten. Ein deutscher Arzt, der telegraphisch berufen wurde und deshalb ein eigenes Schiff mieten mußte, kam zu spät, hatte aber infolge widriger Umstände neun Tage Zeit verloren. Obwohl nun anzunehmen ist, daß in den 50000 Mark auch die Entschädigung für das von der Firma bezahlte Arzthonorar mit umgegriffen ist, behauptet diese das Gegenteil und verlangt von Rockstrohs Mutter eine Summe von 6000 Mark. Die Firma hatte 68000 Mark

Entschädigung verlangt, erhielt aber nur 50000 Mark. Nun kostet sie noch von der Mutter des Ermordeten 6000 Mark zu erhalten.

**Wem kommt der Fortschritt der Technik zu gute?** Als wir vor einiger Zeit die mit Elektricität betriebene Singernähmaschine besprochen, machten wir die Bemerkung, daß dieser Fortschritt kommt den armen Nährinnen, die mit der Nähmaschine ihr Brod verdienen müssen, zu gute kommen würde. Heute sind wir in der Lage, den Beweis führen zu können, daß die Einführung der elektrischen Nähmaschine nicht nur den Arbeiterinnen keine Erleichterung gewährt, sondern auch ihren Arbeitsverdienst bedeutend vermindert und lediglich den Unternehmer bedenklichen Nutzen bringt. Die Kostefabrik H. Röster, Leipzig, Täubchenweg, früher Wächterstraße, hat seit kurzem die elektrische Nähmaschine eingeführt. Früher arbeitete eine Nährerin die Körseits bis auf den Einsatz fertig und verdiente dabei einen einigermaßen auskömmlichen Lohn. Seit Einführung der elektrischen Nähmaschine hat die Firma eine größere Arbeitsteilung vorgenommen und die Löhne reduziert. Während seither in 14 Tagen eine gewöhnliche Nährerin bis zu 24 M. und mehr verdiente, kann sie jetzt höchstens 9, 10 bis 12 M. in 14 Tagen an Lohn erreichen. Von diesem geringen Verdienst müssen aber noch die Nährinnen den zur Arbeit verwandten Zwing und die zerbrochenen Nadeln bezahlen. Da sie für eine Nadel 7 Pf., für eine Rolle Obergarn 28 Pf. und für eine Rolle Untergarn 20 Pf. bezahlen muß, und sie täglich mindestens zwei Rollen Garn verbraucht, so macht dies in 14 Tagen einen Aufwand von etwa 4—6 M. Mädchen, die Schnuren nähen, müssen in 14 Tagen bis zu 5 M. für Garn und Nadeln aufwenden. Dann geht noch das Krankengeld ab, so daß von dem Lohn noch übrig bleibt, daß es zum Satzessen zu wenig und zum Verhungern zu viel ist. Die Schnuren näherinnen erhalten pro Meter Schnur 3 Pf. Lohn und sollen den Tag 30 Meter Schnur nähen. Hierzu brauchen sie zwei Rollen Garn, so daß sie, wenn sie wirklich das Maximum erreichen, nur einige Groschen pro Tag verdienen. Nun ist zwar bei der elektrischen Nähmaschine das Treiben weggeschafft, allein das durch die neue Maschine verursachte Geräusch ist so stark, daß mit der Bedienung der Maschine eine übermäßige Anstrengung verbunden ist. Wegen der Lohnkürzung und der geringen Löhne sind die Arbeiterinnen auch vorstellig geworden, aber der Bescheid der Firma war in der Haupthälfte ein ablehnender und wurde mit den Worten begründet: "Sie brauchen ja nicht mehr zu treiben, es geht ja alles allein!" Bei diesem Verhalten der Firma haben es denn auch einige Arbeiterinnen, die schon Jahre dort arbeiteten, vorgezogen, die Arbeit zu verlassen. Selbstverständlich ist der Lohn der "Lernenden" ein noch viel geringerer. — Und dabei wundert sich mancher bürgerlicher Philister, daß so viele Mädchen der Prostitution verfallen. Statt Sittlichkeitvereine zu gründen, wäre es vernünftiger, dazu beizutragen, den Arbeiterinnen ein menschenwürdiges Arbeitseinkommen zu verschaffen.

**Die Leipziger Ausstellungszeitung,** das offizielle Organ des geschäftsführenden Ausschusses der Sächsisch-Thüringischen Industrie- und Gewerbe-Ausstellung zu Leipzig 1897, wird vom 1. April d. J. ab wöchentlich erscheinen.

**Mit der Sächsisch-Thüringischen Industrie- und Gewerbe-Ausstellung zu Leipzig 1897** findet auch eine Gartenbau-Ausstellung statt und zwar: a) im Freien während der ganzen Dauer der Industrie- und Gewerbe-Ausstellung, das ist vom 25. April bis Anfang Oktober 1897; b) in geschlossenem Raum in drei Abschnitten, nämlich als Frühjahrsausstellung vom 25. April bis 5. Mai 1897, als Sommerausstellung vom 1. Juli bis 10. Juli 1897, und als Herbstausstellung vom 1. September bis 15. September 1897. Hierzu steht eine Gartenbauhalle von 2500 Quadratmetern zur Verfügung, die in der Zwischenzeit zwischen vorgenannten Sonderausstellungen für andere Zwecke bestimmt ist. Als Aussteller können nur solche zugelassen werden, die ihren Wohnsitz im Ausstellungsbereiche haben. Dieses umfaßt das Königreich Sachsen und die angrenzenden deutschen Provinzen, die Thüringischen Staaten, Hessen, von der Provinz Brandenburg die Regierungsbezirk Potsdam Frankfurt a. O., von Schlesien den Regierungsbezirk Liegnitz und von Bayern die drei fränkischen Kreise. Die Anmeldungen, zu denen man sich der von der Direktion (Leipzig, Nikolaikirchhof 4) erhältlichen gedruckten Anmeldebogen bedienen will, sind sobald als möglich erwünscht. Der Schlusstermin für die Anmeldungen ist festgesetzt für Samstagsabend auf den 1. Oktober 1896, Gruppenpräsentationen auf den 15. März 1897, für die Frühjahrsausstellung auf den 15. März 1897, für die Sommerausstellung auf den 1. Juni 1897, für die Herbstausstellung auf den 15. Juli 1897. Pflanzstücke wird für Gartenzeugnisse und Gartenpläne überhaupt nicht erhoben, für Gewächshäuser dann nicht, wenn dieselben der Ausstellung zur Aufnahme von Pflanzen etc. unentzesslich zur Verfügung gestellt werden und bis zum 15. April 1897 fertig aufgestellt sind. Gartentechnische Bauten müssen mindestens bis zum 15. April 1897 fertig gestellt sein.

**Eine freiwillige Steuer.** Die sächsische Landeslotterie hatte im vergangenen Jahre eine Einnahme von zusammen 10433436.78 M. Sie hat den Voranschlag um 18936.78 M. übertroffen, hauptsächlich infolge eines Wechvergebnisses aus zufälligen Einnahmen (nicht abgehobenen Gewinnen etc.).

**Für die Dividendenschlußfeste** hat die Leipziger Wollfámmerei im vergangenen Jahre einen Entbehungslohn von 30 Prozent abgeworfen. Außerdem konnten noch gräßere Verträge zurückgestellt werden. Der Aufsichtsrat scheint sich zu generieren, den ganzen Ertrag fremder Arbeit an die geplagten Aktionäre zur Verleistung zu bringen.

**Zugveränderung auf der Eilenburger Bahn.** Vom 15. März d. J. ab verkehrt der Zug Nr. 181 nach folgendem Fahrplan: Leipzig ab 4.32 nachm., Schönefeld ab 4.41 nachm., Heiterer Blick ab 4.48 nachm., Taucha ab 4.54 nachm., Jesewitz ab 5.04 nachm. und in Eilenburg ab 5.15 nachm.

**Neben die angebliche Verweigerung aller Fahr- und Transportvergünstigungen** zur Berliner Gewerbeausstellung durch die sächsische Bahnhverwaltung wird jetzt dem Dresdener Journal berichtet, daß 1. durchaus nicht jede Vergünstigung in der Personenbeförderung abgelehnt worden ist und daß 2. insofern eine Ablehnung beantragter Vergünstigungen stattgefunden hat, hierfür ganz andere Gründe als die in den letzten Tagen in den verschiedensten Blättern angegebenen maßgebend gewesen sind.

**Der Personalbestand der sächsischen Staatsbahnen** bezeichnet sich nach einer im August vorigen Jahres bewirkten Zusammensetzung auf 12025 Beamte und 23302 Arbeiter,

zusammen 35327 Personen, die sich auf die einzelnen Dienstzweige wie folgt verteilen: Hauptverwaltung 535 Beamte, 441 Arbeiter, 976 zusammen; Stationsverwaltung 4821 Beamte, 9671 Arbeiter, 14492 zusammen; Bahnunterhaltung und Bau 2897 Beamte, 5982 Arbeiter, 8879 zusammen; Fahrdienst 2181 Beamte, 1787 Arbeiter, 3898 zusammen; Maschinen und Magazinverwaltung 2141 Beamte, 5441 Arbeiter, 7582 zusammen.

**Pensionsverhältnisse der Militäranwärter.** Durch einen großen Teil der deutschen Presse ging in den letzten Tagen eine Notiz, wonach das Reichsgericht kürzlich ausgesprochen haben sollte, daß die von den halbinvaliden Feldwebeln und Unteroffizieren, die aus der Armee ausgeschieden sind, geltend gemachten Ansprüche auf Zahlung der bisher bei definitiver Übernahme der heit. Militäranwärter in den Reichs- oder Staatsdienst wegfällenden Pensionen aus dem früheren Militärvorhältnis berechtigt seien. Darauf war die Bemerkung geläufig, daß nunmehr, da diese Pensionen für viele Jahre nachgezahlt werden müßten, eine große Anzahl von Personen zum Teil ganz bedeutende Summen erhalten. Diese Nachricht ist in dieser allgemeinen Fassung völlig unzutreffend und es ist sehr bedauerlich, daß durch die missverständliche Aussözung eines Reichsgerichtsurteils und die Verbreitung dieser Aussözung bei einer großen Zahl von Beamten Hoffnungen erzeugt worden sind, die nicht erfüllt werden können. In Wirklichkeit handelt es sich in dem heit. Reichsgerichtsurteil nur um die Ansprüche einiger bei der Reichsbank eingesetzten Militäranwärter. Diese, aber nur diesen, hat das Reichsgericht die ihnen bisher vorbehaltene Militärpension zugesprochen und zwar einfach aus dem Grunde, weil das ihnen von der Reichsbank gezahlte Gehalt nicht aus Reichs- oder Staatsmitteln fließt. Diese Entschuldigung wurde gefüllt mit Rücksicht auf die eigenartige Stellung der Reichsbank, die, obwohl das Gleiche die Aussözung über sie führt, doch nicht als Reichsinstitut angesehen wird.

**Von den drei Sanitätswachen des Samaritervereins** wurde im Monat Januar in 504 Fällen Hilfe geleistet, nämlich bei 454 Unfällen und 25 plötzlichen Erkrankungen. Im Bieh- und Schlachthof haben die als Notelser ausgebildeten städtischen Beamten in 42 Fällen und in der Markthalle in 6 Fällen bei äußerer Verletzungen die erste Hilfe gehabt. Außerdem leisteten auf den Straßen, in Theatern, bei Vorstellungen und Festlichkeiten die freiwilligen Hilfsmannschaften bei 7 Unfällen und 18 Schlägen bei 18 Unfällen die erste Hilfe.

**Patentanmeldungen sächsischer Erfinder.** Mitgeklist vom Patentbureau des Ingenieurs Eb. Breslauer, Goethestraße 1 (vom 1. April Goethestraße 7). Gegen diese Anmeldungen kann bis zum 2. Mai Einspruch erhoben werden. Kl. 5. Bergbau: Gewerkschaft Morgenstern, Reinsdorf bei Zwönitz, Samuel-Förderung aus Abbauen mittels offener Mine und endloser Kette. — Kl. 14. Dampfmaschinen: Sächsische Maschinenfabrik vorm. Richard Hartmann, Chemnitz, Gullaster Schieber. — Kl. 24. Feuerungsanlagen: F. Bernhard Poerschmann, Dresden und Hermann Steinbeck, Leipzig, Verfahren zur selbsttätigen Vergasung fester oder flüssiger Brennstoffe. — Kl. 28. Gerberei: E. Moritz u. Co., Dohna bei Dresden, Stoll- und Zurichtmaschine zur Lederbearbeitung. — Kl. 42. Instrumente: Frau Clara Therese Herrmann, Pleidels bei Dresden, Selbstversäuber für regellos in den Vorrichter geschulte Waren. — Kl. 49. Metallbearbeitung, mechanische: Deutsch-amerikanische Maschinenfabrik Ernst Kirchner und Co., Leipzig-Sellerhausen, Vorrichtung zur Herstellung von Schraubenköpfen auf kegelförmigen bzw. cylindrischen Werkstücken mit entsprechend der Konstruktion sich verändernder Ganghöhe bzw. verschiedener Steigung. — Kl. 54. Papiererzeugnisse: Sächsische Kartonagen-Maschinen-Aktien-Gesellschaft, Dresden, Werkzeug zum Rütteln von Pappe; Pat. 88516. — Kl. 68. Sattlerzeugnisse: H. A. Köhlers Söhne, Altenburg, Verdecksluhr für Landauerwagen.

**Die Grenzboten** behaupten in ihrer neuesten Nummer, daß der Reichsanzeiger allein dasjenige Blatt sei, das die Reichstagsberichte vollständig bringe. Bekanntlich läßt der Reichsanzeiger die Reden sämtlicher Oppositionsredner bis auf ein Minimum, während er nur die Reden der Herren Minister wöchentlich wiedergibt. In dem Vorschlag, die stenographischen Berichte allgemein zugänglich zu machen, stimmen wir übrigens mit den Grenzboten überein.

**Wegen Reinigung der Räume des Reichhauses und der Sparkasse** werden diese am Mittwoch den 11. März 1896 für den Geschäftsbetrieb geschlossen sein.

**Das Meteor,** dessen Fall am Sonnabend abend hier geschehen wurde, ist in einem großen Teile Deutschlands beobachtet worden. Berichte darüber liegen u. a. vor aus Chemnitz, Hof, Bayreuth, Naumburg, Gotha, Lützen u. s. w.

**Selbstmord- und Unfallstatistik.** Im Monat Februar wurden im bisherigen Städtegebiete 13 Selbstmorde von 10 Männern und 3 Frauen, dazu 2 Selbstmordversuche von Männern begangen. Es fanden den Tod: durch Erhängen, Ertränken und Erstickung je 3 Männer, durch Ertränken 3 Frauen und durch Niederwerfen vor einen Eisenbahngzug 1 Mann. Die beiden Selbstmordversuche wurden mit der Schußwaffe und durch Einatmen von Kohlengas ausgeführt. Unglücksfälle mit tödlichem Ausgang trugen sich 4 zu; es starben 1 Mädchen an Brandwunden infolge Lampenexplosion, 1 Mann infolge Duellschung durch eine Drahtrolle, 1 Befreiung durch Überschreitung mit der Transmission, 1 Student durch Ertrinken. Überdies wurde ein Kindesleichen gefunden, an dem die Todesursache nicht mehr mit Sicherheit festzustellen war.

**Vermißt** wird seit dem 2. Februar d. J. der am 20. Mai 1895 in Liebau bei Prag geborene Soldarbeiter Joseph Siebert. Er hat sich am genannten Tage aus seiner Thalstraße 4 gelegenen Wohnung entfernt und ist seitdem spurlos verschwunden. Die Angehörigen vermuten, daß ihm ein Unfall zugestoßen ist, daß er ca. 500 M. in barem Gelde bei sich gehabt habe und daß Opfer eines Verbrechens geworden ist. — Weiter wird vermisst der Markthelfer und Tischler Friedrich Wilhelm Albert Heyner, geboren am 2. März 1871 in Biegelroda. Er hat sich seit 26. Februar aus seiner Wohnung, Kalbarienstraße 14, 2. Etage, entfernt, ohne bis jetzt dahin zurückzukehren. Es wird vermutet, daß er sich aus Nahrungssorgen ein Leid zu gefügt hat.

**Im gegenwärtigen Winterfahrplane** verkehren auf den vollspurigen sächsischen Staatsbahnen, auf der Altenburg-Zeitzer Bahn und auf der Bittau-Zeichenberger Bahn täglich 41 Schnellzüge und 1047 Personenzüge, gemischte Züge und Güterzüge mit Personenbeförderung, auf den schmalspurigen Bahnen und der Bittau-Döbeln-Zondorfer Bahn täglich 193 Personenzüge und gemischte Züge. Insgesamt werden somit täglich 1281 zur Personenbeförderung dienende Züge befördert. Außerdem gehen noch auf den vollspurigen Bahnen 20 und auf den schmalspurigen Bahnen 8 Züge mit Personenbeförderung an Sonn-

und Festtagen sowie an bestimmten Werktagen. Ferner werden noch an Werktagen Arbeiterrüge sowie an Sonn- und Festtagen nach Bedarf Sonderrüge gefahren. Die zur Beförderung dieser Züge sowie der zahlreichen Güterzüge nötigen Lokomotiven (88 für Vollspurbahnen und 64 für Schmalspurbahnen) sind auf 101 Lokomotivstationen verteilt, während das erforderliche Fahrpersonal an 95 verschiedenen Stationen sein Domizil hat.

**Arbeiterrüge.** Beim Verladen von Maschinenteilen am Güterbahnhof des Dresdener Bahnhofs fiel dem dabei beschäftigten Arbeiter Karl Mühlbach ein zirka 20 Centner schwerer eiserner Maschinenteil darunter gegen den linken Unterschenkel, dass Mühlbach wegen der dabei erlittenen Verletzungen sofort mittels Droschke zum Stadtkrankenhaus gebracht werden musste.

**Unfall mit tödlichem Ausgang.** Sonnabend nachts 11/2 Uhr stürzte ein Tapezierer zu Thonberg, Neue Straße 1, aus dem 4. Stock des Treppenhäuses herab auf einen Handwagen und blieb auf der Stelle tot.

Überfahren wurde heute morgen in der Hälleschen Straße zu Gohlis der sechsjährige Sohn des Vollziehungsbeamten Lohner. Leider wird sich wahrscheinlich die Amputation eines verletzten Armes notwendig machen. — Am Vortag morgen wurde ein 10jähriger Steindruckerssohn in der Katharinenstraße überfahren. Er war auf einen Milchwagen hinten aufgesprungen. Beim Abprallen geriet er unter die Räder, die ihm über Brust und Beine gingen. Er wurde ins Krankenhaus gebracht. — Ferner wurde am Dienstag abend hinter dem Berliner Bahnhof der Fuhrmann Hans Müller von seinem Wagen geschleudert und am Kopfe und den Schenkeln schwer verletzt.

**Feuerbericht.** Grossfeuer wurde gestern morgen aus dem Grundstück Seeburgstraße 17 gemeldet. In einer Tischlerwerkstatt waren auf unermittelbare Weise verschiedene Gegenstände in Brand geraten. — In einer Eisenhandlung der Querstraße gestellten Dienstag nachmittag mehrere Holzregale in Brand. Eine Anzahl Kisten wurden ein Raub der Flammen. In beiden Fällen griff die Feuerwehr ein.

**Brandstiftung.** Ein polnischer Arbeiter feierte am Dienstag abend im Gasthof zu Sommerfeld in einem Schlafräum Stroh und andere Gegenstände vorsätzlich in Brand. Ein älterer Mann, der in dem gleichen Raum schlief, geriet dadurch in große Lebensgefahr und wurde nur durch das Eindringen der Sommerfelder Einwohnerschaft vor dem Feuer bewahrt. Der Brandstifter wurde nach Taucha in das Amtsgerichtsgefängnis abgeführt.

**Eigentumsvergehen.** Aus einer Destillation in der Querstraße wurde in der Nacht zum Vortag mittels Einbruchs ein Geldbetrag von 170 Mark gestohlen. — Am Dienstag drangen Diebe mittels Nachschlusses in eine Parterrewohnung des Grundstücks Reichenhäuserstraße 41 ein und stahlen daselbst 500 Mark in bar.

**Zu Haft genommen** wurde eine achtzehnjährige Verkäuferin aus Zittichenhainchen, die in einem Konfektionsgeschäft zu L.-Volkmarßdorf für 150 Mark Waren gestohlen und sie teils zu Hause bei Verwandten untergebracht hatte. Ferner wurde in der Person eines 56 Jahre alten Kaufmanns aus Halle ein jährlicher Antionschwundler verhaftet, der als angeblicher Besitzer eines Kalkwerkes in einer Annonce einen laufenden Betrag von 500 Mark gefordert und darauf auch die Meldung eines Herrn aus der Elsterwerdaer Gegend erhalten hatte, der sich 900 Mark Kanton zu stellen erbot, vorsichtshalber aber Erklärungen über das Kalkwerk einzog, worauf sich die Sache als Schwund erwies. Eben saß der Kalkwerksbesitzer in der seligen Hoffnung, seinem Opfer die 900 Mark nunmehr abknöpfen zu können, mit demselben in einem Restaurant, als die vom Stellwacher verständigte Kriminalpolizei den Gauner in Haft nahm.

**Drei Ueberzieherdiebe verhaftet.** Ein 40jähriger Kaufmann aus Mittweida und ein 37jähriger Handarbeiter aus Dresden hatten beim Betteln einem Arzt in der Karolinenstraße mehrere Ueberzieher gestohlen. Sie kamen in Haft. — Ferner wurde ein 17 Jahre alter Schmiedegeselle aus Merseburg, der bei seiner Witwe in der Gerberstraße einen Ueberzieher gestohlen hatte, in Haft genommen.

## Von Nah und Fern.

**Kattowitz i. Schl.** 4. März. In vergangener Nacht brach auf der Giesches Erben gehörigen Grube Neophas ein Brand aus. Bis mittags 1 Uhr waren 31 Tote, darunter 2 Oberhauer, herausbefördert. Vermutlich befinden sich weitere 30 Mann noch in der Grube; nach Lage der Sache ist kaum anzunehmen, daß sie sich noch am Leben befinden. Die Nachtschicht war gestern Abend auf dem Reefschaft 70 und auf dem Walterschacht 140 Mann stark eingefahren. Um die elfte Stunde Nachts machte sich ein brandiger Geruch bemerkbar. Im Gräfenbergschacht war die Holzimmersion in Brand geraten und zwar vermutlich durch die Dampfzuhore einer dort stehenden Wasserhaltungsmaschine. Durch den großen Qualm war der Weg zur Aufsicht des Walterschachtes fast abgeschnitten. Die im Reefschaft eingefahrenen Mannschaften retteten sich fast sämtlich. Von dem Walterschachte gelangten etwa 70 Mann, die in der Nähe der Aufsicht arbeiteten, an die Oberfläche, die übrigen flüchteten nach dem Holzhangeschacht Schwarzenfeld oder nach dem Charschacht, die beide etwa 2000 Meter von den Haupthaupthaften entfernt sind und aus denen eine Herausförderung von Personen nur durch an Seiten befestigte Röhren möglich ist. Also keine genügenden Schutzvorrichtungen! Hier befinden sich fast sämtliche u.a. das Leben gekommene Mannschaften. Die ersten Toten wurden heute früh 4 Uhr herausgefördert, später wurden 4 Mann lebend herausgefördert; dieselben hatten soviel Geistesgegenwart besessen, sich gegen die heranziehenden Schwaden abzudämmen. Der Brand wird durch Rettungsmannschaften abgedämmt. Hunderte warten die Schachttüren, an denen sich herzerreißende Szenen abspielen. Das Unglück ist das größte Bergungslück, das bisher in Oberschlesien vorgekommen ist. Der Betrieb der Neophashgrube ist auf Wochen gestoppt.

Aus Kattowitz kommt heute noch folgende Meldung: Bis heute morgen waren 71 Leichen geborgen, darunter 4 von den Rettungsmannschaften.

**Friedland.** 4. März. Der Förster Adolf Schwartz in Schwichtenberg ist von Wildtieren erschossen worden.

**Hann.** 4. März. Bei der Sparkasse des Amtes in Rypenau sind Unregelmäßigkeiten von beträchtlichem Ausmaße vorgekommen. Bedeutende Verträge sind unterschlagen. Die

Sparkasse sowie andere städtische Kassen wurden von zwei Regierungsbeamten geschlossen.

## Die Wahlumstürzler an der Arbeit.

Wolfs Telegraphen-Bureau meldet:

**Dresden.** 5. März. In der Zweiten Kammer begann heute vormittag vor überfüllten Tribünen und vollzählig besetzten Bänken der Abgeordneten die Schlussberatung über die Verechte der Mehrheit und Minderheit der Gesetzgebungs-Deputation der Zweiten Kammer über die Wahlrechtsvorlage. Sämtliche Staatsminister erschienen am Regierungstische, ebenso eine große Zahl Regierungskommissare. Nach dem Berichte der Deputation soll das Gesetz erlassen werden, weil die einschlägigen Gesetzesbestimmungen zum Teile veraltet seien und zum Teile nicht mehr mit der neueren Gelehrte im Einklang ständen. In dem Minoritätsgutachten hebt der Abgeordnete Preibisch hervor, daß eine Notwendigkeit, das bestehende Gesetz zu ändern, nicht vorliege und er lieber das Pluralsystem eingeführt wissen wolle, als das Dreiklassensystem. Der zweite Gegner der Vorlage trat dafür ein, daß an Stelle der relativen Stimmenmehrheit die absolute ausschlaggebend sein solle.

\* **Dresden.** 5. März. 11 Uhr 20 Minuten vormittags. (Privattelegr. der Leipziger Volkszeitung.) Nach langerer Debatte wird die Generaldebatte abgelehnt. Der Nationalliberale Kellner erklärt zu § 1, die Deputation habe von den kleinlitzigen Gesichtspunkten aus die Vorlage geprüft. In keinem Parlamente Deutschlands wäre eine solche Behandlung möglich, ein solcher Bericht wäre in anderen Parlamenten sofort als untauglich zurückgewiesen worden. Die Beratung sei oberflächlich und seicht. Der Grund zu dieser Behandlung sei: man will die unbedeckte Sache aus der Welt schaffen.

\* **Dresden.** 5. März. 11 Uhr 58 Minuten vorm. Geyer: Durch dies Gesetz wird der Bauer, dem Sie gerade helfen wollen, wirtschaftlich und politisch zu Boden gebracht. Die Industriebarone werden Herrscher in Sachsen. Die Konservativen sind die Totengräber des Kleinbauern. Der Geschenkunterschrift wird schwere Folgen in rechtlicher, wirtschaftlicher, politischer und staatlicher Beziehung haben. Die Monarchie wird schwer darunter leiden. Vermögensreichen Parlamentariern sollte man ein solches Gesetz nicht trauen. (Ordnungsruf.) Durch dieses Wahlrecht wird der Klassenhass aufs höchste gesteigert, ein Kampf wird entbrennen, wie ihn Sachsen noch nicht gesehen hat.

Durch dieses Gesetz werden die Konservativen im Reichstag geschwächt, und im sächsischen Landtag wird die konservative Partei geschwächt, und die nationalliberale Partei wird die Majorität erlangen. Das werden die Konservativen zu spät einfassen. Die Elliputanerpolitik der Regierung wird überall bei verständigen Menschen nicht begriffen. (Ordnungsruf.)

Abg. Schubert-Chemnitz (Antif.) spricht gegen die Vorlage.

Abg. Nostitsky spricht im konservativen Sinne für die Vorlage. Das neue Wahlrecht soll die Brücke sein, um die Arbeiter für die Ordnung zu gewinnen. (Lachen.)

Abg. Kühlwörken verteidigt die Deputation gegen die Angriffe Geyers.

Abg. Nostitsky spricht im konservativen Sinne für die Vorlage. Das neue Wahlrecht soll die Brücke sein, um die Arbeiter für die Ordnung zu gewinnen. (Lachen.)

Abg. Kühlwörken verteidigt die Deputation gegen die Angriffe Geyers.

Abg. Goldstein weist an Beispielen nach, daß die Deputation im Sturmischritt gearbeitet habe. Nur weil der Referent Kühlwörken sich geweigert zu referieren, wenn so fort gearbeitet würde, hätte bewirkt den Gang der Deputation zu hemmen. Das beigelegte statistische Material sei ganz mangelhaft.

Der in Meissen neu gewählte Abgeordnete Genosse Grünberg trat heute ein und wird vereidigt.

## Letzte Nachrichten.

Der antisemitische Reichstagsabgeordnete Dr. Böckel ist, so meldet die Köln. Volkszeitung, als Statistiker bei einer Aktiengesellschaft eingetreten.

In Madrid verfügte die Regierung infolge der gestrigen erneuten Studenten „irruhen“ — die Studenten als eisige Chaumünster kanalisierten gegen Nordamerika und für die Kubanische Gewalttherrschaft — nachdem eine amerikanische Fahne öffentlich verbraunt worden ist, die Schließung der Universität.

Der in Meissen neu gewählte Abgeordnete Genosse Grünberg trat heute ein und wird vereidigt.

## Telegraphische Depeschen.

Privatelegramme der Leipziger Volkszeitung.

# **Paris.** 5. März. Sämtliche Blätter besprechen fortgesetzte die Niederlage der Italiener. Einzelne sagen den baldigen Sturz des Königtums, die Verbündung der Republik voraus. Der Temps, das Organ der Regierung, meldet, mit jeder weiteren Stunde lämen neue Stobsposten. Varatieris Truppen, namentlich die Einheimischen, seien entmobilisiert, die Mannschaften den Versuchungen Menelis ausgesetzt. Der Clair (Der Blicke) sagt, die italienische Regierung zögere, alles bekannt zu geben, weil die Mitteilungen sehr ernster Natur seien. Privatlegramme werden von der Censur aufgehoben.

\* **Wolfs telegraphisches Korrespondenz-Bureau.**

**Köln.** 5. März. Der frühere Vizepräsident des Reichstages, Reichsrat Dr. Buhl, ist heute früh in Deidesheim gestorben.

## Fahrplan der Eisenbahnen.

(Gültig im Winterhalbjahr 1895/96.)

### Abfahrt der Eisenbahnzüge.

Bayerischer Bahnhof.

A. Linie Leipzig-Döbeln-Vienna-Chemnitz. Vorm.: 6.30 — 9.8 — 11.36 — Nachm.: 3.11 — 5.53 (bis Weitnau) — 9.12. C. Linie Leipzig-Görlitz-Großwitz-Wienitzsch. Vorm.: 5.40 — 5.53 — Nachm.: 2.25 — 5.20 — 7.30 — 8.30 (bis Großenhain) — 10.25 (bis Görlitz). D. Linie Leipzig-Görlitz-Großwitz-Chemnitz. Vorm.: 4.58 — 7.21 — 9.20 — Nachm.: 12.58 — 3.45 — 7.22 — 9.15. E. Linie Leipzig-Görlitz-Moritzburg-Gera. Vorm.: 4.58 — 7.21 — 9.15 — 10.25 (bis Görlitz). F. Nach Berlin. Vorm.: 1.29 (D.-B.-S. 1. u. 2.) — 8.37 (Bitterfeld-Berlin D.-B. mit 1. u. 2. Sl.) — 7.27 — 8.27 — 10.47 — Nachm.: 1.38 — 5.4 — 8.15 (bis Bitterfeld-Schönau) — 8.51 — 10 (bis Bitterfeld).

G. Linie Leipzig-Döbeln-Großwitz. Vorm.: 3.27 — 7 (bis Görlitz) — 8.27 (Görlitz-Berlin) — 8.27 — 9.13 (bis Döbeln) — 9.15 — 10.25 (bis Döbeln). H. Sächsische Bahnverbindungen nach Chemnitz. Vorm.: 4.58 — 5.30 — 7.21 — 8.33 — 9.38 — 10.20 — Nachm.: 12.15 — 12.30 — 12.44 — 2.10 — 2.25 — 3.11 — 3.45 — 5.20 — 5.53 — 6.32 — 6.53 — 7.30 — 8.30 — 9.13 — 9.32 — 10.25 — 11.35.

### Dresdener Bahnhof.

A. Linie Leipzig-Döbeln-Dresden. Vorm.: 5.20 — 6.22 (bis Wurzen) — 7.35 — 8.28 (Görlitz Görlitz) — 8.45 (Görlitz-Wedensdorf) — 10.11 — 10.48 (bis Wurzen) — 11.38 — 12.25 — 7.25 — 8.27 — 10.20 (bis Wurzen) — 11.15 — 12.26 (bis Wurzen).

B. Linie Leipzig-Döbeln-Dresden. Vorm.: 7.40 (bis Großbothen nur Sonn. u. Feiertag im Oktober u. April) — 7.18 — 9.26 (nach Großbothen) — 10.2 — Nachm.: 12.58 — 2.45 — 5.16 — 8.42 (bis Röthen) — 10.50 (bis Weitnau).

C. Linie Leipzig-Wiechendorf-Görlitz-Großbothen-Chemnitz. Vorm.: 5.15 — 8.10 (bis Weitnau) — 8.38 — Nachm.: 12.23 (bis Wiechendorf) — 2.57 — 4.45 (nur an Sonn. u. Feiertag bis Weitnau) — 6.30 — 8.30 (bis Weitnau) — 8.47.

### Berliner Bahnhof.

A. Linie Leipzig-Döbeln-Berlin. Vorm.: 4.6 (bis Bitterfeld-Berlin D.-B. mit 1. u. 2. Sl.) — 7.27 — 8.50 — 11.15 — 12.25 — 2.22 — 5.38 — 7.28 (Bitterfeld-Berlin) — 8.13 — 10.26 (nur bis Bitterfeld) — 11.28.

B. Linie Leipzig-Bitterfeld-Berlin-Magdeburg. Vorm.: 4.6 — 7.27 — 8.25 — 10.27 — 11.20 (bis Wurzen).

C. Von Sächsischen Bahnhof direkt nach Berlin ohne Anhalten auf dem Berliner Bahnhof. Vorm.: 3.29 (D.-B.-S. 1. u. 2.) — Nachm.: 4.15 (D.-B.-S. 1. u. 2.). D. Nach dem Sächsischen Bahnhof. Vorm.: 3.27 — 7.52 — 10.3 — 11.35 — Nachm.: 2.22 — 5.15 — 8.56 — 9.30 — 11.37.

### Magdeburger Bahnhof.

A. Richtung Halle-Magdeburg. Vorm.: 4.15 — 5.45 (bis Halle) — 11.15 (bis Hammelburg) — 12.25 — 12.55 — 2.12 — 3.17 (bis Halle) — 4.43 — 5.20 (bis Halle) — 6.35 — 6.48 (bis Halle) — 7.47 — 8.10 (nur Werder) — 9.12 (bis Halle) — 10.12 (bis Werder) — 11.20 (bis Werder) — 12.25 — 12.55 (bis Werder) — 1.21 — 2.12 (bis Werder) — 3.12 (bis Werder) — 4.12 — 5.12 (bis Werder) — 6.12 (bis Werder) — 7.12 — 8.12 (bis Werder) — 9.12 (bis Werder) — 10.12 (bis Werder) — 11.12 (bis Werder) — 12.12 — 12.55 (bis Werder) — 1.22 — 2.12 (bis Werder) — 3.12 — 4.12 (bis Werder) — 5.12 — 6.12 (bis Werder) — 7.12 — 8.12 (bis Werder) — 9.12 — 10.12 (bis Werder) — 11.12 (bis Werder) — 12.12 — 12.55 (bis Werder) — 1.23 — 2.13 (bis Werder) — 3.13 — 4.13 (bis Werder) — 5.13 — 6.13 (bis Werder) — 7.13 — 8.13 (bis Werder) — 9.13 — 10.13 (bis Werder) — 11.13 — 12.13.

### Thüringer Bahnhof.

A. Linie Leipzig-Gotha-Gleis. Vorm.: 5.7 — 6.13 (nach Frankfurt und Erfurt) — 7.30 — 10.20 (nach Gotha) — 9.50 (in Weimar) — 11.24 (nach Weimar) — 12.25 (nach Erfurt) — 1.25 (nach Weimar) — 2.25 — 3.25 (nach Weimar) — 4.25 — 5.25 (nach Weimar) — 6.25 — 7.25 (nach Weimar) — 8.25 — 9.25 (nach Weimar) — 10.25 — 11.25 (nach Weimar) — 12.25 — 13.25 (nach Weimar) — 1.26 (nach Weimar) — 2.26 — 3.26 (nach Weimar) — 4.26 — 5.26 (nach Weimar) — 6.26 — 7.26 (nach Weimar) — 8.26 — 9.26 (nach Weimar) — 10.26 — 11.26 (nach Weimar) — 12.26 — 13.26 (nach Weimar) — 1.27 (nach Weimar) — 2.27 — 3.27 (nach Weimar) — 4.27 — 5.27 (nach Weimar) — 6.27 — 7.27 (nach Weimar) — 8.27 — 9.27 (nach Weimar) — 10.27 — 11.27 (nach Weimar) — 12.27 — 13.27 (nach Weimar) — 1.28 (nach Weimar) — 2.28 — 3.28 (nach Weimar) — 4.28 — 5.28 (nach Weimar) — 6.28 — 7.28 (nach Weimar

## Quittung.

Im Monat Februar 1896 wurden dem unterzeichneten Komitee folgende Summen übergeben:	
Von den Parteigenossen des Westbezirks . . . . .	M. 220.—
Saure Milch, Klein-Schöcher, durch K. P. . . . .	10.—
Von den Parteigenossen des Nordbezirks . . . . .	200.—
Von zwei Verhandlungen aus wenig überwiesen . . . . .	10.—
Zur Bekämpfung des Wahlunrechts, einer ohne Karte Wahlsonds, Südstraße . . . . .	1.52
Nachträglich v. d. Sylvesttersfeier d. Buchbinderei b. Spieß . . . . .	2.00
Von den Parteigenossen des Süd-Ostbezirks . . . . .	200.—
Von den Parteigenossen des Westbezirks, darunter ver- sumpte Brüder, Lindenau 3 Mf. . . . .	130.—
Von den Parteigenossen des Ostbezirks . . . . .	450.—
Von den Parteigenossen des Südbezirks, darunter 10 Mf. G. B. Durch Beder Geburtstagsfeier Si., Deisch 10 Mf. Staliblum Ranschbrüder, Marschnerstr. in einer Streitsache . . . . .	150.—
Abteilung des Dirigenten Schmidt . . . . .	5.37
Sängergesellschaft Liebertwolfsburg . . . . .	2.94

Das Spitälerkomitee des XII. u. XIII. sächs. Reichstagswahlkreises.

## Briefkasten der Redaktion.

**N. 2.** Ihre Epistel lädt uns fort. Sie sind übrigens die ersten, die diese Stellung eingenommen haben.

## Auskunft im Rechtsfragen.

**B. Sy.** 1. Sie können keinen beratlichen Rechtsanspruch geltend machen. Wenn der jeweile Arbeitgeber auf ihre Forderung eingehet, müssen Sie sich einen entsprechenden Abzug gefallen lassen. 2. Das Gesetz kennt eine Beugnispflicht nur nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses.

**Streitkörper:** Bf. & Co. 1. 1. Ja. 2. Nein.)

## Theatervorstellungen.

## Neues Theater.

Donnerstag den 5. März: 68. Abouan.-Vorstellung (3. Serie, weiß).

**Madame Sans-Gêne.**

Lustspiel in 3 Akten und einem Vorspiel von Victorien Sardou.

Regie: Ober-Médiator Grünberger.

Personen des Vorstellers:

Cathérine Hübner, Wäschlerin . . . . .	Fr. Frank
Sergeant Lebedow . . . . .	Fr. Taeger
Graf Neipperg . . . . .	Fr. Eissfeldt
Hounds . . . . .	Fr. Hänseler
Toloum . . . . .	Fr. Müller
La Noulotte } Plätterlinnen . . . . .	Fr. Kervolin
Julie . . . . .	Fr. Fréle
Winalque, Tambour . . . . .	Fr. Prost
Babouette . . . . .	Fr. Greiner
Rousset } Nationalgardisten . . . . .	Fr. Klemmer
Jollcourt . . . . .	Fr. Klemmer
Ein Apotheker . . . . .	Fr. Was
Nachbarn . . . . .	Fr. Kallisch, Fr. Hanisch
Eine Nachbarin . . . . .	Fr. Witte
Ein Juifeur . . . . .	Fr. Bärwinkel
Mathieu, Lecheling . . . . .	Fr. Grahl.
Ort der Handlung: Paris. — Zeit: 1792.	
Personen des Stüdes:	
Napoleon I. . . . .	Fr. Förster
Cathérine, Herzogin von Danzig . . . . .	Fr. Frank
Marshall Lebedow, ihr Vatte . . . . .	Fr. Taeger
Touche, Herzog von Orsanto . . . . .	Fr. Hänseler
Königin Maria Carolina . . . . .	Fr. Junisch
Prinzessin Elsa . . . . .	Fr. Mandl
Savary, Politikminister . . . . .	Fr. Krause
Graf Neipperg . . . . .	Fr. Eissfeldt
Despreaux, Tanzmeister . . . . .	Fr. Greiner
Madame Grivot . . . . .	Fr. Kunzschmann
Herzogin von Novigo . . . . .	Fr. Alexoin
Frau von Villow . . . . .	Fr. Förster
Bräfin von Canish . . . . .	Fr. Bärtner
Frau von Talhouët . . . . .	Fr. Fréle
Franz von Bassano . . . . .	Fr. Michter
Frau von Bentiville . . . . .	Fr. Behrens
Brigode, Kammerherr Napoleons . . . . .	Fr. Mahrla
Chevalier Corio . . . . .	Fr. Unger
Lauriston, Adjutant . . . . .	Fr. Thiele
Canoville } Offiziere . . . . .	Fr. Keller
Montmart . . . . .	Fr. Klemmer
Blomme von Jumot . . . . .	Fr. Klemmer
Azimia, Haushofmeister . . . . .	Fr. Bründmann
Constant, Diener Napoleons . . . . .	Fr. Schröder
Roustan, Mameluck . . . . .	Fr. Henning
Veroy, ein Schneider . . . . .	Fr. Was
Eop, ein Schuhmacher . . . . .	Fr. Prost
Ein Diener . . . . .	Fr. Schmidtsch.
Ort der Handlung: Complégne. — Zeit: 1812.	
Nach dem Vorspiel und 1. Akt finden längere Pausen statt.	

Personen des Stüdes:

Einsatz 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr. Ende 1/10 Uhr. **Schaus.-Preise.** Billet-Berkauf an der Tagessäfe von 10 (Sonnt. u. Festtag von 10 1/2) bis 3 Uhr. Vorverkauf für den nächsten Tag (mit Aufgeld von 80 Pf.) von 1—3 Uhr.

Spielplan: Freitag: Die Flehermaus. Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Das Glöckchen des Kremlins. Anfang 7 Uhr.

## Altes Theater.

Donnerstag den 5. März.

Operette in 3 Akten von K. West und L. Held. Musik von Karl Zeller.

Regie: Regisseur Unger. — Direktion: Musikdirektor Meyer.

Fürst Oberrich, Majoratskäfer . . . . . Fr. Baumberger |Die Kontesse Fichtenau . . . . . Fr. Brada |Bergdirektor zwack . . . . . Fr. Scarle |Elfriede, seine Frau . . . . . Fr. Buse |Martin, Obersteiger . . . . . Fr. Frank |Nelly, Spinnköpferin . . . . . Fr. Wildner |Tschiba, Salinenadjunkt . . . . . Fr. Bründmann |Duse, Materialien-Verwalter . . . . . Fr. Greiner |Strobel, Wirt . . . . . Fr.linger |Babette, dessen Stubenmädchen . . . . . Fr. Witte |Kilian . . . . . Fr. Schröder |Einsber } Bergknappen . . . . . Fr. Wippel |Nepomuk . . . . . Fr. Bärwinkel. |

Nach jedem Akt findet eine längere Pause statt.

Einsatz 1/2 Uhr. Anfang 1/8 Uhr. Ende 1/10 Uhr. **Gew. Preise.**

Billet-Berkauf v. d. Tagessäfe v. 10 (Sonnt. u. Feiert. 10 1/2) bis 3 Uhr.

Vorverkauf f. d. nächsten Tag (v. 1. Aufg. v. 80 Pf.) v. 1—3 Uhr.

Spielplan: Freitag: Die Reise um die Erde in 80 Tagen. Anfang 1/8 Uhr. — Sonnabend: Cirkusleute. Anfang 1/8 Uhr.

## Küchenzelte der südlichen Speiseanstalten.

Freitag:

Speiseanstalt I (Johanniskirche): Milchhalle mit Butter und Brot.

Speiseanstalt II (Rosenthalgasse): Milchhalle mit Butter und Brot.

## Bericht über die Leipziger Produkten-Börse.

Dienstag, den 5. März 1896.

(Mitgeteilt von Gebrüder Glasf.)

Weizen per 1000 kg netto	inländischer	158—165 bez. Brf.
ruhig	ausländischer	158—172 bez. Brf.
	ausländischer	132—135 bez. Brf.
Roggen per 1000 kg netto	ausländischer	181—185 bez. Brf.
ruhig	ausländischer	145—168 bez. Brf.
Gerste per 1000 kg netto	Braugerste	feinstes über Notiz
	Mahl- u. Futterware	120—128 bez. Brf.
Malz per 50 kg netto	Ia. Saal	14 M. bez. u. Brf.
		14—14.50 M. bez. u. Brf.
Hafer per 1000 kg netto	inländischer	127—132 bez. Brf.
	ausländischer	—
Mais per 1000 kg netto	amerikanischer	95—100 bez. Brf.
runder	runder	95—100 bez. Brf.
Wicken per 1000 kg netto	loco	140—150
Erbsen per 1000 kg netto	loco grosse	155—175
	do. kleine	140—160
Bohnen per 100 kg netto	do. Futter	180—140
Oelsaat per 1000 kg netto	loco	20—26 M. bez. u. Brf.
Rapskuchen p. 100 kg netto	Raps	47.00 nominell
Rübel per 100 kg netto		—
frei Haus hier ohne Fass		
lustlos		
Leindl per 100 kg netto		48—49
ohne Fass		
Kleesaat per 100 kg netto	loco weiss n. Qualität	60—100
	do. rot nach Qualität	60—70
	do. schwed. n. Qualität	50—70
Weizengehl Nr. 00 22.50—24.00	Roggengehle Nr. 0 10.00—19.50	
per 100 kg Nr. 0 21.00—22.00	per 100 kg I 15—15.50 M.	
	II 18.00—14. M.	
exkl. Sack " I 15—15.50 M.	exkl. Sack " II 18 M.	
" II 18.00—14. M.	Roggenkleie M. 9.50—10.00 per	
Weizenschalen 8.50—9.00 M.	100 kg exkl. Sack.	
	Spiritus (unversteuert) mit 50 M. Verbrauchsabgabe	52.60 M.
p. 10.000 Liter, ohne Fass 70 M. : 30.00 M. ) Geld		
Sonnabend, 20. Februar : 50 M. : 52.70 M. ) Geld		
	, 70 M. : 83.80 M. ) Geld	

## Quer durch Leipzig.

Rgl. Sächs. Standes-Amt Leipzig I, Schloßgasse Nr. 22 (umsaft die Altstadt Leipzig).

Rgl. Sächs. Standes-Amt Leipzig II in L-Reudnitz, Chausseestraße Nr. 5b (dasselbe umfasst die bisherigen Vororte Reudnitz, Anger-Crottendorf, Böllnarsdorf, Sellerhausen, Neusellerhausen, Neuschönfeld, Neustadt, Neureudnitz, Thonberg).

Rgl. Sächs. Standes-Amt Leipzig III in L-Gohlis, Kirchplatz 1 (umfasst die bisherigen Vororte Gohlis und Eutritzs).

Rgl. Sächs. Standes-Amt Leipzig IV in L-Plagwitz im früheren Gemeindeamt Plagwitz, Kurze Str. 12 (umfasst die bisherigen Vororte Lindenau, Kleinschöcher, Plagwitz und Schleußig).

Rgl. Sächs. Standes-Amt Leipzig V in L-Connewitz im früheren Gemeindeamt Connewitz, Schulstraße 5 (dasselbe umfasst die bisherigen Vororte Connewitz und Löbnig).

Die Standesämter I, II, III und IV sind für Anmeldungen geöffnet Wochentags von 9—1 Uhr und 8—5 Uhr, Sonntags und Feiertags von 11—12 Uhr, jedoch nur zur Anmeldung von togeborenen Kindern und Sterbefällen.

Das Standesamt V ist geöffnet Dienstag, Donnerstag und Freitag vorm. von 8—1 Uhr, nachm. von 8—6 Uhr, Montags vorm. von 8—1 Uhr, Mittwochs und Sonntags nachm. von 8—5 Uhr, Sonntags von 11—12 Uhr zur Anmeldung von Sterbefällen.

Geschäftsleitungen erfolgen in sämtlichen Standesämtern nur an Wochentagen vormittags.

Rgl. Sächs.-Expedition und Kasse für den Südz., Nord- und neuen Johanniskirchhof Schloßgasse 22 in den Räumen des Königl. Standes-Amtes I. Vergebung der Grabstellen auf vorgedachten Friedhöfen, Vereinnahmen der Konzeptionsgelder und die Erledigung der sonstigen auf den Betrieb bezüglichen Angelegenheiten. Geöffnet Wochentags von 9—1 Uhr und 8—5 Uhr, Sonn- und Feiertags jedoch nur für dringliche Fälle von 11—12 Uhr.

Städtische Sparkasse. Expeditionszeit: Jeden Wochentag. Einzahlungen, Rückzahlungen und Rundungen von früh 8 Uhr ununterbrochen bis nachmittags 8 Uhr. — Effekten-Lombardgeschäft vorerst unbestimmt.

Sparkasse L-Reudnitz expediert Montag, Mittwoch und Freitag von vorm. 8—1/2 Uhr.

Sparkasse L-Plagwitz expediert Montag von nachm. 8—6 Uhr und Mittwoch und Sonnabend von vorm. 8—1 Uhr.

Sparkasse L-Plagwitz expediert jeden W